

Wöchentlich 76 Seiten monatlich 3.- Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 3.00 Reichsmark pro Monat.

Das „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Wort und Bild“ sowie den Beilagen „Materialeitung und Wägen“, „Aus der Filmwelt“, „Stadtbefrag“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Buchwelt“, „Kulturarbeit“ und „Rechnung“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die ein halbtägige Nonpareilbeilage 80 Seiten, Reichsmark 5.— Reichsmark „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig (zu fünf zwei festgedruckte Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben abhaken für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen (für Abonnenten) je 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9.— bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Eisenformerstreik abgelehnt!

Dreiviertelmehrheit nicht erreicht / Vereinbarung vom 14. November angenommen

An der Urabstimmung in den Berliner Eisenwerke am Freitag haben sich von 3206 Beschäftigten 2817 beteiligt. Davon haben 2191 für Streik und 626 für Arbeit gestimmt. Anst. waren zur Zeit der Abstimmung 205. An der Abstimmung nicht beteiligt haben sich 180 Beschäftigte. Die Abstimmung hat also nicht die statutarisch notwendige Dreiviertelmehrheit für den Streik ergeben. Es fehlen daran 59 Stimmen. Der Streik ist also abgelehnt.

Dieses Ergebnis wurde gestern Abend der Funktionärversammlung der Eisenformer und Berufsge nossen vom Bevollmächtigten Genossen Ulrich

mitgeteilt. Die Funktionäre lehnten darauf jede Debatte über den Ausgang der Abstimmung als zwecklos ab, was angesichts der Entscheidung der Arbeiter in den Betrieben durchaus verständlich ist. Nach dieser Entscheidung ist die Vereinbarung vom 14. November angenommen.

Der Branchenleiter Schröder ermahnte die Funktionäre lediglich, sofort der Organisation oder der Branchenleitung davon Kenntnis zu geben, wenn wegen der Durchführung des Vergleichsvorschlages in den Betrieben Streitigkeiten entstehen sollten, damit die paritätische Schlichtungskommission nicht auf dem Papier stehen bleibt.

Volkspartei und Schulgesetz.

Unklarheiten und Halbheiten statt klarer Entscheidung.

Von Berthold Heymann, Stuttgart.

Die Entscheidung darüber, ob und in welcher Gestalt das Schulgesetz zur Verabschiedung gelangen soll, liegt im wesentlichen bei der Deutschen Volkspartei.

Ihr Führer in schulpolitischen Fragen, Dr. Kunkel, hat in Frankfurt am Main auf einer Konferenz der Organisationen seiner Partei aus den sogenannten Simultananschuländern und -provinzen die Forderungen entwickelt, von deren Erfüllung seine Partei ihre Zustimmung zum Gesetz abhängig machen will. In seinen Erklärungen war zu begrüßen, daß er den Begriff des „geordneten Schulbetriebs“ nicht nach allgemeinen Gesichtspunkten, sondern „ortstümlich“ festgelegt wissen will. Da das Antragsrecht der Erziehungsberechtigten nach der Verfassung „innerhalb der Gemeinden“ auszuüben ist, so kann auch kein Zweifel darüber obwalten, daß der hierbei zu berücksichtigende geordnete Schulbetrieb den in der betreffenden Gemeinde sonst üblichen Schulverhältnissen zu entsprechen hat. Es ist also völlig ausgeschlossen, daß man in einer Gemeinde mit ausgebauten achtklassigen Schulen schon eine von vierzig Kindern besuchte Sonderschule als „geordneten Schulbetrieb“ anerkennen kann, weil es die Fanatiker des sogenannten Elternrechts (lies: Kirchenrechts) verlangen, und wie es ihnen der Keudelsche Begehrenwurf gewähren will. Es ist deshalb erfreulich, wenn die Deutsche Volkspartei sich hiergegen wendet und das Recht auf Errichtung einer Antragschule nach ihrem Verhältnis zur Normalschulform des betreffenden Ortes bestimmt wissen will. Auch ihre Forderung ist durchaus begründet, daß die Gemeindeverwaltungen bei der Errichtung neuer Schulen und bei der Umwandlung bestehender Schulen schon im Hinblick auf die Kostenfrage grundsätzlich mitzuwirken haben sollen.

Ebenso kann man es begrüßen, daß nach den Erklärungen Dr. Kunkels seine Partei nur Schulaufsichtsbeamte, die im Staatsdienst stehen, für die Einsichtnahme in den Religionsunterricht für befugt erachtet will. Nachdem der Religionsunterricht verfassungsgemäß Bestandteil des staatlichen Lehrplans ist, im staatlichen Auftrag erteilt wird und daher pädagogisch und methodisch auf die allgemeinen Schulziele abgestimmt sein muß, versteht es sich ganz von selbst, auch wenn es nicht schon durch die Artikel 144 und 149 der Reichsverfassung zwingend vorgeschrieben wäre, daß ein dauerndes Recht zur Einsichtnahme in den Unterricht, gleichviel von wem er erteilt wird, anderen als staatlichen Organen nicht eingeräumt werden kann.

Um so unbefriedigender ist die Haltung der Deutschen Volkspartei in der grundsätzlichen Frage der Bestimmung des Verhältnisses der einzelnen Schulformen zueinander. Hier läßt sie sich offenbar von rein parteipolitischen Gesichtspunkten leiten und scheint es im wesentlichen darauf abgesehen zu haben, die Länder und Provinzen zu befriedigen, in denen die Simultanschule bisher schon besteht und daher den besonderen Schutz des Artikels 174 der Reichsverfassung genießt. Daß diese Wünsche erfüllt werden müssen, ist selbstverständlich; aber damit allein wird die auch vom Abgeordneten Kunkel anerkannte, auf Artikel 146 Absatz 1 der Reichsverfassung beruhende grundsätzliche Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschule nicht in ausreichendem Maße gesichert. Um diese Vorzugsstellung zu sichern, dürfen den deutschen Landesteilen, die die Simultanschule bisher noch nicht hatten, bei der Einführung dieser verfassungsmäßigen Regelschulform keine Schwierigkeiten bereitet werden. Darauf läuft es aber hinaus, wenn man von der Notwendigkeit der Erhaltung einer „historisch gewordenen Bekenntnisschule“ spricht, wie es Abgeordneter Kunkel in Frankfurt a. M. getan hat. Wer die Entwicklungsgeschichte des Artikels 174 der Reichsverfassung kennt, weiß, daß ein Anspruch auf besonderen Schutz der Bekenntnisschule auf ihn nicht begründet werden kann. Ein solcher Anspruch ist aber auch sachlich ungerechtfertigt, weil die „historisch gewordene Bekenntnisschule“ wohl nirgends in Deutschland mit der Schulart übereinstimmt, die im Keudelschen Begehrenwurf als Bekenntnisschule ausgegeben wird. Es sei zum Beweis hierfür auf Würtemberg verwiesen, in dem nach einer im Bildungsausschuß des Reichstags gegebenen Darstellung des Ministerialrats Dr. Böckler die strengste Form der Bekenntnisschule bestehen soll.

Wenn wir uns diese „strengste Form“ einmal näher betrachten, so sehen wir, daß sie keineswegs die Bekenntnisschule in ausschließlichster Form, sondern mehrfache und zum Teil sehr erhebliche Abweichungen und Entwicklungsmöglichkeiten vorsieht, die nach dem Inkrafttreten des Reichsschulgesetzentwurfs einfach abgeschnitten sein würden. So haben zum Beispiel die Angehörigen des Minderheitsbekenntnisses, für das an einem Ort keine Schule besteht, die Wahl, ihre Kinder entweder in die Schule des anderen Bekenntnisses zu senden oder sie die Schule ihres Bekenntnisses im Nachbarort besuchen zu lassen. Ist diese jedoch mehr als vier Kilometer entfernt, so besteht dieses „Wahl“recht nicht mehr, sondern sie

Fabrik falscher Sowjetbanknoten aufgedeckt

Hakenkreuzler und Weißgardisten als Geldfälscher. — Der Inhaber der völkischen Parteibuchhandlung in Frankfurt und der Führer vom Bund Oberland in München verhaftet.

In den letzten Tagen sind die deutschen Behörden ungewöhnlichen Fälschungen russischer Noten auf die Spur gekommen. Es gelang in Frankfurt a. M. 24 Zentner russischer Fälschungen zu entdecken, die von einer kleinen Druckerlei im Auftrag eines Georgiers namens Sabathieraschwili hergestellt worden waren. Bei den Fälschungen handelt es sich um die von den Sowjets herausgegebenen Fälschungen, und zwar Stücke von 1, 2, 5 und 10 Fälschungen, die in Rußland heute ungefähr einen Inlandwert von 1 Pfund Sterling besitzen. Ueber die auffordernde Entdeckung der deutschen Behörden werden folgende Einzelheiten bekannt:

In der vergangenen Woche versuchte der Georgier Sabathieraschwili bei einer Berliner Bank einen Posten der gefälschten Fälschungen abzulösen. Da die Noten in Deutschland verhältnismäßig wenig gehandelt werden, erbat sich der Kassierer zur Prüfung der Stücke einige Zeit, ohne daß dies dem Verkäufer auffallen konnte. Es wurde jedoch schnell festgestellt, daß man es mit Fälschungen zu tun hatte, die allerdings sehr geschickt hergestellt waren und weniger sachkundigen Personen kaum als Fälschungen aufgefallen wären. Der Georgier wurde verhaftet, und aus den Papieren, die er bei sich trug, gelang es den Behörden, einer riesenhaften Fälschung auf die Spur zu kommen, die vermutlich schon seit langer Zeit ausgeführt wird und die den in die Affäre verwickelten Personen ungeheure Gewinne eingebracht hätte, falls es möglich gewesen wäre, die in Berlin und in Frankfurt lagernden Fälschungen nach Georgien zu bringen.

Der Georgier, der behauptet, früher Offizier in der Armee des Zaren gewesen zu sein, trat in die antibolschewistische Armee des Fürsten Kowalow ein und war dort in der Propagandaabteilung tätig. Nach der Auflösung dieser Formation ging S. zunächst nach London, dann nach Madrid und kam schließlich nach Paris, wo sich noch heute eine Georgiergruppe befindet, die sich „Nationale Georgische Regierung“ nennt. Im Dienste dieser Organisation will Sabathieraschwili nun seit Jahren gestanden haben. Er erklärt, daß er die Fälschungen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ungarn und in Frankreich ausgeführt habe, und daß die gefälschten Fälschungen dazu bestimmt gewesen seien, die georgische Freiheitsbewegung zu finanzieren.

Nach seinen Bekundungen ist Sabathieraschwili vor einigen Monaten in Budapest gewesen und wurde dort von Freunden an einen Ingenieur Dr. Weber in München verwiesen, der ihm bei der Durchführung seiner Pläne behilflich sein sollte.

Der Georgier wandte sich an Dr. Weber und erklärte diesem, nach Aussage Dr. Webers, daß er beauftragt sei, zur Stärkung der antibolschewistischen Propaganda Broschüren drucken zu lassen.

Dieser Dr. Weber, ehemals Vorsitzender des Bundes Oberland, gehört zu den Führern des Hitler-Putschs vom Jahre 1923, er hatte seine Finger in allen völkischen Verschwörungen in Bayern und spielt heute noch in Münchener rechtswidrigen Kreisen eine große Rolle.

Dr. Weber erklärte, daß in München keine geeigneten und ihm bekannten Druckereien vorhanden seien und empfahl seinerseits dem Georgier an einen Buchdrucker Böhle in Frankfurt a. M.

Dieser Böhle ist der Inhaber der nationalsozialistischen Buchhandlung in Frankfurt am Main, seine Buchhandlung ist der Sammelplatz der Hakenkreuzler von Frankfurt.

Böhle kam tatsächlich auf Empfehlung Dr. Webers mit Sabathieraschwili im Herbst dieses Jahres zusammen. Böhle, der ebenfalls in Untersuchungshaft sitzt, behauptet nun, daß der Georgier ihn gebeten habe, ihm eine zuverlässige kleine Druckerlei zu nennen, in der besonders Broschüren hergestellt werden könnten. Darauf empfahl Böhle eine sehr kleine Druckerlei in Frankfurt a. M., deren Name aus Gründen der Untersuchung von den Behörden noch nicht bekanntgegeben wird. In dieser Druckerlei sind nun die falschen Fälschungen in riesigen Mengen gedruckt worden. Sabathieraschwili besorgte die Druckplatten, während das Papier von dem Buchhändler Böhle beschafft wurde. Die Druckerlei, die übrigens nur mit einer Maschine arbeitete, lieferte täglich große Posten der falschen Banknoten, die in Kisten verpackt zu dem Buchhändler Böhle geschickt wurden.

Man fand bei Böhle nicht weniger als 12 Kisten mit zusammen 24 Zentnern Fälschungen.

Böhle behauptet, er habe nicht gewußt, daß in diesen Kisten sich falsche russische Noten befunden haben, vielmehr sei er der Meinung gewesen, daß tatsächlich antibolschewistische Broschüren darin enthalten waren. Sabathieraschwili habe ihm erklärt, daß diese Kisten von besonderen Vertrauensleuten abgeholt und nach Georgien gebracht würden, da sonst die Sowjetbehörden das Material beschlagnahmen würden.

Die Polizeibehörden, sowie der mit der Durchführung beauftragte Berliner Untersuchungsrichter gingen den Spuren nun weiter nach und stehen dabei zunächst auf die Person Dr. Webers.

Am Mittwoch wurde Dr. Weber, nachdem er bereits zwei Tage lang unauffällig beobachtet worden war, gerade in dem Augenblick verhaftet, als er sich im Auftrag Sabathieraschwilis nach London begeben wollte.

Man brachte ihn sofort nach Berlin, wo er einstweilen im Untersuchungsgefängnis Moabit untergebracht ist, ebenso wie der Buchhändler Böhle aus Frankfurt a. M., weil die Untersuchung einheitlich von Berlin aus geleitet werden soll. In den beiden letzten Tagen sind noch weitere sieben Personen verhaftet worden, aber deren Persönlichkeit von den Behörden strengstens stillschweigen beobachtet wird. Aus den Korrespondenzen geht jedoch hervor, daß die Verhafteten, vor allem aber Sabathieraschwili mit weiteren Mitgliedern der Fälscherbände in Budapest, Paris und auch London in Verbindung gestanden haben.

Der Wert der gefälschten Fälschungen beläuft sich auf einen Betrag von vielen Millionen Mark. Gegenwärtig hat der Berliner Untersuchungsrichter sich nach Frankfurt a. M. begeben, um von dort aus weitere Spuren in dieser auffordernden Fälschungsaffäre zu verfolgen. Auch die Behörden in Paris, London und Budapest sind von den Ermittlungen der deutschen Behörden bereits verständigt worden.

Die Ausschüsse aus der KPR.

Auch der Innenminister abgefäht.

Aus der Moskauer Organisation der Partei sind vor kurzem 76 Mitglieder ausgeschlossen worden, in Charkow sogar einhundert. Und nun meldet der Sowjetdraht ohne nähere Begründung die Entsendung des Volkskommissars des Innern, Weloborodow durch seinen Stellvertreter Tschorow.

sind von Gesetz wegen verpflichtet, ihre Kinder in die Schule des anderen Bekenntnisses am Ort zu senden. Für die sogenannten gehobenen Volksschulen (Mittelschulen) und für die Hilfsschulen für Kinder, deren Veranlagung eine besondere Fürsorge nötig macht, besitzen die Gemeinden ganz allgemein das gesetzliche Recht zur simultanen Gestaltung. Aus dieser gesetzlichen Lage hat sich ergeben, daß von den 1895 selbständigen württembergischen Gemeinden nur in 119 Gemeinden evangelische und katholische Bekenntnisschulen einander gegenüberstehen. In den übrigen 1776 Gemeinden steht die jeweils vorhandene Schule zwar unter der Leitung der Mehrheitskonfession, wird aber auch von den Angehörigen der Minderheitskonfession besucht. Erst wenn die Minderheitskonfession dauernd mindestens 60 Familienväter umfaßt, kann von ihr der Anspruch auf Errichtung einer besonderen Schule aus Gemeindemitteln geltend gemacht werden.

Und schließlich fehlt in dem württembergischen Volksschulgesetz von 1909 jede zwingende Vorschrift, den Unterricht in den einzelnen Fächern an das Bekenntnis selbst zu binden, wie es der Reichsschulgesetzentwurf jetzt vorsieht. Es heißt vielmehr in seinem grundlegenden Artikel 1 lediglich:

„Zweck der Volksschulen ist religiös-sittliche Bildung und Unterweisung der Jugend in den für das bürgerliche Leben nötigen allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten.“

Diese ganz allgemein gehaltene Zweckbestimmung findet dann ihre Ergänzung in späteren Artikeln, in denen die Zugehörigkeit der Lehrer und aufsichtführenden Organe zu dem Bekenntnis der Mehrheit der Schüler vorgeschrieben ist. Aber irgendeine sonstige gesetzliche Vorschrift, die bekenntnismäßig einengend auf den Unterricht einwirken würde, ist nicht vorhanden. Die Folge davon war eine durchaus freie Entwicklungsmöglichkeit der württembergischen Volksschulen, die dazu geführt hat, daß sie trotz ihrer Trennung nach Bekenntnissen einen gemeinsamen Lehrplan haben, daß sowohl die Oberschulbehörden, wie die Bezirkschulaufsichtsbeamten beider Bekenntnisse zu gemeinsamen Beratungen zusammentreten und ihre Beschlüsse vielfach auch in gemeinsamen Erlassen bekanntmachen.

Auf Grund dieser mithin gar nicht „strengsten“ Form der württembergischen Bekenntnisschule hat sich sogar die württembergische Regierung veranlaßt gesehen, gegen den hierfür maßgebenden § 4 des Reudellschen Gesetzes, der die Gestaltung des Unterrichts in allen Fächern „gemäß dem Glauben“ vorschreibt und die Auswahl der Lehrpläne, Lehr- und Lernmittel entsprechend getroffen wissen will, Einspruch zu erheben und einen Abänderungsantrag dazu zu stellen. In dessen Begründung sagt sie:

„Eine Berücksichtigung des Bekenntnisses in den Lehrplänen für die einzelnen Fächer (mit selbstständlicher Ausnahme des Religionsunterrichts) erscheint in keinem Falle notwendig und nur in ganz bestimmten Fällen überhaupt möglich. In Württemberg liegen die Verhältnisse so, daß ein gemeinsamer Lehrplan für die evangelischen und katholischen Volksschulen besteht; es liegt auf keiner Seite ein Bedürfnis vor, hiervon abzuweichen.“

Wenn sich schon die ausschließlich aus Deutschnationalen und Zentrum zusammengesetzte württembergische Regierung entschließen mußte, die Durchführung dieser unglaublich engherzigen Konstruktion des Begriffes der Bekenntnisschule für unmöglich zu erklären, so ist das wohl die schärfste Kritik, die überhaupt daran geübt werden konnte.

Diese Tatsache beweist aber auch, daß man die Länder und Bezirke mit „historisch gewordenen Bekenntnisschulen“ — um mit Herrn Runkel zu reden —, und sie umfassen den größten Teil Deutschlands, nicht unberücksichtigt lassen, sondern daß man auch ihnen die Rechtswohlthaten der Verfassung, wie sie der grundsätzliche Teil des Artikels 146 Absatz 1 enthält, zukommen zu lassen. Darum wird auch die Deutsche Volkspartei, wenn sie nicht den größten Teil Deutschlands in seiner schulpolitischen Entwicklung weit hinter den heutigen Stand zurückwerfen, und wenn sie das Reichsschulgesetz in Einklang mit den Bestimmungen der Verfassung bringen will, dafür eintreten müssen, daß die gesetzliche Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschule für ganz Deutschland allgemein gültig wird und nicht nur auf die sogenannten Simultanschulländer beschränkt bleibt.

Krise in Belgien?

Die Sozialisten fordern die Militärreform. — Der Kriegsminister verzögert sie.

Brüssel, 18. November. (Eigenbericht.)

In den letzten Tagen haben die Gerüchte über eine nicht bevorstehende Ministerkrise immer bestimmtere Formen angenommen. Kriegsminister de Broqueville, der seit Jahr und Tag die Militärreform als dringend notwendig bezeichnet und in bestimmtester Weise die baldige Vorlage eines Gesetzesentwurfs versprochen hatte, hat bis heute noch nicht Wort gehalten, obwohl die Frage der Militärreform längst in den Mittelpunkt des politischen Kampfes gerückt ist. Diese Verzögerung erklärt sich daraus, daß de Broqueville für den von ihm ausgearbeiteten Entwurf bisher weder die Zustimmung des Generalstabes, noch die des Königs oder gar der bürgerlichen Minister gefunden hat. Die sozialistischen Minister sind überhaupt noch nicht befragt worden; es verläutet jedoch, daß der Entwurf de Broquevilles den sozialistischen Forderungen in gewissem, wenn auch ganz ungenügendem Maße entgegenkommt.

Die Sozialisten haben in den letzten Tagen trotzdem mit größtem Nachdruck gefordert, daß der Kriegsminister seinen Entwurf endlich zunächst vor den Ministerrat und dann vor die Kammer bringe. Da angenommen wurde, daß de Broqueville dazu weder bereit, noch imstande sei, entstanden die Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt, der vermutlich den Rücktritt der gesamten Regierung nach sich gezogen hätte. Am Freitag wurde nun mitgeteilt, daß sich de Broqueville unter dem Druck des Ministerpräsidenten Jaspars entschlossen hat, seinen Entwurf dem Ministerrat vorzulegen. Jaspars beabsichtigt, dabei den Vorschlag zu machen, daß die Frage der Dienstzeit aus dem Entwurf herausgenommen und einer besonderen Kommission unterbreitet werde. Dieser Vorschlag ist aber für die Sozialisten absolut unannehmbar. Sie betrachten die sechsmonatige Dienstzeit als den Kern der ganzen Militärreform. Infolgedessen bleibt die Lage äußerst kritisch. Der Ausbruch der Ministerkrise ist aller Voraussicht nach nur noch eine Frage von Wochen, wenn nicht von Tagen.

Marx lobt den Bürgerblock.

Eine Rede beim Verein Berliner Presse. — Einheitsstaat mit zweierlei Maß.

Der Verein Berliner Presse gab gestern abend im Zoologischen Garten ein Essen zu Ehren der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung. Auf dieser Veranstaltung sprach Reichstagsler Dr. Marx; er begann mit einem Hinweis auf seine Reise nach Wien und München. Die Reise nach Wien habe lediglich dazu dienen sollen, die herzlichen Beziehungen zur österreichischen Regierung zu befestigen und die Zuneigung zum deutschen Volke in Oesterreich zu bekennen. In München seien eingehende Besprechungen mit der bayerischen Staatsregierung geführt worden, die sich ohne Scheu an das Problem Reich und Länder herangewagt hätten. Marx führte dazu aus:

„Der Gedanke, daß eine Neuordnung in den innerpolitischen Verhältnissen des Reiches erforderlich sei, hat sich in weiten Schichten Deutschlands durchgesetzt und verlangt, in Wirklichkeit verwandelt zu werden. Unzweifelhaft steckt in diesem Gedanken das richtige Gefühl, daß die innere Organisation unseres Vaterlandes mit den Bedürfnissen der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation nicht mehr in Einklang steht, daß wir uns von manchen nicht mehr in die Jetztzeit passenden historischen Reminiszenzen und Einrichtungen befreien und das für unsere Kraft zu schwere Gewand der Behörden und Verwaltungsorganisationen durch ein leichteres, zeitgemäßeres ersetzen müssen. So wichtig, wie gesagt, der Grundgedanke dieser sehr verbreiteten Stimmung ist, so werden Sie, meine sehr verehrten Herren, mit mir darin übereinstimmen, daß auf diesem Gebiet nur ganz behutsam vorgegangen werden kann.“

Nur dann können wir mit Erfolg und ohne die schwersten inneren Gefahren diesem Problem Herr werden, wenn wir Schritt für Schritt vorwärts gehen und es nur dort anpacken, wo die Unhaltbarkeit des jetzigen Systems sich bis zur Evidenz erwiesen hat.

Wir müssen daher zwischen den Ländern unseres Reiches unterscheiden, welche den Willen und die innere Kraft besitzen, ihr eigenes durch den Rahmen der Reichsverfassung festgelegtes staatliches Leben weiterzuführen.

In den Beziehungen dieser Länder zum Reich eine Aenderung eintreten zu lassen, liegt für den Augenblick nicht die geringste Veranlassung vor. Sie bei diesem Ihren Bestreben zu unterstützen und zu fördern, ist die Aufgabe einer Reichsregierung, die sich bewußt ist, daß nur dann die Wiedererstarkung unseres Reiches möglich ist, wenn alle seine Glieder bewußt und freudig im einmütigen Zusammenarbeiten an diesem großen Ziele mitwirken.

Andero liegt es mit solchen Ländern, bei welchen die erwähnten Voraussetzungen nicht zutreffen.

und da muß es eben das Bestreben der Reichsregierung sein, eine

Regelung zu suchen und zu finden, welche dem Wunsche dieser Länder und der von mir vorher geschilderten Stimmung entspricht und unser Reich in neuen Formen den neuen Erfordernissen anpaßt.“

Also zweierlei Maß auf dem Wege zum Einheitsstaat! Unterstützung dem bayerischen Partikularismus, aber Aufhebung von anderen Ländern: ja, von welchen? Meint Herr Marx Hessen? Die innere Kraft Hessens zur Fortführung des eigenen staatlichen Lebens ist sehr problematisch, aber Bayern ist nicht viel weniger bankrott. Es lebt mit einer unförmig aufgeblähten Verwaltung von Reichssubventionen, die ungerechte Begünstigungen darstellen. Sieht man sich die Rede von Marx über das Problem Reich und Länder genauer an, so kommt heraus: der bayerische Partikularismus soll gestiftet und gefördert werden. Heißt das auch: finanziert?

Nach den Ausführungen über das Problem Reich und Länder sprach Marx über die Leistungen des gegenwärtigen Bürgerblockkabinetts:

„Ich möchte die bisherige Arbeit und die Leistungen der jetzigen Reichsregierung hier nicht im einzelnen verteidigen. Ich möchte nur die Feststellung treffen, daß nach unserer Ueberzeugung die Reichsregierung mit Befriedigung auf das von ihr in dem abgelaufenen Zeitraum Geleistete zurückblicken kann.“

Marx lobt alles: die Innenpolitik, also Reudell, die Sozialpolitik, den Finanzminister, die Handelspolitik, also Curtius und Schiele, die Außenpolitik, also Stresemann. Väterlich wohlwollend sieht er in die Zukunft:

„Die gegenwärtigen Aufgaben der Reichsregierung habe ich bereits kurz umrissen. Sie sind noch vom Streit des Tages umfassen, aber auch sie werden ihre Lösung finden. Es handelt sich bei dem Schulgesetz und bei der Frage der Beziehungen des Reiches zu den Ländern um Fragen, die auf Jahrzehnte hinaus entscheidend auf die kulturelle und politische Gestaltung des deutschen Innenlebens wirken werden. Daß diese Probleme nur vorsichtig und behutsam angefaßt und nur dann einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden können, wenn die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes hinter der schließlich gefundenen Regelung steht, unterliegt keinem Zweifel.“

Politischer Kampf um Probleme, herausziehendes Gewitter am Bürgerblockhimmel? Nichts davon: Marx spricht mit Wohlwollen gegen Gott und alle Welt, also wäre der Bürgerblockhimmel wolkenlos heiter, also wäre es Frühjahr und nicht Herbst 1927, und als ob es ausgemachte Sache sei, daß „die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes“ hinter Reudells Schulgesetz stehe.

Dieser letzte Satz von der überwiegenden Mehrheit — zielt er auf verfassungändernde Mehrheit und also auf Vertagung des Reichsschulgesetzes?

Kein Geld für Kriegsoffer.

Aber für Reudells Schulgesetz!

Während der Bildungsausschuss des Reichstages das Volksschulgesetz lustig weiter berät, ohne sich über die Deckung der 500 Millionen Mehrkosten zu kümmern, nerschanzten sich am Freitag im Kriegsbeschädigtenauschuss die Regierungsparteien gegenüber den sozialdemokratischen Anträgen auf völlige Anpassung der Hinterbliebenenrenten an die Beamtenbefoldung hinter der Deckungsfrage. Da mit platonischen Verbeugungen nicht durchzukommen war, wurde der Reichsfinanzminister eingeladen, zur Deckungsfrage Stellung zu nehmen. Natürlich legte Dr. Köhler den sozialdemokratischen Anträgen sein entschiedenes Nein entgegen. Er könnte gerade noch die 15 Millionen Mehraufwand, die sich aus den Anträgen der Regierungsparteien ergeben, im Etat unterzubringen versuchen. Was darüber hinausgeht, sei abzulehnen, weil es an der Deckung fehle.

Abg. Rohmann (Soz.) unterstrich die Bemerkung des Ministers vom Zusammenhang zwischen der Beamtenbefoldung und der Kriegsbeschädigtenversorgung, wies aber nach, daß die Konsequenzen aus diesem Zusammenhang nicht gezogen worden seien. Abg. Keil (Soz.) gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß gerade bei der selbstverständlichen Ehrenpflicht, die das Reich gegenüber den Kriegsbeschädigten habe, vom Druck der Finanzlage gesprochen werde. Bei der Entschädigung der Ruhrindustrie, bei der freiwilligen Wehrleistung an die Entente auf Grund des kleinen Besserungsgewinnes, bei der Erhöhung der Biersteuerentföndigung an Bayern,

bei der Bemessung der Generalpensionen habe man nichts vom Druck der Finanzlage gemerkt.

Neuerdings höre man sogar, daß im Finanzministerium die Senkung des Einkommensteuertarifs für die großen Einkommen vorbereitet werde. Er frage, ob das wirklich beobachtet sei. Er frage weiter, ob die Regierung wirklich bereit sei,

Hunderte von Millionen zur Zinsverbildigung für die Schulden der großen Landwirtschaft bereitzustellen.

Der Reichsfinanzminister wußte nichts anderes zu erwidern, als daß in Verbindung mit der Frage der Senkung der Lohnsteuer allerdings auch die anderen auftauchenden Probleme erwogen wurden. Die Frage der Zinsverbildigung für die Landwirtschaft sei noch nicht an ihn herangetreten, man werde sich aber wohl mit dieser Frage beschäftigen müssen.

Abg. Keil erblickte in dieser Antwort eine Bejahung der von ihm gestellten Fragen.

Für andere Zwecke sei also Geld da, nur nicht für die Kriegerhinterbliebenen.

Sahne die Regierung die Senkung der hohen Stufen der Einkommensteuer und die Viebesgaben an die Großlandwirtschaft ab, ziehe sie statt dessen die Großlandwirtschaft nach ihrem Verbrauch zur Steuer heran, führe sie ferner die Offenlegung der Steuerlisten durch, senke sie die Generalpensionen, so sei die Deckung für die notwendige Versorgung der Kriegsoffer geschaffen. Falls es auch dann noch an Mitteln fehle, brauche man nur die außer Kraft gesetzte Vermögenszumschlagsteuer wieder erheben und die großen Läden des Erbschaftssteuergesetzes zu schließen.

Trotz dieser Vorschläge wiederholten die Redner der Regierungsparteien ihren Einwand, daß keine Deckung zu finden sei. Sie schten auch den Vorschlag des Abg. Rohmann ab, zunächst eine Entscheidung des Haushaltsausschusses darüber herbeizuführen, ob die Deckung des Mehraufwandes für die Kriegerhinterbliebenen auf den vom Abg. Keil vorgeschlagenen Wegen gefunden werden könne. Ihre Absicht, die sozialdemokratischen Anträge abzulehnen, stand von vorn herein fest, und sie führten sie durch. Es bleibt also dabei, daß kein Geld da ist zur Erfüllung der Pflichten gegenüber den Kriegsoffern!

Deutscher Protest in Genf.

Neuer ober-schlesischer Schulkonflikt.

Die Reichsregierung hat beim Generalsekretariat des Völkerbundes telegraphisch Protest gegen die Absicht der polnischen Behörden in Ostoberschlesien eingelegt, die Prüfung der Schul-kinder für die Zulassung bei den deutschen Minderheitsschulen auch für den neuen Schuljahrsanfang vornehmen zu lassen. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß der Beschluß des Rates im vorigen März (Nachprüfung der Einzelsfälle durch einen Schwelzer Schulsaumann) nur eine außerordentliche Maßnahme darstelle, die man aber jedes Jahr wiederholen dürfe.

Das Reichsbanner in Arensdorf.

In einer kleinen Anfrage der deutschnationalen Landtagsfraktion wurde die Reichsbannerveranstaltung in Arensdorf als „beabsichtigte Provokation“ bezeichnet und das Staatsministerium gefragt, ob es diese „Provokation“ billige.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst auf Grund der Antwort des Preussischen Ministers des Innern mitteilt, vermag dieser in der Veranstaltung der Logung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Arensdorf eine Herausforderung ebensowenig zu erblicken, wie in der stattgefundenen Demonstration der Rechtsverbände. Die Polizeibehörden haben selbstverständlich in jedem Falle für die Bereitstellung polizeilichen Schutzes Sorge getragen.

Der Jude als Wahlvorsteher.

Bei der Bürgerchaftswahl in Bremen am 13. November erregte sich in einem Wahllokal folgendes Vorkommnis:

Wahlvorsteher in diesem Lokal war zufällig ein jüdischer Geschäftsmann.

Ein Stahlhelmier, die Insignien seiner Borniertheit auf der Brust, tritt zur Abgabe seiner Stimme an die Wahlurne heran, erkennt den jüdischen Geschäftsmann seiner Nachbarschaft hinter der Urne: „Unter einem jüdischen Wahlvorsteher wähle ich nicht!“ erklärt er laut und wütend und verläßt unter einer Drohgeste das Wahllokal, ohne seine Stimme abgegeben zu haben.

Poincarés Vertrauensspeiße.

Die unterlänige Kammer. — Niemand wünscht eine Krise.

Paris, 18. November. (Eigenbericht.)

Die französische Kammer gewährt gegenwärtig einem ganz eigentümlichen Anblick. Das stolzeste aller Parlamente scheint auf seine Eigenpersönlichkeit völlig verzichtet zu haben.

Es genügt, daß Poincaré den Vertrauensfinger hebt, um der Regierung jederzeit eine sichere Mehrheit zu verschaffen. Es genügt, daß der Finanzminister erklärt: „Wenn Sie das Budget aus dem Gleichgewicht herausreißen wollen, dann suchen Sie sich bitte einen anderen als mich“, um jeden Antrag, der irgendwie Neuausgaben verurteilt, zu Fall zu bringen. Es genügt, daß der Ministerpräsident den Schaiten einer Kabinetskrise am Horizont aufzuzeigen läßt, um die Opposition im Handumdrehen zu überwältigen. Trotzdem geht es Herrn Poincaré immer noch nicht rasch genug mit der Budgetberatung, die eigentlich gar keine Beratung mehr ist, sondern eine Durcheinanderung, deren Sturmtempo nur durch die Interventionen der Sozialisten, der Kommunisten und einiger seltener bürgerlicher Abgeordneten gehemmt wird.

Da Poincaré bei weitem nicht so mürrisch, so hart auf-fahrend ist, wie er es in anderen Zeiten zu sein pflegte, da er sich alle Mühe gibt, um heiter, lächelnd, guten Mutes zu zeigen und sich nur hier und da eine jener grobscharfen Antworten entfahren läßt, die ihm den Spitznamen „Eisig-gurke“ verschafft haben, kommt es natürlich zu viel weniger lärmenden Zusammenstößen als in früheren Jahren. Das liegt nun allerdings nicht nur daran, daß der fünfundsiebzig-jährige Ministerpräsident ein holderes Wesen zur Schau trägt, sondern auch an dem stillen Wunsch aller, für den Augenblick keine Krise herbeizuführen und es Herrn Poincaré zu erleichtern, sein Budget für 1928 unter Dach und Fach zu bringen. Dadurch haben natürlich die Kammer-debatten, die sonst um diese Zeit ein hochpolitisches Gepräge zu tragen pflegten, das Interesse verloren, das ihnen die öffentliche Meinung des Landes im allgemeinen entgegen-bringt. Auch ist man sich in allen Kreisen klar, daß das Gesicht des Parlaments dadurch seine markantesten Züge verliert und die Autorität der Abgeordneten dabei nichts gewinnt. Aber während sich die Linke, vor allem die Sozialisten, bemüht, die Gefahren aufzudecken, die das von Poincaré an-gewandte „Beratungssystem“ für den Parlamentarismus und dessen Ansehen mit sich führt, verbirgt die Rechte nicht, welche Gemütsruhe ihr die Erniedrigung der Kammer bereitet. In einigen führenden Blättern des Nationalen Blochs kommt ganz unvorhoben eine ausgesprochen anti-parlamentarische Auffassung zur Geltung, die sich in dem von dem farblichen Parfümfabrikanten Coty geleiteten „Figaro“ bis zur offenen Beherrschung der jüngsten Mussolinischen Ver-fassungsumformung steigert, die auf die Abschaffung des all-gemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts und auf das völlige Verschwinden des Parlaments hinausläuft.

Poincaré selbst will allerdings nicht gelten lassen, daß die von ihm zur raschen Annahme des Budgets angewandte Arbeitsmethode einen mangelnden Respekt vor der Kammer zum Ausdruck bringt. Als z. B. der Führer der sozialistischen Kammerfraktion Léon Blum dieser Tage im sozialistischen „Populaire“ den Verdacht ausspricht, daß die jüngst von dem schwedischen Zündholztrust der französischen Regierung unter günstigsten Bedingungen gewährte 75-Mil-lionen-Dollar-Anleihe eine geschickte Umgehung der von der Kammer im Sommer abgelehnten Verschärfung des fran-zösischen staatlichen Zündholzmonopols an den Schwedentrust verberge, hüllte sich der französische Ministerpräsident in höchst eigener Person veranlaßt, dem „Populaire“ eine sehr aus-sführliche Berichtigung zu schicken. In dieser Zuschrift ist nicht nur der Nachdruck interessant, mit dem Poincaré die Aufrechterhaltung des französischen Monopols betont, sondern auch die Empörung, mit der er den Gedanken zurückweist, als ob er jemals etwas tun könne, was mit den Beschlüssen und der Würde des Parlaments in Widerspruch stünde. „Dazu kennen Sie mich, Herr Léon Blum, doch wirklich gut genug, um zu wissen, daß man niemals so etwas von mir an-nehmen darf“, schreibt der Herr Ministerpräsident wörtlich.

In der Tat verdient Poincaré wohl den Ruhm eines sich streng an die Gesetze und die Verfassung haltenden Staats-mannes. Um so seltsamer aber ist es, daß er kein Gefühl dafür zu haben scheint, in welche Lage er die Kammer durch seine Taktik bringt. Sie läuft praktisch darauf hinaus, dem Parlament sein wichtigstes Vorrecht, das in der gründlichen Prüfung des Budgets besteht, vorzuenthalten. Nur die Tat-sache, daß keine der bürgerlichen Parteien sich sechs Monate vor den Wahlen der Gefahr aussetzen mag, durch eine neue Kabinetskrise oder die Verzögerung der Annahme des Bud-gets die Frankenswährung einer neuen Schwankung auszu-setzen und dafür vor der öffentlichen Meinung verantwortlich gemacht zu werden, erklärt die Leidenschaft, mit der Poin-carés Vertrauensspeiße die sonst so allmächtige französische Kammer zum Gehorsam zwingt.

Um die Bekenntnisschule.

Die Lehrpläne und die Religionsgesellschaften.

In der Debatte über § 4 des Schulgesetzes, über deren Beginn wir im Abendblatt berichteten, führte Abg. Fleißner (Soz.) aus: Der Absatz 8 des § 4 zeigt eine große Unklarheit mit dem bayerischen Konordat wie überhaupt das ganze Gesetz. Die praktische Durchführung ist überhaupt nur möglich, wenn aus der Bekennt-nisschule eine richtige Bekenntnisschule wird. Die Deutsche Volkspartei ist in eine schwierige Lage gekommen. Ihren Worten nach möchte sie die Ergebnisse des früheren Schulliberalismus nicht preis-geben. Als Regierungspartei muß sie aber immer nachgeben. Wir lehnen diese Unklarheit ab.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.): Ich stelle fest, daß nach der Er-läuterung des Regierungsvortragers keine Religionsgesellschaft das Recht hat zu verlangen, daß der Unterricht (mit Ausnahme des Re-ligionsunterrichts) nach dem von ihr gefassten Beschlüssen gestaltet wird. (Abg. Rheinländer (S.) widerspricht dem für das Zentrum.) Kein Staat darf eine bestimmte konfessionelle Auffas-sung in den allgemeinen Unterricht hineinzubringen. Ich stelle fest, daß der Staat nicht verpflichtet ist, wenn eine Religionsgesellschaft mit der Forderung hervortritt, irgendeine Auffassung, irgendwelchen Stoff in den allgemeinen Unterricht hineinzubringen, dieser Forder-ung nachzugeben.

Abg. Hönle (Komm.) betonte die Unmöglichkeit, daß in einer

Der Maiszoll.



„Wenn wir dem Kind auch seinen Drei fortnehmen, Frau Schulze, als Ersatz bereiten wir das himmlische Nanna unserer Bekenntnisschule für das Kleine vor!“

Bekenntnisschule den Erfordernissen der freien Wissenschaft genügt wird.

Abg. Frau Dr. May (D. Sp.) wies darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei die Bekenntnisschule so fortsetzen wolle, wie sie sich historisch bewährt habe, daß sie aber jede Einengung des Begriffs in der Richtung auf dogmatische Bindungen ablehne. Dement-sprechend forderte sie den Ersatz der Worte „gemäß dem Glauben“ durch die Fassung „auf evangelischer, katholischer usw. Grundlage“, die keine dogmatische Auslegung zulasse. Die Rednerin begründet ferner den Antrag, statt „Lehrpläne“ zu setzen „die für alle Schulformen geltenden allgemeinen Lehr-pläne“. Die Bekenntnisschule sollte nicht aus dem allgemeinen Rahmen herausfallen, sondern auch für sie gelten die allgemeinen Lehrpläne, die naturgemäß entsprechend der Eigenart der Schule in der evangelischen und katholischen Schule verschiedene Ge-stalt gewinnen. Einen konfessionellen Unterricht, etwa in Geo-graphie, Rechnen, Handarbeiten lehne die Deutsche Volkspartei ab. Mit diesen Änderungsanträgen suchte die Deutsche Volkspartei den starken Schwierigkeiten des Vorlaufs des Weimarer Kompromisses, an dem sie unbeteiligt sei, entsprechend ihrer liberalen Tradition Rechnung zu tragen.

Weiterberatung: Sonnabend.

Strafrechtsausschuß.

Die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter.

Auf Grund des § 47 des neuen Strafgesetzbuchprojekts kann das Gericht, wenn wegen eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens auf Gefängnis erkannt wird, den Verurteilten auf die Dauer von mindestens einem bis höchstens fünf Jahren für un-fähig erklären, öffentliche Ämter zu bekleiden.

Ein sozialdemokratischer Antrag, den Ausspruch des Verlustes der Amtsfähigkeit nur bei einem Delikt unter grober Verletzung der öffentlichen Pflichten des Verurteilten möglich zu machen, verfiel am Freitag im Strafrechtsausschuß des Reichstags der Ab-Lehnung. Voraussetzung für § 47 bleibt jedoch eine Gefängnis-strafe von einem Jahr.

Nach § 48 verliert, wer unfähig ist, öffentliche Ämter zu be-kleiden, zugleich für immer die öffentlichen Ämter, die er inne hat. Den öffentlichen Ämtern stehen gleich die Zugehörigkeit zur Reichs-wehr, die aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte, die Rechtsanwaltschaft und öffentliche Würden.

Ein Antrag des Abg. Landsberg (Soz.), die Rechtsanwaltschaft nicht in diesen § 48 einzubeziehen, wurde abgelehnt. Dagegen wurden auf sozialdemokratischen Antrag die Worte „für immer“ gestrichen.

Im Laufe der Aussprache betonte Abg. Dr. Kohl (D. Sp.), daß die Begriffe „öffentliche Würden“ oder „öffentliche Ämter“ die kirchlichen Ämter der Religionsgesellschaften nicht um-fassen. Paragraph 49, der den Verlust des Wahl- und Stimmrechts behandelt, wurde zur weiteren Beratung einem Untersuchungsausschuß über-wiesen. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Mackdonalds Gesundheitszustand.

Er dementiert das Alarmgerücht.

London, 18. November. (Eigenbericht.)

Das sensationelle Gerücht, monach Ramsay Mackdonalds Gesundheit auf das schwerste erschüttert sei und sein völliger Zusammenbruch drohe, wird von Mackdonald selbst als große Ueber-treibung bezeichnet. Richtig ist lediglich, daß Mackdonald seit seiner letzten schweren Erkrankung unter ständiger ärztlicher Beobachtung steht. Zu dem Gerücht erklärt Mackdonald, er danke gar nicht davon, in einem Augenblick schärfster parlamentarischer Kämpfe seinen Posten zu verlassen. Gerade jetzt sei größte Wachsamkeit und äußerste Aktivität der parlamentarischen Opposition dringend not-wendig.

Labour Party gegen Rothermere-Aktion.

Prog. 18. November. (Eigenbericht.)

Das sozialdemokratische „Prava Ribu“ veröffentlicht eine Unterrichtung seines Londoner Vertreters mit Genossen Ramsay Mackdonald. Der Führer der Labour Party äußerte sich darin über die bekannte Rothermere-Aktion und sagt, daß die britische Öffentlichkeit sich um die politische Kampagne des Herausgebers

der „Daily Mail“ nicht kümmern solle. Die Agitation von ein paar Personen für Horthy-Ungarn sei keine Rundgebung der englischen öffentlichen Meinung. Lord Rothermere habe keine politische Partei hinter sich. Die Labour Party betrachte seine Tätigkeit als schädlich. Sollte die Labour Party nach den Wahlen zur Regierung gelangen, so würde sie auf das Genfer Protokoll zurückgreifen und sich für Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung einsetzen.

Wiederaufnahme des Slaterprozesses.

Das Gesetz vom Unterhaus beschlossen.

London, 18. November. (Eigenbericht.)

Das Sondergesetz auf Wiederaufnahme des Verfahrens im Falle Slater ist am Freitag im Unterhaus eingebracht und sofort in zweiter Lesung verabschiedet worden. Das Gesetz besteht aus zwei Paragraphen und ermöglicht die Verlängerung der sonst zur Berufung geltenden einjährigen Frist.

Vor wenigen Tagen haben wir schon gemeldet, daß der sozialistische „Daily Herald“ diesem Weg der Wiederaufnahme die ungeheuren Kosten entgegengestellt hat, deren Aufbringung recht fraglich ist. Das Arbeiterblatt hatte statt dessen eine neue Untersuchung von Amts wegen gefordert, deren Kosten der Staat trägt.

Spionageprozeß in London.

Ein Deutscher mitangeklagt.

London, 18. November. (Eigenbericht.)

Zwei unter dem Verdacht der Spionage in London verhafteten Personen, darunter ein Deutscher namens Hansen oder Han-sing, werden sich am Sonnabend vor dem Londoner Magistrats-richter zu verantworten haben. Die bei der Verhaftung vorgefun-denen schwerbelastenden Dokumente waren am Freitag Gegenstand einer Konferenz zwischen dem Polizeipräsidenten, dem Innenministerium und der Staatsanwaltschaft. Es handelt sich um den Deutschen I. Hansen und den Amerikaner James Mac Carthyn. Letzterer ist irischer Abstammung. Hansen soll vor etwa drei Wochen nach England gekommen sein, um dort die englische Sprache zu erlernen.

Die Toulouner Meuterei.

Ministerieller Widerstand gegen parlamentarische Untersuchung.

Paris, 18. November. (Eigenbericht.)

Die Meuterei im Marinengefängnis von Toulon und auf dem Kriegsschiff „Ernest Renau“ waren durch elende Verpflegung der Matrosen, besonders durch verdorbenes Fleisch hervorgerufen worden. Der Heeresausschuß der Kammer hatte deshalb beschloffen, eine parlamentarische Untersuchung zu veranstalten. Der Marineminister weigert sich jedoch, das notwendige Material zur Verfügung zu stellen. In der nächsten Woche soll die Kammer darüber entscheiden, ob dem Ausschuß das Recht zusteht, die Vorfälle zu untersuchen oder nicht. Marineminister Bessieux hat erklärt, daß er demissioniere, ehe er sich zwingen lasse, eine parlamentarische Untersuchung in der Marine zu dulden.

Italien und Südflawien.

Mussolinis Botschafter beleidigt Marinkowitsch.

Paris, 18. November. (Eigenbericht.)

Der „Cri de Paris“ berichtet: Als der südflawische Außen-minister Marinkowitsch die Tribüne der Ehrengasse bei der Waffenstillstandsfeier am 11. November betrat, wandte ihm der italienische Botschafter Graf Ranzoni, obwohl die beiden Diplomaten seit Jahren befreundet sind, demonstrativ den Rücken. Bergelblich veruchte der jugoslawische Gesandte in Paris, den peinlichen Zwischenfall beizulegen, indem er den Affront geistlich überließ und Ranzoni bat, ihm den Außen-minister vorstellen zu dürfen. Der italienische Botschafter aber trieb die Brüstung so weit, daß er nach einer läßlichen Ver-beugung und ohne ein Wort der Begrüßung den beiden jugo-slawischen Diplomaten wieder den Rücken drehte.

Das Ziel der Zigarrenfabrikanten.

Die Eindämmung der Konkurrenz.

Durch die III. lassen die Aussperrer verkünden:
Der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller e. B. hat sich am 17. November mit der Lage befaßt. Wie mitgeteilt wird, wurde dabei festgestellt, daß die Aussperrung überall durchgeführt wird, so daß die Zigarrenindustrie sogar einschließlich einer Reihe von Verbandsaußenleitern in dem ihr aufgezwungenen Abwehrkampf geschlossen ist. Es bestand vollkommene Einmütigkeit, daß die Aussperrung so lange durchgeführt werden wird, bis das Ziel, nämlich die Aufrechterhaltung des bis zum 31. März 1928 laufenden Tarifvertrages, erreicht ist. Sobald die Gültigkeit des Tarifvertrages von den Arbeitserbänden wieder anerkannt wird, wird die Aussperrung beendet sein.

In dieser Verlautbarung der Zeitung der Zigarrenhersteller-Lösler fällt zunächst die Wendung auf von dem „ihr aufgezwungenen Abwehrkampf“. Wer hat denn die Herren dazu gezwungen, ihre Arbeiterschaft auszusperrten? Etwa die fünfzig Zigarrensortierer bei Duthmann in Leipzig oder der übrige Teil der 213 Köpfe starken Arbeiterschaft dieser Firma, die die Arbeit erst einstellte, nachdem ihr die Entlassung angekündigt war?

Zugegeben, daß die Verlegenheit der Herren nicht gering ist; das entschuldigt jedoch nicht die ebenso verzweifelte wie vergebliche Anstrengung die öffentliche Meinung irrezuführen durch Wiederholung der unsinnigen Ausrede, dem Reichsverband sei ein „Abwehrkampf“ aufgezwungen worden; weil zweihundert Arbeiter streikten, habe er hunderttausend auszusperrn müssen.

Wie steht es denn aber mit dem Ziel dieser vorgeblichen Märtyrer der Tarifvertragsstreue? Sehr erst, nach der Aussperrung, wird offensichtlich, welche erbärmlichen Löhne die sich bescheidenden als Zigarrenhersteller bescheidenden Unternehmer bisher zahlten. Selbst wenn man dem Reichsverband der Zigarrenherstellern den unglücklich schlechten Gewissen in der Lohnfrage zugute hält, weshalb sollte er alle die Arbeiter und Arbeiterinnen auszusperrn, die nicht einmal eine kleine Lohnzulage zu fordern wagten; weshalb über hunderttausend auf Pfahle werfen, weil ein-, zwei- oder dreihundert einen Ausgleich für die Teuerung forderten, den Hungerriemen nicht enger schnallen wollten?

Die mit solch unglaublicher Brutalität inszenierte Aussperrung hat in Wirklichkeit ein ganz anderes Ziel, ein Ziel, das nach verschiedenen Richtungen zugleich geht.

Abfälschung der Arbeiterforderungen sowie. Dazu bedurfte es einer solchen Aussperrungsaktion wirklich nicht. Befämpfung der Organisationen der Tabakarbeiter gewiß. Aber auch das ist nicht das eigentliche Ziel.

Das wirkliche Ziel ist ein Konkurrenzkampf, der Kampf der Großen gegen die Kleinen. Dieselben Leute, die der

Öffentlichkeit den Bären aufzubinden suchen, sie seien „zu einem Abwehrkampf gezwungen“, seien gezwungen, über hunderttausend Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen kurz vor Weihnachten, nachdem ihre Weihnachtsgeschäfte bejagt sind, auszusperrn sie können ihren Aussperrungsbeschluss nur durch schärfsten Zwang durchführen, unter Androhung hoher Geldstrafen.

Der Reichsverband, dessen Mitglieder schon in gewöhnlichen Zeiten die Kollage der Arbeiter durch Zahlung spottschlechter Löhne ausnutzen, er will jetzt sämtliche Zigarrenarbeiter mit Stockprügeln auf den Magen traktieren, um Außenleiter und kleine Unternehmer zu ruinieren, damit er seine Preismonopolinteressen besser verstehen kann. Das ist das Hauptziel des Reichsverbandes.

Wie sie schwindeln.

Unter dem 16. November verbreitete das Wolffsbureau folgende, aus Offenburg datierte Meldung:

„Wie uns von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, sind im oberbayerischen Zigarrengebiet, das von Karlsruhe bis Konstanz reicht, insgesamt 17000 Arbeiter ausgesperrt worden. 88 Proz. der Aussperrten sind Frauen.“

Nach einer Erhebung im April d. J. betragen die Löhne von 90 bis 128 Pf. pro Stunde bei 48stündiger Arbeit. Bemerkenswert ist, daß die Arbeiterinnen auf dem Lande keine 48 Stunden arbeiten. Der tatsächliche Verdienst der Koller beträgt 31,25 bis 49 M. und der der Wickelweber 21,30 bis 31,85 M.

Dazu wird uns aus Offenburg geschrieben: Diese Meldung ist von Anfang bis Ende frei erfunden und im höchsten Grade irreführend. Zunächst ist noch nicht einmal der 17. Teil der genannten Zahl ausgesperrt, vielmehr arbeiten auch heute noch fast alle oberbayerischen Zigarrenfabriken uneingeschränkt.

Wie in der W.B.-Meldung von einem Stundenlohn von 90 bis 128 Pf. gesprochen werden kann, ist überhaupt unerfindlich, da in der Zigarrenindustrie durchweg im Akkord gearbeitet wird. Welche „Stundenlöhne“ dabei herauskommen, kann man sich aus den zum Schluß der Meldung angegebenen Ziffern errechnen. Dieser „tatsächliche Verdienst“ ist jedoch nicht — wie der Ununterrichtete ohne weiteres annehmen wird — der Lohn einer Woche, sondern das Ergebnis eines Zahltags, d. h. die fällige Frucht von zwei Wochen = 96 Stunden anstrengender und ungesunder Arbeit. Die daraus errechneten Stundenlöhne von 32 bis 50 Pf. für Koller und 22 bis 30 Pf. für Wickelweber, also Bruttowochenlöhne von 15,60 bis 24,50 bzw. 10,65 bis 15,90 M., sind nicht gerade geeignet, die Unternehmerluste zu stützen.

Die GGG. sperrt nicht aus! Ihre Fabriken arbeiten für die Konsumgenossenschaften.

Für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten insbesondere sollte es Ehrensache sein, seine Zigarren zu kaufen, die in den Betrieben der Aussperrer hergestellt wurden. Die Möglichkeit besteht, Zigarren aus solchen Fabriken zu beziehen, deren Arbeitsverhältnisse den Forderungen der Tabakarbeiter entsprechen und die an der Aussperrung der Zigarrenarbeiter nicht beteiligt sind.

Die Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine (GGG.), die zentrale geschäftliche Organisation der deutschen Konsumgenossenschaften, besitzt drei große Zigarrenfabriken mit über 1000 Beschäftigten; sie hat in jeder Hinsicht in ihren Betrieben musterhafte Einrichtungen getroffen und beteiligt sich selbstständig nicht an der Willkürmaßnahmen der privaten Zigarrenfabriken.

Zigarren und sonstige Tabakwaren aus den Betrieben der GGG. vermittelt in Berlin allein die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend durch ihre 200 Abnahmestellen und die von der GGG. und GGG. errichtete Tabakwaren-Betriebsgesellschaft, Verkaufsstelle Infest. 6.

Verstärkter Bauanschlägerstreik. Durch die Schuld der Unternehmer.

Nachdem die Bauanschläger für Sonnabend voriger Woche den Streik beschlossen hatten, war die Branchenleitung dazu übergegangen, einzelne Belegschaften aus den Betrieben herauszuziehen. Daraufhin haben die Unternehmer als Gegenmaßnahme die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt, der von den Bauanschlägern wegen seiner Unzulänglichkeit abgelehnt und mit dem Streikbeschluss beantwortet worden war. Ueber die geführten Verhandlungen vor dem Schlichter von Groß-Berlin berichtete am Abend in einer gut besetzten Versammlung der Bauanschläger im Verbandshaus der Metallarbeiter Genosse Tuchs vom Metallarbeiterverband.

Die Verhandlungskommission widersprach ganz entschieden dem Antrag der Unternehmer und erklärte, daß die Voraussetzungen für die Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedspruches nicht gegeben sind. Sie lehnte es jedoch nicht ab, in direkte Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten und zu versuchen, zu einer Verständigung zu kommen.

Trotz dreistündiger Verhandlungen war von den Unternehmern kein Zugeständnis zu erhalten, so daß schließlich die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten.

Die Versammlung beschloß, nach der Entgegennahme dieses Berichtes ohne Debatte, den Streik zu verstärken und nun noch mehr Betriebe stillzulegen. Einmütig drachten die Versammelten zum Ausdruck, daß sie fest entschlossen sind, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten und den Kampf mit noch größerer Schärfe solange fortzuführen, bis die Unternehmer endlich von ihrem hohen Pferd heruntersteigen.

Keine Erhöhung der Buchdruckerlöhne. Zwischentarifliche Regelung abgelehnt.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hat in mehreren Verhandlungen mit dem Deutschen Buchdruckerverein versucht, eine zwischen tarifliche Lohnhöhung durchzusetzen. Die Unternehmervertreter haben zwar die Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht bestritten können, jedoch erklärt, die Verteuerung sei nicht groß genug, um eine Lohnhöhung zu rechtfertigen.

Die Unternehmer behaupteten überdies, mit der am 1. April bzw. 1. Oktober eingetretenen Erhöhung des Spitzenlohnes von 48 M. auf 52,50 M. sei nicht nur die Mietsteigerung am 1. Oktober abgegolten, sondern auch die damit verbundene Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel. Außerdem lasse auch die wirtschaftlichen Lage im Buchdruckgewerbe eine Lohnhöhung nicht zu.

Alle gegenteiligen Beweisführungen der Organisationsvertreter wurden von den Unternehmern kurzerhand als nicht stichhaltig bezeichnet. Mit allem Nachdruck wurde von den Unternehmervertretern auf die Tarifstreue geachtet und erklärt, daß sie jede Durchbrechung des Tarifvertrages mit allen Mitteln bekämpfen und die Organisationen für jeden Tarifbruch haftbar machen würden.

Die Gehilfenvertreter beantragten schließlich die Einberufung der Tarifkommission, was nach einer Umfrage bei den Unternehmern auch abgelehnt wurde.

Damit ist den Organisationen die Möglichkeit genommen, die notwendige Erhöhung der Löhne in den Buchdruckereien durchzusetzen. Die Gehilfenschaft ist damit keineswegs zufriedengestellt. Sie wird jedoch ihre Forderungen bis zum Ablauf des Tarifvertrages am 31. März 1928 zurückstellen müssen, um sie dann mit desto größerem Nachdruck zu vertreten.

Rundgebung der Bankangestellten. Für die Freiheit der Presse.

Der Allgemeine Verband der Bankangestellten hatte zu gestern Abend zu einer Rundgebung gegen die bekannten Vorgänge bei der Deutschen Bank eingeladen. Der Personaldirektor Dr. Krutzenberg hatte nicht nur die Verteilung des offiziellen Verbandsorgans des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten verboten, sondern abendrein die noch greifbaren Exemplare einer Nummer dieser Zeitung beschlagnahmt, weil ihr Inhalt dem Bankgewaltigen nicht gefiel.

Inzwischen hat sich zwar die Direktion der Deutschen Bank dazu bequemen müssen, die „beschlagnahmten“ Exemplare ihren rechtmäßigen Eigentümern, dem Allgemeinen Verband, wieder zur Verfügung zu stellen, das ganze Vorgehen verfährt aber nicht nur gegen den klaren Wortlaut des § 118 der Reichsverfassung, der die Pressefreiheit gewährleistet, sondern auch noch gegen den § 5 des Reichstarifvertrages für das Bankgewerbe.

In seinen weiteren Ausführungen verstand es der Hauptredner des Abends, Genosse Marx vom Allgemeinen Verband, in ge-

schickter Weise die Nachricht einzuflechten, daß zum mindesten ein Mitglied der Direktion der Deutschen Bank anwesend sei, dem dringend geraten wurde, namentlich die nun folgende Kritik der sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen für die Deutsche Bank genau zu stenographieren und seinen Auftraggebern zu übermitteln, die es offenbar vorzogen, sich von der Stimmung der Versammelten nicht persönlich zu überzeugen.

Nach Beendigung des mit starkem Beifall aufgenommenen Referats beauftragte ein Vertreter des A.F.V.-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes die Solidarität der von ihnen vertretenen Organisationen hinsichtlich der Forderung auf unbedingte Wahrung der Pressefreiheit. Ein Vertreter des A.F.V. wurde nur widerwillig angehört, und der Deutsche Bankbeamten-Berein hatte überhaupt keinen Redner entsandt.

Mit einstimmiger Annahme einer Entschließung fand nach einem zündenden Schlußwort des Genossen Marx die Rundgebung einen würdigen Abschluß.

In der Entschließung wird gegen den Angriff der Deutschen Bank auf die Freiheit der Gewerkschaftspressen protestiert und der Allgemeine Verband in Verbindung mit den Spitzenorganisationen beauftragt, die erforderlichen Sicherungen für die Zukunft zu schaffen, damit die Freiheit der Gewerkschaftspressen unter allen Umständen respektiert wird. Die Entschließung klingt in den Schluß aus:

Die Bankpaläste sind die Arbeitsstätten der Bankangestellten, nicht aber Zwingburgen der Unternehmer gegen die Angestellten.

Generalversammlung der Buchbinder.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter hatte am Donnerstag Abend im Gewerkschaftshaus ihre Quartalsgeneralversammlung.

Der Bevollmächtigte Genosse Imhof stellte in seinem Geschäftsbericht mit, daß sich die Konjunktur im 3. Quartal weiter gebessert habe und die Zahl der Arbeitslosen von 1907 am Schluß des 2. Quartals auf 1241 bis zum Schluß des 3. Quartals zurückgegangen sei. Dieser Rückgang entfällt jedoch lediglich auf die weiblichen Berufsangehörigen, so daß entgegen den Behauptungen der Unternehmer noch genügend arbeitslose Facharbeiter zur Verfügung stehen. Genosse Imhof brandmarkte in sehr scharfen Worten die unverschämte Verhöhnung der arbeitslosen Berufscollegen durch die Berliner Innungsleiter, die in ihrem „Nachrichtenblatt“ Nr. 36 über die noch vorhandenen 500 arbeitslosen Facharbeiter u. a. schreiben:

„Unter diesen 500 Arbeitslosen befinden sich aber recht viele, welche zufrieden sind, keine Arbeit zu finden, denn es lebt sich auch ganz gut bei Einziehung der Arbeitslosenunterstützung und ein wenig Schwarzarbeit.“

Imhof betonte mit Recht, daß diese Krauter ihre Auffassung sehr schnell ändern würden, wenn sie einmal von der Erwerbslosenunterstützung einige Zeit leben müßten. Genosse Imhof streifte dann noch kurz die Lohnbewegungen in den einzelnen Branchen und teilte mit, daß alle Versuche, die Unternehmer infolge der unvorhergesehenen Teuerung zur Zahlung von zwischentariflichen Zulagen zu bewegen, an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert seien.

Der Mitgliederbestand ist im Laufe des 3. Quartals im allgemeinen stabil geblieben, doch ist die Situation in der Mitgliederbewegung leider immer noch zu groß. Hier müssen besonders die Funktionäre darauf achten, daß die neu gewonnenen Mitglieder durch intensive Aufklärungsarbeit an die Organisation gewöhnt werden. Genosse Imhof schloß seinen Bericht mit dem Wunsch, daß es der Werbearbeit der Funktionäre gelingen möge, den Mitgliederbestand von rund 9600 noch bis zum Schluß dieses Jahres auf 10000 zu bringen.

Der Kassierer Bismont konnte über eine gute finanzielle Entwicklung in Berlin berichten. Der Bestand der Lokalkasse ist von 41.430,49 M. am Schluß des 2. Quartals auf 49.278,54 M., also um 7848 M. gestiegen. In der kurzen Diskussion wurde an der Tätigkeit der Ortsverwaltung keine Kritik geübt. Ein stimmig angenommen wurde ein Antrag der Ortsverwaltung, den Arbeitslosen zu Weihnachten eine Extramaterstützung zu zahlen, deren Höhe die Ortsverwaltung entsprechend der Arbeitsmarktlage und den vorhandenen Mitteln festsetzen wird.

Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag der Betriebsräte der „Buchgemeinschaft“, die ausgeschlossenen Mitglieder habe und Lüdicke wieder aufzunehmen. Die engere und erweiternde Ortsverwaltung schloß vor, das ehemalige Mitglied habe dem Hauptvorstand zur Wiederaufnahme zu empfehlen, jedoch nicht Lüdicke, der noch bis vor kurzem versucht hat, in Berlin wieder eine „oppositionelle“ Fraktion aufzubauen. Die Versammlung trat jedoch der Auffassung der Ortsverwaltung nicht bei, sondern beschloß mit geringer Mehrheit, beide dem Hauptvorstand zur Aufnahme zu empfehlen.

Bergarbeiterstreik in Lothringen.

Die Direktion der Wendelschen Kohlengruben in Lothringen beabsichtigt, eine neue Arbeitsordnung einzuführen, die eine Verlängerung der Arbeitszeit vorsieht und deshalb von den Bergarbeitern abgelehnt wird. Um der Forderung auf Beibehaltung der alten Arbeitszeit Nachdruck zu verschaffen, erklärte die Belegschaft des Schachtes „Caragan“ am Mittwoch den „passiven Widerstand“. Daraufhin wurden 43 Bergarbeiter wegen Gehorsamsverweigerung (!) von der Direktion sofort entlassen. Als die Forderung der Bergarbeiter auf Zurücknahme dieser Maßregelung abgelehnt wurde, traten am Mittwoch nachmittag die Belegschaften sämtlicher Wendelschen Schächte in den Solidaritätsstreik ein.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Sonnabend: Kreis Oberpreußen Jugendklub Dammshagen, Kreis 18. Umgebungen der Kreisjugendvereine: — Borsgen, Sonntag, folgende Veranstaltung: Kreis Oberpreußen: Um 18 Uhr im Jugendheim Oberhämmer, Paulsen Str. 2. — Die Herren alles in den Schichten (Schattenspiele). — Ostkreis: Um 19 Uhr im Jugendheim des Ostkreises, Große Kottbuscher Str. 18, Heimabend. — Ostkreis: Um 18½ Uhr im Jugendheim Tempelhof, Germaniastr. 4/6, Literatur-Abend „Helden Einzel“. — Nordkreis: Um 19 Uhr im Jugendheim des Berliner Ostkreises, Friedrich-Wendel-Str. 11, Heimabend der Arbeit.

Jugendgruppe des A.F.V. (Centralverband der Angestellten). Heute 20 Uhr im Arbeiter-Club im Ostkreise (F. Oster Str.). Reich Weigert hält einen Vortragsabend über: „Eine Seite durch den Wandstich des Balkan.“

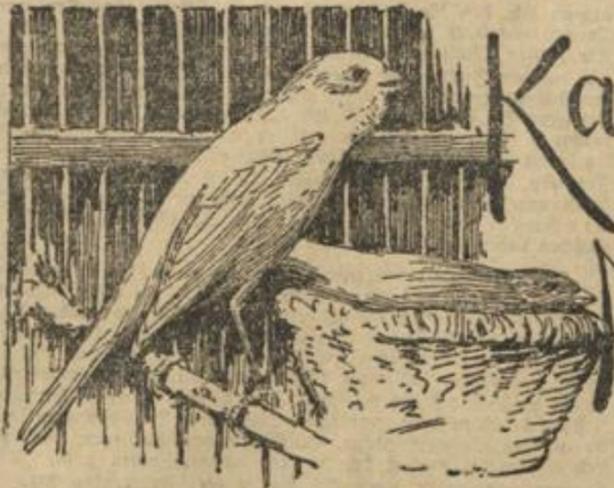
Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingebiel; Gewerkschaftsbewegung: J. Stricker; Kultur: A. A. Böcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Kahlert; Auslagen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin; Verlag: Fortwächter-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Fortwächter-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co. Berlin, S. W. 46, Lindenstraße 3; Bureau: 2. Berliner- und Unterhaltungs- und Wissen.“

Seppi bei der Kartenlegerin.

„Sie werden einen wichtigen Brief bekommen und eine Reise machen. Sagen Sie sich vor falschen Freunden, aber essen Sie weiter so fleißig Resi-Drote, dann bleiben Sie froh und gesund und werden steinalt.“

Die frische Resi

Denn diese bayerische Kernmargarine aus den VMW Märlers vereinigt zum ersten Mal höchste Nährkraft und höchsten Wohlgeschmack: Vitamine und Alpenmilch.



Vom Kanarienvogel.

Es ist bekannt, daß in Deutschland außerordentlich viele Kanarienvögel gezüchtet und in sehr bedeutender und immer zunehmender Zahl nach fernem Ländern ausgeführt werden.

Kanarienzucht als Nebenerwerb.

In den verschiedensten Teilen der deutschen Republik werden Kanarien gezüchtet, so in Sachsen, Hannover und Thüringen. Auch die Hauptstadt Berlin liefert eine erhebliche Anzahl gezüchteter Vögel.

Die verschiedenen Vereine, die die Kanarienzucht pflegen und die jährlich stattfindenden Ausstellungen legen ein verebtes Zeugnis ab, welches erheblichen Anteil der Berliner an diesem „Gewerbe“ nimmt.

Das Monopol der Spanier.

Fern unserer Heimat lebt auf den Kanarischen Inseln jener mildfarbene Stammvater unseres gelben Hausfreundes, des Kanarienvogels. Allerdings ist die Färbung des Kanarienvogels, denn das ist er im Laufe der Jahrhunderte geworden, recht verschieden.

Kanarienvogel-Zucht - ein Nebenerwerb

Kulturstaaten Absatz finden. So entwickelte sich ein neuer Handelszweig, dessen Anfänge schon einige Jahrhunderte zurückliegen. In der Heimat wurde der wilde Kanarienvogel von den Eingeborenen seines angenehmen Gesanges wegen im Käfig geholt und gepflegt.

Der Kanarienvogel in Italien.

Bald wurden die Italiener auf die Vögel aufmerksam, die sie einfingen und auch in Käfigen zu züchten begannen. Die Züchtung und der Verkauf der Vögel wurde zu einem Erwerbszweig, der sich schnell über Norditalien ausbreitete.

war mehr für eine vollkommene Ausbildung des Gesanges seiner Pflegslinge zu haben und weniger für Farbe und Gestalt. So ist es schließlich in unserer Heimat gelungen, Kanarienvögel zu züchten, die den Gesang unserer schönsten Sängerin, der Nachtigall, wiedergeben.

Die Farbe des Kanarienvogels.

Infolge der jahrelangen Degeneration traten sehr bald reinweiß gefärbte Kanarienvögel auf, denen das zur Erzielung der grünen Färbung notwendige Pigment fehlte. Sie waren bereits, ebenso wie die gefleckten, gegen das Ende des sechzehnten Jahrhunderts allgemein bekannt.



Thüringer Vogelhändler.

Setdem man gesehen hat, daß die Kanarienzucht eine Einnahme- und Erwerbsquelle von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, befaßt man sich allenthalben in Deutschland mit der Zucht, namentlich seitdem vor etwa fünfzig Jahren die Absatzquelle nach Amerika eröffnet wurde.

„Schützt Deutschlands künftige Lebenskraft.“ Der „Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände“ veranstaltet am Donnerstag, dem 24. November, abends 7 1/2 Uhr, im großen Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrates, Berlin W. 9, Bellevuestr. 13, eine Kundgebung an den Reichstag: „Schützt Deutschlands künftige Lebenskraft.“

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Und bis zur Schlucht, die grau wie Morgendämmerung von den Felsen und Sträuchern war, die sie bedeckten, zwischen den rauschenden Bächen und den Haufen von bunten Kieselsteinen, schwebten sie und schauten in verschiedenen Richtungen aus dem Wagen heraus. Aber Datscha fühlte, wie Badjin unter dem Drange seines Blutes zusammenzuckte und sein Herz mit kurzem, heftigem Husten betäubte.

hinunter, bald hinaus. Sieht man geradeaus — ein Wald mit verworrenen Lianensträngen, mit Esen und Sträuchern und Felsenblöcken... ein wilder Ort. Und wenn man näher kommt, so kriechen der Wald und die moosbewachsenen Steine und Felsen, die mit Tränen der unterirdischen Gewässer übergossen sind, nach rechts und links, stürzen in die Schluchten und klettern auf die Felswände.

Zügeln, drehte seinen Kopf hin und her und verfluchte sich mit seinem Speichel. Man fuhr nach eine Weile. Und Datscha fühlte, wie Badjin mit allen Muskeln zuckte, und sah, wie er mit allen Kräften seine Erregung und seine Leidenschaft bekämpfte. Er seufzte tief auf und brückte sie mit der ganzen Schwere seines Körpers in die Wagenocke.

(Fortsetzung folgt.)

Rabiate Patienten.

Wertwürdiger Dank für ärztliche Hilfe.

Dass Unbarm der Welt Bohn ist, sollte ein vielbeschäftigter Frauenarzt aus der Schönhauser Allee am eigenen Leibe erfahren. Eines Tages, es war im Januar d. J., wurde er vom Bräutigam seiner Patientin empfindlich durchgeblutet, während ihm die Patientin selbst, an der er eben erst eine erfolgreiche Operation vollzogen hatte, nach allen Regeln der weiblichen Kunst das Gesicht zerkratzte. Und das kam so.

Die Braut des Herrn L. — jetzt ist sie bereits seine Frau — mußte an sich einen operativen Eingriff vornehmen lassen. Der Krankenträger, an den sie sich wandte, wies sie ins Krankenhaus und befehlte für sich den Kupon vom Krankenschein. Fräulein L., so hieß damals die Patientin, wollte aber nicht ins Krankenhaus. Sie suchte deshalb den Krankenträger auf und bat ihn, die Operation an ihr vorzunehmen. Da der Kupon bereits abgefordert war, wies er sie ab. Sie erklärte jedoch, daß sie sich von ihm privat behandeln lassen wollte. Da er als Krankenträger in diesem Falle auch das nicht durfte, sollte die Operation durch den mit ihm hieher Arzt vollzogen werden, unter seiner Teilnahme: das Honorar in Höhe von 20 Mark sollte wohl aufgeteilt werden. Die Operation war glücklich überstanden. Der Bräutigam hatte auf ihren Ausgang im Wartezimmer gewartet. Schon das kalte Zimmer, in dem er über eine Stunde hatte warten müssen, hatte ihn verdrücklich gestimmt. Noch verdrücklicher war er aber wegen des Verlustes der 20 Mark. Als er vom Arzt eine Quittung für die 20 Mark verlangte, kam es zuerst zur mündlichen, dann zur handgreiflichen Auseinandersetzung. Dr. F. konnte natürlich als Krankenträger keine Quittung über die 20 Mark geben. Dr. A. dagegen hatte seinen Stempel nicht mit. L. wurde ausfallend — seine Braut soll sich auch über beleidigende Behandlung durch Dr. F. beklagt haben, und fürchte ins Empfangszimmer. Dr. F. gebot ihm Ruhe, wies ihn hinaus und erhielt einen Schlag verfehlt; Fräulein L. traktierte ihm die Finger ins Gesicht. Bräutigam und Arzt wälzten sich am Boden, als der Chauffeur des Arztes diesen von der Uebermacht seines Ansehens befreite. L. rief aber die Portierfrau und deren Sohn zu Hilfe und nun gab es oben ein neues Gemisch. Es fielen Beleidigungen wie „Du werde ich anzeigen“, „Abtreiber“, „hier muß aufgeräumt werden“, „der Betrieb ist hier zum Kragen“ und anderes mehr, das sich nicht gut wiederholen läßt. Schließlich erhielt L. seine 20 Mark zurück. Dr. F. erstattete über Strafangelegenheiten Herrn L., dessen Frau, die Portierfrau und deren Sohn. Nun hatten sich die vier vor dem Schöffengericht Berlin-Ritte zu verantworten. Es ergab sich, daß die Portierfrau schon seit langem Differenzen mit dem Arzt hat und bereits einmal wegen Beleidigung zu 80 Mark verurteilt worden war. Das Gericht verurteilte L. zu 40 Mark Geldstrafe, seine Frau zu 20 Mark, die Portierfrau zu 200 Mark — doch etwas zu viel — und deren Sohn zu 50 Mark Geldstrafe.

300 Straßenbahn-Zwillingswagen.

Wieder Vorhänge an den Vorder Türen.

Die neuartigen Wagen der Straßenbahn, die sogenannten Zwillingswagen, die seit mehreren Monaten auf der Linie 177 zur Probe gefahren wurden, haben sich sehr gut bewährt. Nach den gemachten Erfahrungen sind in technischer Beziehung keine Beanstandungen vorgekommen. Auch das Publikum hat sich mit der Art dieser Wagen sehr schnell befreundet. Die günstige Anordnung der Sitze und die Mittelstür lassen ein schnelles Ein- und Aussteigen zu. Daraufhin sind jetzt von der Direktion der Straßenbahn 300 Wagen in Auftrag gegeben worden. Da die Herstellung solcher Wagen längere Zeit beansprucht, so ist der Liefertermin auf ein Jahr festgesetzt worden. Sämtliche Wagen werden auch mit Motoren ausgerüstet werden, da auch diese sich für die Benutzung als äußerst praktisch erwiesen haben.

Nachdem die Bordtüre der Straßenbahn seit Donnerstag auf Wunsch von Zuschauern von Fahrgästen wieder geschlossen ist, sind bereits gegenentgegengesetzte Proteste aus dem Publikum eingelaufen. Trotzdem bleiben für die Winterzeit die Bordtüren geschlossen. Um die Wagen während der Heizungsperiode gut warm zu halten, werden an den Bordtüren wie in früheren Jahren wieder Friesvorhänge angebracht.

Verstärkter Totensonntagsverkehr.

Auf der Hoch- und Untergrundbahn ist für Totensonntag eine verstärkte Zugfolge nach und von den in der Nähe der Friedhöfe liegenden Bahnhöfen vorsehen, um dem zu erwartenden regen Verkehr Rechnung zu tragen.

Raubüberfall auf einen Bahnmelder.

Der Bahnmelder Asselmann von der Kleinbahn Dohmsdorf-Müncheberg-Bukow wurde von vier noch unbekanntem Begleitern überfallen und beraubt. Den Räubern fielen jedoch nur 12,50 Mark, das Privatgeld des Bahnmelders, in die Hände. Die Räuber hatten es vermutlich auf 3000 Mark Lohngehalt abgesehen, die Asselmann jedoch nicht bei sich führte. Asselmann hatte in Müncheberg dienstlich zu tun und befand sich auf dem Rückwege nach seiner Station. In der Nähe von Wald-Sieversdorf wurde er plötzlich von vier Männern aus dem Hinterhalt überfallen und niedergeschlagen. Offenbar hatten die Täter, die mit den dortigen Verhältnissen genau vertraut zu sein scheinen, es auf die 3000 Mark abgesehen. Asselmann hatte diesen Betrag jedoch nicht mit auf den Weg genommen, sondern vorläufig auf seiner Dienststelle gelassen, weil das Geld erst einen Tag später ausgehändigt werden sollte. Mit diesem Zufall konnten die Verbrecher nicht rechnen. Sie vermuteten das Geld bei dem Bahnmelder, der es sonst immer Donnerstags mitnahm, und schritten zur Ausübung der Tat. Sie schlugen den Bahnmelder nieder, fesselten den Ueberfallenen, schleppten ihn in eine Gerädebude am Roten Busch, durchsuchten seine Taschen und raubten das Portemonnaie, das nur 12,50 Mark enthielt. Als Asselmann wieder zu sich kam, waren die Räuber verschwunden. Es gelang ihm, sich von der Fesselung zu befreien und sich nach der nächsten Wärtersbude zu schleppen, von wo aus der Amtsvorsteher von Wald-Sieversdorf und die Landjäger von dem Ueberfall in Kenntnis gesetzt wurden. Auch die Berliner Kriminalpolizei wurde benachrichtigt. Auf die Ergreifung der Täter wird eine Belohnung ausgesetzt. Zweckdienliche Mitteilungen sind an Kriminalkommissar Werneburg im Berliner Polizeipräsidium zu richten.

Eine Chaussee des Grauens.

Die Verkehrsverhältnisse in Zehlendorf haben in den letzten Monaten derart skandalöse Formen angenommen, daß die Behörden, und zwar die Polizei sowohl wie der Berliner zentrale Straßenbau nicht mehr länger zusehen dürfen. An dem gestrigen Freitag vormittag sind dort nicht weniger als zwei Personen von Privatautos totgefahren worden, und zwar das eine Mal wieder an einem der schlimmsten Berliner Gefahrenpunkte, der Kreuzung der Berliner Straße, der größten Berliner Längsstraße, und der Hauptstraße, und das andere Mal an der Einmündung der sehr schmalen Kirchstraße in die Hauptstraße. Wenn auch in dem letzten Fall der zu Tode gekommene Motorradfahrer nicht ganz schuldlos zu sein scheint, steht doch fest, daß das Privatauto, trotzdem ihm die Fahrstraße durch haltende Autos, Lasten und Kollisionswagen verengt war, in schärferer Gangart anfuhr. Während es auch einwandfrei feststeht, daß sich die Autotagfahrer in Zehlendorf der liebevollsten Aufmerksamkeit der Polizei erfreuen, scheint das bei den Verkehrsmitteln in Zehlendorf, Dahlem, Schlachtensee, Nikolassee und Wannsee geheimenotierten Luxusautos, deren Fahrer selber auf größte Schnelligkeit Wert

Revolverattentat auf den Ehemann

Weil sie kein Osterei bekam.

Das ausgebliebene Osterei war für die erst ein halbes Jahr verheiratete junge Frau des Schneidermeister Sp. der Anlaß, ihrem Manne am dritten Osterfesttage dieses Jahres eine Revolverkugel in den Leib zu jagen. Wegen dieses Revolvertattats hatte sich gestern Frau Sp. vor dem Schwurgericht I, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Schulze wegen versuchten Totschlags zu verantworten. Rechtsanwalt Dr. Rog Cantorowicz hat den Einwand erhoben, daß die Angeklagte, die sich damals in einem kritischen Zustand befand, nicht bei vollen Sinnen gewesen ist.

Die Ehe war von Anfang an unglücklich. Frau Gertrud Sp. ist eine überreizte Person. Klein, zierlich und schwächlich sieht sie, obwohl schon 26 Jahre alt, fast wie eine Zwanzigjährige aus. Von dem Vater ihrer Freundin, einem älteren Lehrer aus einer Stadt bei Berlin verheiratet, hatte sie ein Kind. Durch eine Heiratsanzeige suchten ihre Angehörigen einen Mann für sie. Dieser fand sich auch in dem Schneider Speer, der an dem Kinde keinen Anstoß nahm, da ihm die Mittel für eine Geschäftsgründung zur Verfügung gestellt wurden. Von Anfang an war die Ehe unglücklich. Der Mann soll gewalttätig gewesen sein und die Frau oft geschlagen haben, während sie ebenfalls janz- und streifschichtig war. Außerdem verstanden beide Eheleute nicht recht zu wirtschaften. Das gab wiederum Anlaß zu Jank und Streit. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich, als im Februar durch einen Einbruch der Laden in der Berleberger Straße ausgeräumt wurde. Zu Ostern hatte sich der Mann eine Windjacke und Sporttaschen gekauft. Frau Speer

ärgerter sich, daß für sie nicht einmal ein Osterei abgefallen war. Deswegen gab es während der Feiertage mehrfach neuen Streit. Am dritten Osterfesttage hatten beide einen Rodausflug gemacht, und auf dem Rückweg sich erneut gestritten. Als der Ehemann nach dem Abendessen nochmals allezu mit einem Kunden weggehen wollte, rief Frau Sp. ihn mit den Worten: „Franz, komm doch mal her, ich möchte Dir bloß noch etwas sagen!“, in das Wohnzimmer. Anmungslos betrat Sp. das dunkle Zimmer. Ohne ein Wort zu sagen, feuerte Frau Sp. aus einer Schnelllade Pistole, die ihr Mann nach dem Einbruch angeschafft hatte, aus nächster Nähe einen Schuß auf ihn. Die Kugel zerriß die Leber und Sp. schwebte wochenlang zwischen Leben und Tod.

Die Angeklagte behauptete, gar nicht zu wissen, wie es zu dem Schuß gekommen sei. Sie habe gar nicht geglaubt, daß „so ein Ding gleich losgehe, wenn man es in die Hand nehme und vor sich halte“. Der verlegte Ehemann verweigerte sein Zeugnis. Er hat sich mit seiner Frau ausgesöhnt und lebt mit ihr wieder zusammen. Obwohl Rechtsanwalt Dr. Rog Cantorowicz darauf hinwies, daß sich die junge Frau damals in einem kritischen Zustand befunden habe, verneint Sanitätsrat Dr. Seppmann und die anderen Sachverständigen entschieden das Vorliegen, das die freie Willensbestimmung bei der Tat ausschließenden § 51. Die Zeugenerklärungen zogen sich bis in die Nachstunden hinaus. Das Urteil wird demnach erst heute, Sonnabend vormittag, gefällt werden.

Zum neuen Kraftfahrzeugsteuer-Entwurf.

Man schreibt uns:

Seit Jahren bemühen sich alle einsichtigen Wirtschaftskreise, eine Milderung der Automobilsteuererhebung herbeizuführen. Während das Kraftfahrzeug vor noch nicht allzulanger Zeit nur Luxusfahrzeug der besitzenden Kreise gewesen ist, haben der Umschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse und vor allem die Rationalisierungswünsche der fabrikatorischen und kaufmännischen Betriebe die Verbreitung des Kraftfahrzeuges herbeigeführt; begünstigt wurde dieser Umschwung durch die führenden Werke der Automobilindustrie, die sich auf die Schaffung kleiner leistungsfähiger Automobile einstellten. Diesen kleinen Wagen von 4 über 6-Steuer-PS, die den Hauptteil der deutschen Kraftfahrzeuge bilden, mühte man — eine selbstverständliche Pflicht gesunder Wirtschaftsführung — bei Neuregelung der Steuer weitgehendst entgegenzukommen, schon allein um die notwendige Verbreitung des Kraftfahrzeuges und damit rückwirkend ein genügendes Steueraufkommen zu sichern. Das Gegenteil ist der Fall. Dem Reichstag wird in nächster Zeit ein Gesetzentwurf zugehen, in dem verlangt wird, daß kleine Wagen mit 4-Steuer-PS einen Steuerbetrag zahlen sollen, der 10 Proz. über dem bisherigen Satz liegt, bei Wagen mit 10-Steuer-PS 23,33 Proz. Dagegen sollen sich die Steuern der Wagen von 12 bis 20-Steuer-PS um 8,6 bis 44,5 Proz. vermindern.

Man sollte nicht für möglich halten, daß ein Entwurf von so unsozialer Einstellung alle Instanzen passiert und dem Reichstag vorgelegt wird. Scheinbar sind die Mitarbeiter dieses Entwurfs unter den Fabrikanten oder mindestens doch Benutzern schwerer Luxusfahrzeuge zu suchen, denn anders ist es nicht zu erklären, daß die großen Wagen in der Steuer abgebaut, die kleinen Wagen von 4 bis 10 PS steuerlich jedoch stärker belastet werden sollen. Das Gegenteil müßte der Fall sein! Eine gewisse Steuererleichterung von 12 bis 15 PS bildet die Grenze, die das Gebrauchsfahrzeug vom Luxusfahrzeug scheidet und keine noch so gefällige Darstellung vermag zu verbergen, daß übermäßige Motorleistungen und alle Fahrzeuge von der 10 000-Mark-Grenze ab in das Gebiet des Luxus gehören und nur von wenigen Begüterten gefahren werden. Der Reichstag hat nicht nur über ein zweifelhaftes Gesetz abzustimmen, sondern in diesem Falle eine Kulturmission zu erfüllen: Und das ist einzig und allein nur dann möglich, wenn der vorgeschlagene Steuerfuß von 12 R. auf 8 R. bis 8 R. für kleine Wagen abgebaut und für stärkere Wagen (etwa von drei Liter Hubvolumen ab) auf 15 R. pro 100 Kubikzentimeter erhöht wird. Wenn wir auch heute noch von amerikanischen Verhältnissen entfernt sind, die auch dem Arbeiter die Beschaffung eines Autos ermöglichen, so geht die Entwicklung doch zweifellos auch bei uns diesen Weg. Eine Erhöhung der Steuer für kleine Wagen wirkt sich daher letzten Endes volksfeindlich aus und begünstigt nur den Luxus der Begüterten.

Sabotageversuche in Potsdam.

In dem Potsdamer Städtischen Elektrizitätswerk wurden seit diesem Frühjahr bis in die letzten Tage zu verschiedenen Malen Maschinen durch Einstreuen von Sand und Hineinwerfen von Materialgegenständen unbrauchbar gemacht. Es wurden auch direkte Beschädigungen durch Abschrauben einzelner Teile vorgenommen, die, wenn sie nicht rechtzeitig entdeckt worden wären, eine schwere Explosion- und Lebensgefahr für die im Werk beschäftigten Arbeiter bedeutet hätten. Der Magistrat hat auf die Rennung des Täters eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Volkstümliche Gymnastik.

Das Jugendamt des Bezirks Charlottenburg hat am letzten Donnerstag in der Volkshaus Bismarckstr. 34, nahe dem Untergrundbahnhof Sophie-Charlotte-Straße, mit einem volkstümlichen Einführungskursus in die Gymnastik begonnen, der sich sehr lebhaften Zuspruchs von Jung und Alt zu erfreuen hat. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Teilnehmer des gleichfalls von dem Bezirk veranstalteten vorbereitenden Skitrottenkurses körperlich keineswegs so disponiert waren, daß sie den Anforderungen dieses Kurses gewachsen waren. Besonders machte sich ein Mangel an Beweglichkeit in den Hüft- und Beugegelenken bemerkbar. Wenn diese Partien aber nicht wie geölt funktionieren, dann wird auch aus dem Skisport nichts. Im Gegenteil, die Strapazen werden für den Ungeübten zu groß. Aus diesen sehr beachtenswerten Ermüdungen heraus kam man in Charlottenburg zu der Errichtung des Gymnastikvorbereitungskurses, der im besonderen der Vorbereitung sämtlicher Gelenke dient. Da nun aber der Kursus für alle Lebensalter berechnet ist, so scheint es uns angebracht, die Übungen der ersten Stunden nicht zu forcieren, wie das in der ersten Stunde geschah. Keine Maschine wird sofort auf Vollkraft gestellt. Es ist aber sehr wichtig, daß auch die ältere Generation, Männer und Frauen, an systematische Körperübungen herangeführt wird, und es liegt im Wesen dieser sogenannten Ausgleichsgymnastik, daß sie in ruhigerem, gemäßigtem Tempo, am besten auch durch einen älteren Lehrer, ausgeführt wird. Es dürfen aber auch Entspannungsübungen nicht fehlen, und ebensoviele Atemgymnastik. Werden diese Ermüdungen beachtet, so kann sich der Charlottenburger Anfang erfolgreich entwickeln. Die nächsten Übungsstunden sind am Donnerstag, dem 24. November, abends von 6-7 und 7-8 Uhr. Damen und Herren üben getrennt. Der ganze Kursus kostet nur 2,50 Mark.

legen, nicht so sehr der Fall zu sein. Sonst könnte es doch wohl nicht möglich sein, daß gerade diese Autos vielfach Schnellzugtempo belieben, daß sie ungehindert wildes Hupengebrüll ertönen lassen und mit den Blendlaternen zum Schaden der Passanten und anderer Führerführer spielen. Weiterhin aber ist es dann grotesk, daß die Zehlendorfer Bezirksverwaltung in einer neuen verkehrssicheren Siedlung Straßen von Meerstraßenbreite ausführen läßt, andererseits aber bei der Berliner zentralen Straßenverwaltung offenbar nicht durchsetzen kann, daß die oben gekennzeichnete gefährliche Straßenkreuzung, über die täglich Tausende von Autos passieren, verbreitert wird. Diese Kreuzung, die ursprünglich den seitlichen Ausgang aus dem alten Dorf Zehlendorf darstellte, ist heute nicht viel breiter als vor 80 Jahren.

Wenn an jeder Stelle, an der auf der Potsdamer Chaussee zwischen Zehlendorf und Wannsee ein Mensch totgefahren worden ist oder schweren Schaden erlitten hat, ein Denkstein errichtet werden müßte, dann würde die Chaussee eine Straße des Grauens und des Schreckens sein.

Sich selbst der Polizei gestellt. Der Chauffeur Kadah aus Berlin-Dahlem, der einen Straßenpassanten überfahren hat und dann geflüchtet war, hat sich in Wriezener der Polizei selber gestellt. A. hatte mit drei jungen Frauen, die er am selben Abend in einer Konditorei kennengelernt hatte, eine Schwarzfahrt unternommen.

Mädchenmord bei Dresden.

Ermordete und Mörder vermutlich Berliner.

Ein Kapitalverbrechen wurde gestern in der Nähe der Ortschaft Dippelsdorf bei Dresden entdeckt. In einer Strohmiete auf dem Felde unweit des Gasthofes „Zur Aue“ fand man in das Stroh gehüllt die Leiche eines Mädchens von etwa 20 Jahren. Im Hofe entdeckte man gleich Würgemittel. Die genauere Beschuldigung durch die Dresdener Kriminalpolizei und einen Gerichtsarzt stellte aber auch noch einen Schuß in die linke Brust fest, der wahrscheinlich aus einem Trommelrevolver abgegeben worden ist. Die Person der Ermordeten konnte noch nicht festgestellt werden. Vielleicht ist es eine junge Frau, denn sie trug einen Trauring, der aber nicht gezeichnet ist. Die Ermittlungen der Dresdener Kriminalpolizei ergaben, daß die Unbekannte sich mit einem ebenfalls noch nicht ermittelten Manne am Bußtage in dem Gasthof „Zur Aue“ aufgehalten hat. Der einzige Anhalt für die Feststellung sind bisher die Mädchenkinder H. F. und A. F. Das Paar erlitten mit einem starken „India“ oder „Mabeco“-Motorrad mit Seitenwagen. Der Führer, der nach der Ermordung seiner Begleiterin allein gewesen sein muß, ist nach den bisherigen Ermittlungen in der Gegend nicht mehr gesehen worden. Man vermutet, daß er ein Berliner ist, der über Bußtag mit seiner Begleiterin einen Ausflug gemacht und sie dann aus irgendeinem Grunde in der Strohmiete ermordete. Deshalb wurde auch die Berliner Kriminalpolizei benachrichtigt, und die Waidinspektion hat entsprechende Maßnahmen getroffen. Der mutmaßliche Täter steht etwa am Ende der zwanziger oder im Anfang der dreißiger Jahre. Er ist klein und unterseht, hat einen kleinen schwarzen Schnurrbart und trägt entweder umgearbeitete Militärjacken oder einen Sportanzug von feingrauer Farbe. Bei sich hätte er eine Aktentasche. Das Motorrad hat einen rotgezeichneten Tank. Mitteilungen nimmt Kriminalrat Gennat im Zimmer 104 des Polizeipräsidiums entgegen.

Funkwinkel.

Am Donnerstag abend machen die Weintrauben-Syncopators Tanzmusik. Jedenfalls entsteht ein Höllenlärm. Saxophone quälen und quiechen in allen Tonarten und ganz fortgeschrittene Gemüther, die ihre Erziehung zu Lebenszeiten in unwahrscheinlichen Bars und Dilen empfangen haben, werden vielleicht nach diesen chaotischen Geräuschen tanzen können. Für den Durchschnittseuropäer sind diese Leute eine verwüstete Angelegenheit und ein jargonistisch verzierter Wotzer bedeutet ungefähr den Gipfel unfreiwilliger Komik. — Freitag nachmittag stillt sich die Kapelle Emil Koch auf russische Musik. Sehr schön gelingt Rubinstains Romanze. Schmächtel schmeckt die Weige, die Celli bemühen sich um eine männlich gestraffte Haltung, und das ganze Konzert ist tatsächlich künstlerisch zusammengesetzt und bietet für die kleine Kapelle ein Zeichen ihrer Leistungsfähigkeit. Nachdem abends Franz Thiel im Plenarssaal des Herrenhauses eine Novelle vorgelesen hatte, spielt Konzertmeister Georg Kniestadt von der Staatsoper Violinsonaten von Beethoven, Bruch und Wieniawski. Kniestadt ist kein Virtuose, der mit equilibristischen, holzbrockenartigen Kunststücken auf der Geige glänzen will, kein Nachkomme Paganinis, kein glänzender Techniker, aber ein verinnerlichter Musiker, dem es mehr auf den Ausdruck seines Empfindens ankommt als um salzimirende Fingerfertigkeit. Sein Künstlerum ist herb und verschlossen und von pedantischem technischen Können. Daß er auch über graziose Violintöne verfügt, zeigt er in der Kreislerföhrchen Bearbeitung eines Dittersdorfschen Scherzo. Darauf folgen Elisabeth Boehm mit Enderl und Franz Baumann Volklieder, die Bruno Seidler-Winkler als Duette eingerichtet hat. Trotz der sehr geschickten und geschmackvollen Bearbeitung muß man doch feststellen, daß diese Wieder in der einfachen einstimmigen Form pader und prägnanter sind. Uebrigens ist Seidler-Winkler wie immer ein ausgezeichnete Begleiter. Die Dreiteilung des Abendprogramms erscheint durchaus begrüßenswert, da sie jedem etwas bietet.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

Weihnachten meldet sich!

So war das früher: Eines Tages legte die Mutter heimlich zu den Bretzeln ein Zweiglein Lannengrün in die Ofenröhre, und plötzlich roch es in der ganzen Wohnung nach Weihnachten. Es begann die Zeit der großen Geheimnisse, der verlockenden Schränke und der fabelhaftesten Wünsche, der Weihnachtsarbeiten und der Märchenzählerei. Ach, es ist alles anders geworden: Ein richtiger Berliner Ofen hat gar keine Bretzeln mehr, auf der Zentralheizung kann man auch keine Äpfel braten; Vater und Mutter haben, wenn sie von der Arbeit kommen, weder Zeit noch Saune zum Märchenzählen, und selbst in ihren Wünschen ist die Jugend heute wesentlich bescheidener geworden, es sind nur noch die ganz Kleinen, die vor jedem Schaufenster glücklich stauen und fest daran glauben, daß bei dem lieben Weihnachtsmann nichts unmöglich ist. Dafür hat das Großstadtkind einen anderen Lustort zur Weihnachtszeit: Die Weihnachtsausstellungen der großen Warenhäuser!

Weder die Berliner Warenhäuser ist jetzt eine richtige Inzession der Kinder hereingebracht, von der ersten Geschäftsstunde bis zum Weihnachtsabend tappen ungezählte kleine Füße durch alle Abteilungen. Zuerst wird natürlich die eigentliche Weihnachtsausstellung besucht, in langamer Polonaise wird man an den Rischen vorbeigeführt, immer geleitet von den monotonen Mahnungen des Personals: „Bitte weitergehen, bitte anschließen!“ Nur zu gehorham trotten auch die Kinder an den bunten Märchenherbststelen vorbei, und mit Entsetzen merkt man, wie wenig Beziehungen zu diesen Dingen die großen und kleinen Kinder unserer Zeit haben. Nur die wenigsten Mütter kennen noch die alte Geschichte von Reinicke de Bof, vom König Kofel, Lampe, dem friedlichen Mann, und Waderlos dem Hündchen, und den Kindern selbst sind nicht einmal die Stadtmusikanten alle fremde.

Der größte Jubel beginnt erst in den richtigen Spielwarenabteilungen, vor den fabelhaft schönen Puppenmännern in Trjamas oder Seldenkleidchen oder vor dem Ballu mit der gestohlenen Wurst, der sogar richtig knurren kann, hier, wo für die zärtliche Puppenmutter wie für den künftigen Ingenieur die begehrtesten Dinge sind — und doch so unerreichbar fern zu bewundern sind. Ganz mit leeren Händen aber verlassen wohl die wenigsten Kinder diesen Zauberpalast, zu dem sich das Warenhaus in diesen gewandelt hat, und wenn die Leihengelächter nur zu einem Modellierbogen reichen oder die Mutter von dem knappen Birschaffsgeld nur einen Groschen für einen Beutel voll goldglänzenden Perlen herberichtet, zu einem kleinen, zu einem ganz kleinen „Weihnachtskosthappchen“.

Das ist ja doch der Zweck der Werbung, und wir Großen wissen genau Bescheid: Unter dem gemütlichen Weihnachtsmann mit seinem weißen Bart und seinem roten Mantel steckt das große, tolle und metallene Frauenzimmer, „Industrie“ genannt...

Die knurrende Hupe.

Als der Kraftwagenführer Sch. durch eine Straße Berlins fuhr, gab er Signale mit einer Hupe ab, die bei einigen Personen Unwillen erregte. Nachdem Sch. zur Anzeige gebracht und eine polizeiliche Strafvorschrift erhalten hatte, beantragte er gerichtliche Entscheidung und bestritt, sich strafbar gemacht zu haben. Das Amtsgericht verurteilte aber Sch. zu einer Geldstrafe und betonte, nach der Beweisführung habe die Hupe des Angeklagten keinen klaren Ton gehabt; die Hupe habe ein schnarrendes Geräusch verursacht, es habe sich um ein Longemisch ruckartiger Geräusche gehandelt. Diese Entscheidung löst Sch. durch Revision beim Kammergericht an und hob hervor, er benutze die Hupe seit 1925, nachdem die Polizeibehörde den Wagen abgenommen und den Ton der Hupe nicht beanstandet habe. Der 3. Strafsenat des Kammer-

gerichts hob auch die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Amtsgericht zurück und führte u. a. aus, die Vorentscheidung sei unklar, indem sie zuerst von schnarrenden Geräuschen und dann von einem Longemisch ruckartiger Geräusche spreche. Es könne sich danach um eine mehrstimmige Hupe handeln. Bei dies der Fall, so müßten nach § 4 (4) der Kraftfahrzeugverordnung vom 5. Dezember 1925 die verschiedenen Töne gleichzeitig in einem harmonischen Akkord anfangen. Als vorchriftsmäßig seien Hupen dann zu betrachten, wenn ein klarer, von Nebengeräuschen freier Ton oder Akkord durch Schwingungen von Metallzungen, Platten oder anderen Teilen erzeugt werde.

Wir haben Radiohören.

Beim Rundfunkhören ist die Tatsache von Bedeutung, daß wir den Sprecher wohl hören oder nicht sehen können. Das Moment des gleichzeitigen optischen Erfassens eines Sprachinhalts ist für die Gehörwahrnehmung aber wichtiger als gewöhnlich angenommen wird. Durch Gewöhnung, Übung und Kombination hören wir heute Rundfunk weit besser als vor zwei bis drei Jahren. Wir haben unsere Ohren zu Radiohören erzogen. Es ist nur behauerlich, daß der Rundfunk dort am wenigsten anzufragen ist, wo er seine größte Eignung besitzt, nämlich in den Krankenhäusern. Sehr schlecht steht es noch, wie Dr. Leo Jacobsohn kürzlich in einem Vortrag mitteilte, um die Rundfunkversorgung Berlins. Hier verfügt von den großen städtischen Krankenhäusern allein das Schöneberger über eine zeitgemäße Rundfunkanlage. Außerordentlich hat sich der Rundfunk auch in den Blindenheimen und Siechenhäusern bewährt.

Fußgänger, achtet auf die Verkehrsvorschriften.

Es ist leider in letzter Zeit immer wieder festzustellen, daß Fußgänger nicht in der erforderlichen Weise die für sie erlassenen Verkehrsvorschriften beobachten, und es mehren sich bedauerlicherweise die Fälle, in denen durch nachlässiges Verhalten von Fußgängern Verkehrsunfälle herbeigeführt werden. Im Interesse der allgemeinen Verkehrssicherheit (sowohl wie auch im eigenen Interesse der Fußgänger selbst) muß erwartet werden, daß die Fußgänger die bestehenden Verkehrsvorschriften genau beachten. Die Polizeibeamten sind daher, wie der Polizeipräsident mitteilt, erneut angewiesen worden, mehr als bisher auf die Einhaltung der Verkehrsvorschriften auch durch die Fußgänger zu achten, und bei Verstößen entsprechende Belehrungen zu erteilen. Im Falle offensichtlicher böswilliger Uebertretung der Verkehrsvorschriften sollen jedoch auch Strafverfügungen erlassen werden.

Berlin wirkt!

Zuerst war es ein bunter Flon von Berlin mit allerlei wissenswerten Einzelheiten, die die Größe und die interessantesten Punkte der Stadt kennzeichnen, dann war es der bekannte Schläger „Jeder einmal in Berlin!“. Und nun als drittes ein hübscher Prospekt in eleganter illustrierter Aufmachung, der die wesentlichen landschaftlichen und städtebaulichen Schönheiten Berlins und der Umgebung in Wort und Bild wiedergibt und sonst auch in kurzen Schlagzeilen das Wissenswerte von dem Wirtzen Berlins, seines Fleißes und seines Voranschreitens auf technischen und kulturellen Bahnen widerspiegelt. Die Zusammendrängung alles Wesentlichen auf ein Hochblatt ist dem Wirtzen- und Verkehrsamt gut gelungen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, vorm. 11 Uhr, Babelslar 15: Vortrag des Herrn H. Dombag: Das Leben als Werk. Nachm. 4 Uhr: Vortrag des Herrn F. Rogal: Tod und Auferstehung. Gäste willkommen.

Mangelhafte Sauberkeit.

Man schreibt uns: Wir leben im Zeitalter der ausgebildeten Hygiene, und es will alles Mögliche getan, auf allen Gebieten als erstes Gebot peinlichste Sauberkeit zu beobachten. Insbesondere ist dies natürlich beim Lebensmittelhandel vorzuziehen, genau so wichtig, wie es ist, Gemüsmittel nur in vollkommen guten Zustände zu verkaufen, genau so wichtig ist es aber auch, wie man die Art der Verabreichung handhabt. Es ist nun ein altes, oft gerügtes, aber nie behobenes Uebelstand, daß der Verkauf in den kleineren E-M-Waren-geschäften in dieser Beziehung zu wünschen übrig läßt. Es handelt sich hier um die Verabreichung von E-M-Waren, die, ohne Ansehen der Beschaffenheit des betreffenden Gegenstandes, fast stets mit der bloßen Hand erfolgt. Es ist natürlich ein Unterschied, ob der betreffende ehbare Artikel einen früheren Isolator in Form einer Pelle hat oder ob er im Originalzustand in den Wagen wandert. Kartoffel, Zwiebel, kurz alles, was eine äußerliche Schutzschicht trägt, bedürfen natürlich keiner besonders hygienischen Behandlung. Bei Wurstwaren ist die Sache bereits bedenklicher, da ja bloß der äußere Rand geschützt ist; eine starke Zumutung an den Käufer ist es aber, Konditormaren, Gurken, Butter usw. aus der bloßen Hand des Verkäufers in Empfang nehmen zu müssen. Wie oft befindet sich in kleineren Läden hinter dem Verkaufsraum gleich die Wohnung oder zumindest ein lächerlicher Raum, wo der Ladenbesitzer neben dem Verkauf auch seine Hauswirtschaft samt Küche besorgt. Es wäre im Interesse des tausenden Publikums wirklich sehr angebracht, daß auch kleinere E-M-Warengeschäfte — die größeren wirken in dieser Beziehung schon vorbildlich — sich der ebenso einfach wie praktisch zu handhabenden Instrumente, wie Messer, Gabel oder Heber, bedienen würden. Auch für den Verkäufer selbst muß es doch nicht fenderlich angenehm sein, wenn seine Hand, die vom Heringssack in die saueren Drops und von da zum harter Käse wandert, nach allen möglichen Gerüchen, nur nicht denen Arabiens, duftet!

Graphologischer Vortragabend.

Die Deutsche Graphologische Studiengesellschaft hatte in die Aula der 4. Berufsschule zu einem Vortragabend mit Lichtbildern eingeladen. In seiner Begrüßungsansprache wies Dr. von Foerster auf die verschiedenen Gebiete hin, in denen die Graphologie jetzt Anwendung findet (z. B. wird sie bei psychotechnischen Eignungsprüfungen mit herangezogen). Dr. Werner Kachelis sprach dann, durch viele Lichtbilder ergänzt, über die Handschrift des Genialen. Er zeigte an vielen Beispielen von berühmten Männern, daß ihre Schrift nur sehr mangelhafte Kennzeichen ihrer Berufe gabe. Man könne wohl sehen, ob jemand musikalisch sei oder ob er ein gewisses Formenniveau habe, aber was im besonderen er geleistet hat, davon steht nur in den seltensten Fällen etwas in der Schrift. Wie es überhaupt falsch ist, die Schrift als alleinigen Maßstab für das Genie eines Menschen hinzustellen. Dr. Besser, Assistent am Institut für Sexualwissenschaft, zeigte in seinem Vortrag „Seelische Konflikte in der Handschrift“, daß die Handschrift auch nicht der alleinige Maßstab für den Charakter eines Menschen sein könnte. Er teilte die Menschen zunächst in solche ein, die den Schwerpunkt ihrer Konjunktur in ihrer Umwelt und solche, die ihn in sich haben. Das kann man auch in der Schrift erkennen, natürlich nicht in ein paar Zeilen, sondern wenn man dieselbe Schrift oft beobachtet. Die Raumverteilung spricht in der Beurteilung des Charakters eine große Rolle. Es sind bestimmt keine Zufallsprodukte, ob man eng oder weit schreibt. Rund angeordnete Buchstaben deuten auf ein ausgebildetes Gefühlsleben hin. Alles nach links gezogene ist Beweis für Egoismus, nach abwärts geneigte Schrift deutet auf Depressionen, Buchstaben in Winkeln anzusehen weist auf Gewandtheit hin. Die Schrift besteht aus zwei Komponenten, der Schulvorlage und der persönlichen Note. Auch das Nachahmen einer

Empor!

Massary-Privat wird von Tag zu Tag mehr verlangt. Wer diese besonders gute 4 Pfg.-Zigarette erst einmal probiert hat, kommt auf den Geschmack. Er raucht sie weiter und empfiehlt sie andern aus innerster Überzeugung. Wir wissen genau: auch Sie werden begeistert sein von der Güte und Eigenart dieser Zigarette, die in der Tat eine ungewöhnliche Leistung verkörpert und — das spüren Sie sofort — weit über ihre Preislage hinausragt.

Massary-Privat
4 ohne Mundstück und
mit Goldmundstück

Das ist Tabak!
(Urteilen Sie selbst!)

Auch die älteren Schwestern der Massary-Privat sind reifer als gestern, sind vollkommene Tat:
Massary-Delft 5 s, Massary-Ritter 6 s
Massary-Diplomat 8 s

Schrift ist ein Willensakt, denn Nachahmen ist immer die ernsteste Form von Schmeichelei. Alle Schriften, die sich eng an die Schulvorlage anlehnen, sind von unproduktiven Menschen. Deswegen ist die sogenannte schöne Schrift ein Beweis für Mangel an Schaffenskraft. Man soll auch in der Graphologie nicht immer nachahmen, sondern versuchen, mit den gegebenen Tatsachen das Wichtigste aus dem Menschen herauszuholen.

Kommunistische Geständnisse.

Aus der Etatberatung in Treptow.

Bürgermeister Genosse Grundow brachte den Etat für 1928 an und schilderte die bevorstehenden dringendsten Arbeiten. Der Ausbau von Tagesstätten für alte Leute, Kinderhelme und Kindergärten wird angestrebt. Die Zahl der alljährlich verstorbenen Kinder soll erhöht werden. Die Ausdehnung der Tuberkulose-, Säuglings-, Schwangeren- und Geschlechtskrankenfürsorge ist erforderlich. Die Krüppel- und Psychopathenfürsorge ist im Bezirk gut ausgebaut. Die Schulgesundheitspflege konnte durch die Einstellung einer neuen Schulärztin erweitert werden. Auch die Schulärztin wird einen größeren Wirkungskreis erhalten. Für Schul- und Jugendwanderer sind höhere Mittel verausgabt, als ursprünglich vorgesehen. Die Erweiterung der Freibäder wird mit allen Mitteln gefördert. Grundow führte Klage darüber, daß der Bezirk nicht im gleichen Umfang wie andere Bezirke beim Wohnungsbau berücksichtigt werde. Ein größerer Bauvorhaben beabsichtigt das Bezirksamt: das Krematorium in Baumhauenseweg, der Bau einer Feuerwache, Bau einer größeren Badeanstalt in Niederhönenweide, Errichtung von Wohlfahrts- und Gesundheitshäusern, Bau eines Wirtschaftsgebäudes für den Fuhrpark, weiter sind dringend notwendig: Bau von Schul- und Turnhallengebäuden. Für den Ausbau der Wuhlsheide werden für 1928 beträchtliche Mittel angefordert. Harren doch in der Wuhlsheide noch die Sportplatzanlage mit Sporthaus, die Tennisplätze sowie ein Lust- und Sonnendeckel mit einer zweiten Planschfläche der Ausführung. Auch für den Treptower Park ist der Bau eines Sporthauses geplant. Dringende Straßenbauten, vor allem der Ausbau der Ausfallstraßen, sind notwendig. Verschiedene Verkehrswünsche des Bezirks werden vom Redner vorgebracht. Das Bezirksamt legt großen Wert auf den Ausbau der Volksbibliothek und ist mit der Errichtung einer zentralgelegenen Stadtbibliothek beschäftigt. Die Veranstaltung von Theater- und Kunstabenden wird weiter gefördert. Dank der ehrenamtlichen Mitarbeiter weiter Kreise hat sich das Bezirksamt eine gut funktionierende Wohlfahrtspflege geschaffen. Die Verwaltung vor Bürokratisierung zu schützen, wird mit einer der vornehmsten Aufgaben des Bezirksamts sein. Nach Genossen Grundow begründete der deutsch-nationale Stadtrat Dr. Sporleder in längeren Ausführungen die einzelnen Etatposten. Genosse Neumann behandelte zunächst die Gründe, die die Deutschnationalen wie die Kommunisten in jedem Jahre für die Ablehnung des Etats geltend machen. Er fordert vom Bezirksamt, daß für die Zukunft in der Verwaltung nur Republikaner und Sozialdemokraten eingestellt werden. Der heute noch in seiner Mehrheit rechts eingestellte Beamtenkörper müsse auf alle Fälle Beseitigt werden, die mit dem Herzen zur Republik stehen. Genosse Neumann nannte die Wünsche, die unsere Fraktion berücksichtigt sehen möchte. Der Vertreter der Deutschnationalen konnte gegen den Etat keine sachlichen Gründe anführen und begnügte sich deshalb mit kleinen Verdrehungen. Der demokratische Bezirksverordnete Schaaß rechnete scharf mit den deutschnationalen Beamten, die dem Bezirksamt bei jeder Gelegenheit einen Fuß stellen möchten, ab. Auch er wünschte vom Bürgermeister, für Besetzung der leitenden Bureau-posten nur Republikaner zu berücksichtigen. Der Vertreter der Wirtschaftspartei hat für die Zukunft die vom städtischen Sargmagazin verkauften „Särge“ nur bei Tischmeister des Bezirks herstellen zu lassen. Der Vertreter der SPD. erklärte zwar an, daß der Bezirk in sozialer Hinsicht Fortschritte aufzuweisen habe, trotzdem müsse aber die R.D. den Etat ablehnen. Aus Vorhalt unserer Genossen gelangt der R.D.-Redner, daß er im Finanzausschuß ansatz praktisch mitzuarbeiten, Komane olesen habe. Er bekannte auch, daß durch die Taktik der R.D. Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt sei. Genosse Sempert rechnete scharf mit den Deutschnationalen und Kommunisten ab und verbot sich für die Zukunft ähnliche Ausführungen, wie sie der deutsch-nationale Stadtrat und Finanzdezernent Dr. Sporleder vom Stapel gelassen hat. Die Deutschnationalen hätten für die Ablehnung des Etats keine Gründe auszuführen vermocht; der deutsch-nationale Stadtrat jedoch hat ihnen scheinbar offensichtlich durch seine Ausführungen das Manuskript liefern wollen. Bemerkenswert ist, daß kein deutsch-nationales Mitglied den mit Recht angegriffenen Stadtrat in Schutz nahm. Genossen Todenhagen und Genosse Lüdke nagelten nochmals das harmonische Zusammenarbeiten der Kommunisten und Deutschnationalen im Bezirk o mi fest. Mit Stimmenmehrheit wurde schließlich nach ausgiebiger Debatte der Etat für 1928 angenommen. Desgleichen fand Annahme ein Antrag unserer Fraktion betreffend Bestätigung der Stadtgemeinde Berlin, der mit der Haltung unserer Stadtverordnetenfraktion übereinstimmt. In einem weiteren Antrage verlangten wir, daß die Verwaltung der Wuhlsheide endgültig dem Bezirksamt übertragen wird. Einige kleinere Tagesordnungspunkte fanden schließlich noch Erledigung.

Werbewoche der Berliner Ladenleischer. Zum ersten Male tritt das Berliner Fleischergewerbe in den nächsten Tagen mit einer Werbepropaganda an das Publikum heran. Im Rahmen der

Werbewoche erscheint eine Werbeschrift in Form eines lustigen Rundfunkvortrages, die in eine Auflage von 2 Millionen Exemplaren hergestellt und in sämtlichen 3500 Fleischläden der Stadt zur Verteilung gelangt. Gleichzeitig findet ein großes Preisrätsel statt, und den glücklichen Gewinner winken über 1000 Preise, angefangen vom lebendigen Ochsen bis zum Sonntagsbraten; vom 22. bis 26. November folgen außerdem in der Hausfrauenausstellung an 700 unter der Devise „Erziehung zur Einkäuferin“ praktische Vorträge für die Hausfrau über Qualität und Bezeichnung der einzelnen Fleischarten.

Proletarische Feiertage. Die am kommenden Sonntag, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus stattfindende Proletarische Feiertage sind eine Revolutionärsfeier. Das Berliner Einione-Orchester unter Leitung von Emil Köhne spielt zuerst die Oubertüre zu „Gomoni“, dann spricht der Sprecher für Proletarische Feiertage die Revolutionärsdichtung „Requiem“. Das Orchester wird das Werk musikalisch untermauern und es mit dem Hymnisch aus „Aida“ von Verdi abschließen. Es folgt die Ansprache von Arthur Griebner, danach hören wir einige Sätze aus der Suite Ariadne von Bizet. Ein neues Moment wird in die Feiertage hineingebracht durch die Wiedergabe der Auseinandersetzung zwischen Bebel und seinen Gegnern im Reichstag über den Zukunftsstaat. Albert Florath wird die aufbeulischen Worte Bebel sprechen, die der Gegner spricht Wolf Traub (Beide vom Stadtrat). Die Zusammenfassung der Reden und Gegenreden besorgt Dr. Riederhast. In der Aufforderung „Brüder, scharet euch zum Heere!“ spricht der Sprecher diesmal noch: „Wir kommen aus der Tiefe“, von Kurt Kaeber. Heinrich Witte vom Staatstheater als Einzelsprecher spricht: „Matrosen standen auf schwankem Schiff“, von Notbenleiter. Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale schließt die Feier. Karten a 1 R. sind noch an der Kasse zu haben.

Ein meineidiger Mieterfeind.

9 1/2 Jahre Zuchthaus wegen Falscheides in 10 Fällen.

Leipzig, 18. November.

Das Schwurgericht verurteilte nach mehrwöchigen Verhandlungen den Tischlermeister und Hausbesitzer Engemann wegen Meineids in zehn Fällen zu 9 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, eine Frau Geith wegen Meineids ebenfalls in zehn Fällen zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust und eine Frau Seuffarth wegen Meineids in einem Falle zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Engemann, der mit der geschiedenen Frau Geith ein Verhältnis unterhielt, hatte sowohl mit Bezug auf dieses Verhältnis vor Gericht Falscheide geschworen als auch mit seinen Mietern in seiner Eigenschaft als Hausbesitzer viele Prozesse geführt, in denen er, wie die beiden Mitverurteilten, Meineide geschworen hatte.

Familiendrama in einer Kleinstadt.

Neustrelitz, 18. November.

Der 42 Jahre alte Bankbeamte Hans Jürgen Wohlfaht, ein Sohn des im Vorjahr verstorbenen Bürgermeisters Wohlfaht, hat sich und seine vier Söhne im Alter von 2 bis 10 Jahren mit Leuchtgas vergiftet. Wohlfaht war mehrere Jahre in Amerika bei Banken tätig und ist vor einigen Monaten nach der Heimat zurückgekehrt. Als Motiv zur Tat werden finanzielle Schwierigkeiten angenommen.

Selbstmord eines Nürnberger Großkaufmanns.

Nürnberg, 18. November.

Der kaufmännische Direktor der Hüttenwerk Stadler u. Co., Kommanditgesellschaft in Nürnberg, Heinrich Stadler sen., der außerdem führende Stellungen in anderen Industrieunternehmen innehatte, hat sich heute hier erschossen. Der Grund zur Tat dürfte darin zu suchen sein, daß die Stadlerschen Unternehmungen in letzter Zeit unter Mangel an Betriebsmitteln stark zu leiden hätten.

Notlandung der vermissten Indiensieger.

Warschau, 18. November.

Die englischen Flieger McNish und Hindler, die als vermisst gemeldet wurden, sind, wie jetzt bekannt wird, am Mittwoch nachmittag, nachdem sie die Orientierung verloren hatten, bei Bialostok im südlichen Polen gelandet. Sie haben an demselben Tage den Weiterflug nach Indien aufgenommen.

Banditenüberfall in Mexiko.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, entgingste zwischen Puebla und Veracruz ein Zug. Die neunköpfige Bedeckungsmannschaft wurde getötet. Außerdem wurden 13 Reisende verletzt. Eine andere Meldung aus Mexiko besagt, daß zwischen Palmyra und Aguascalientes ein Personenzug von Banditen überfallen worden sei. Ein Offizier und 18 Soldaten seien getötet worden. Drei Soldaten und sechs Reisende, darunter eine Frau und zwei Kinder, wurden verletzt. Die Banditen töteten außerdem den Lokomotivführer und den Heizer.

Das nördlichste Restaurant der Welt.

Oslo, 18. November.

Die Monopolisierung des Nordkaps durch die Übernahme des ganzen Geländes durch die L.-G. Nordkap-Kompagnie wird jetzt Tatsache. Das Ziel der Gesellschaft ist, durch Anlage eines Kais in Homvik, eines Fährweges auf die Höhe und Errichtung eines Hotels auf dem Plateau selbst dem Fremdenverkehr zu dienen. Das Restaurant wird das nördlichste auf der Welt werden. Augenblicklich verhandelt die Gesellschaft mit der norwegischen

Regierung über die hierzu nötigen Konzessionen. Die erheblichen Baukosten sollen durch eine Anlaufgebühr der Touristendampfer gedeckt werden.

Die Leibesübungen und der deutsche Städtetag.

Der Deutsche Städtetag beschloß, einen besonderen Ausschuß für Sport und Leibesübungen zu bilden, in dem alle Fragen, die dieses Aufgabengebiet angehen, zur Beratung gelangen sollen. In dem Ausschuß sind führende Oberbürgermeister und städtische Dezernenten aus allen Teilen des Deutschen Reiches vertreten. Der Ausschuß des Städtetages wird aufs engste mit den zuständigen Ministerien, dem Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen, dem Arbeitersportkartell und den sonst in Frage kommenden Stellen zusammenarbeiten. Die erste Sitzung des Ausschusses, bei der wichtige Fragen zur Beratung gelangen werden, wird demnächst stattfinden.

Hagenbeck bleibt in Deutschland.

Zu den Blättermeldungen über eine Verlegung des Hagenbeckschen Tierparks nach Amerika teilt die Firma Carl Hagenbecks Tierpark in Altona-Steinbergen folgendes mit: Die Behauptung, daß wir unseren Tierpark zu schließen gedenken, besonders aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten, trifft nicht zu. Eine Verlegung des Tierparks nach den Vereinigten Staaten kommt nicht in Frage. Richtig ist, daß wir uns gegen die Eingemeindung nach Altona gewehrt haben. Ob unsere Bestrebungen, daß wir aus der Eingemeindung nach Altona Rente haben werden, zutreffend sind, bleibt abzuwarten.

Risticz will nach Amerika fliegen.

Der Junkerspilot Risticz, der bekanntlich den Langstreckenweltrekord hält, ist auf den Azoren eingetroffen. Gemeinlich kam mit Looke will er den Weiterflug auf der D. 1230 nach den Vereinigten Staaten durchzuführen.

Die Raube der Schmuggler.

Eine lustige, für die Steuerzahler aber recht kostspielige Schmuggelgeschichte wird aus einer nordböhmischen Grenzstation berichtet. Schon vor einiger Zeit war eine große Sendung Porzellanwaren aufgefallen. Man hatte eine der Pakete zerbrochen und darin eine große Menge Scharin gefunden. Die Schmuggler wurden bestraft. Nun aber rächten sich die Schmuggler. Es kam plötzlich ein anonymes Schreiben ans Zollamt, daß abermals eine Sendung Porzellan käme. Sie traf richtig ein. Die Zollbeamten glaubten nun wieder an einen guten Fang und man zerstückte die herrlichen kunstvollen Figuren. Aber man machte umsonst Scherben, denn es fand sich diesmal kein Gramm des Süßstoffes und das Finanzministerium hat nun 70 000 Kronen als Schadenersatz zu bezahlen.

Kein Visumzwang für Mexiko. Vom 1. Dezember an ist — wie uns das mexikanische Konsulat in Berlin mitteilt — der Visumzwang für Deutsche zur Einreise nach Mexiko aufgehoben.

Sport.

Nachklang zum Sechstage-Rennen.

In unserer Berichterstattung über das 19. Berliner Sechstagerennen im Sportpalast wiesen wir wiederholt auf die nicht ehelich erscheinende Fahrweise des Belgiers Thollembeek, des Partners Dstar Lich, hin. Uns schien es, als ob Thollembeek kein Interesse daran hatte, die von Lich angelegten Jagden fortzusetzen und teilten in diesem Zusammenhang mit, daß Thollembeek auf Sempert und Lich auf Wissa fuhr. Zwei verschiedene Fabrikate. Sempert war mehrfach im Felde vertreten, wurde u. a. auch vom Siegerpaar Demoff-von Kempen benutzt. Die Gefahr, daß der Sempertfahrer Thollembeek für die Sempertfahrer Demoff-von Kempen auf Rippe fuhr, war daher nicht ausgeschlossen. Eine Zuschrift Dstar Lich an uns will uns eines anderen belehren: Lich wehrt sich gegen die Angriffe auf seinen Partner Thollembeek. „Ich war“, so schreibt uns Lich u. a., „mit meinem Partner bis zum Schluß durchaus zufrieden, denn er ist lebendig nach einer von uns vorher besprochenen Taktik gefahren. Ich wünsche mir jedenfalls auch in Zukunft keinen besseren und treueren Partner als Thollembeek, mit dem ich mich während des ganzen Rennens ausgezeichnet verstanden habe.“ Wir haben keine Ursache, diese Mitteilung unter den Tisch fallen zu lassen, zumal es sich bei Lich um einen Fahrer handelt, der kein Interesse daran haben dürfte, irgend etwas zu verschleiern.

Pfarrer Heumanns Heilmittel

stets auch vorrätig in den Niederlagen:



Zions-Apotheke
Berlin N 51, Anklamer Straße 29,
a. d. Ecke Brunnenstr. 3 Min. v. Rosenthaler Pl.
Adler-Apotheke
Berlin - Friedenau, Rheinstraße 16.
Friedrich-Wilhelm-Apotheke
Charlottenburg 3, Leibnizstraße 106.
Reeses-Apotheke
Berlin O, Gubener Straße 33
Schweizer-Apotheke
Berlin W 8, Friedrichstraße 173
Rosen-Apotheke Hedewald-Berlin
Das Pfarrar-Heumann-Buch
(272 Seiten, 150 Abbildungen) erhält jeder
Leser umsonst und portofrei von
Ludwig Neumann & Co., Nürnberg M. 45.



WINTER-ULSTER u. PALETOTS

Gute Waren zu niedrigen Preisen

Niedrige Preislagen M. 39, 48, 55, 60	Hauptpreislagen M. 68, 75, 86, 98	Besond. gute Mäntel M. 105, 118, 125, 135
--	--------------------------------------	--

Edders & Dyckhoff

GERTRAUDTENSTR. 8-9 AN DER PETRIKIRCHE

Reform der Tuberkulosefürsorge.

Was zur Vervollkommnung noch notwendig ist.

Die Tuberkulosefürsorge ist in Berlin uneinheitlich organisiert. Es gibt städtische Lungenfürsorgestellen, solche, die von der Landesversicherungsanstalt Berlin betrieben werden, und schließlich andere, die mit karitativen Vereinen in Verbindung stehen.

In einigen Bezirken, namentlich in Charlottenburg, Schöneberg und Neukölln, ist die Lungenfürsorge beträchtlich ausgebaut. In Charlottenburg beispielsweise besteht ein städtisches Lungenfürsorgeamt mit einem ärztlichen Direktor an der Spitze, dem mehrere Fürsorgeärzte und zahlreiche Fürsorgefrauen zugeteilt sind. Im Bureau des Charlottenburger Lungenfürsorgeamtes arbeiten u. a. nicht weniger als sechs Beamte. So kann man sich umso eher einen Begriff von dem Umfang der Tätigkeit der Charlottenburger Lungenfürsorge machen, womit nicht etwa gesagt sein soll, daß in Charlottenburg auf dem Gebiete der Lungenfürsorge womöglich zum Ziel geschickt. Nein. Dort könnte man angesichts der weiten Verbreitung der Tuberkulose noch erheblich umfassendere Arbeit verrichten, als dies jetzt der Fall ist, und die Fürsorge noch weiter ausgebaut würde.

Im Vergleich zu Charlottenburg und auch zu Schöneberg und Neukölln sind aber die sechs Altbezirke Berlins und auch eine Reihe von Außenbezirken fast im Rückstande, stärker, als es unter den obwaltenden Verhältnissen der Fall sein müßte. Die Schuld hieran trägt keineswegs die kommunale Gesundheitsfürsorge. Sie ist letzten Endes in der eigenartigen Organisation der Berliner Landesversicherungsanstalt zu suchen. Es besteht nämlich zwischen der Stadt und der Landesversicherungsanstalt ein Vertrag, der die Ausübung der Lungenfürsorge in den Alt-Berliner Bezirken in der Weise regelt, daß sich Stadt und Landesversicherungsanstalt in die Arbeit teilen. In vier Innenbezirken gibt es je eine Lungenfürsorgestelle der Landesversicherung und der Stadt, in denen die Versicherten bzw. die nichtversicherten Fürsorgebedürftigen getrennt betreut werden; in zwei Innenbezirken hat die Landesversicherung vertragsgemäß die Ausübung der Lungenfürsorge an versicherten und nichtversicherten Personen übernommen.

Diese Zerstückelung der Organisation der Lungenfürsorge bringt zahlreiche Nachteile mit sich, um so mehr, als die Personengruppen, die in den verschiedenen organisierten Fürsorgen betreut werden, nicht etwa nach Form und Grad ihrer Erkrankung getrennt erfaßt werden, sondern nach durchaus äußerlichen Merkmalen, nämlich je nachdem, ob sie dem Kreise der Versicherten angehören oder nicht. Es gibt zwar zahlreiche Patienten, die in Lungenfürsorgestellen der Landesversicherungsanstalt untersucht werden, deren Versicherung jedoch, sofern sie erfolgt, unter Mitwirkung und auf Kosten der Stadt geschieht. Wo läge näher, als daß ein enger, schneller und unmittelbarer Schriftverkehr zwischen der Lungenfürsorge und dem Gesundheitsamt des betreffenden Verwaltungsbezirks zum Wohle der Patienten sich entfalte. Kommt es doch namentlich bei frisch auftretenden, akuten Tuberkuloseerkrankungen sehr häufig darauf an, daß ein solcher Patient so schnell wie möglich einer Lungenheilstätte zugeführt wird!

Es ist nun ein offenes Geheimnis, das aber doch denen, die es noch nicht kennen, verraten werden muß, daß die Betreuung der Tuberkulösen in steigendem Maße ernsthaft dadurch gefährdet wird, daß die in den Lungenfürsorgestellen der Landesversicherungsanstalt erhobenen Untersuchungsergebnisse, die die notwendigen Unterlagen für die Durchführung des Versicherungsantrages bilden, erst wochenlang später bei den zuständigen Bezirksgesundheitsämtern eintreffen. Zahlreichen Patienten ist dies bekannt.

Die Lungenfürsorgeärzte der Landesversicherungsanstalt haben nämlich nicht das Recht, den Bezirksgesundheitsämtern ein Attest auszuhandigen. Jedes Attest der Lungenfürsorgeärzte, ja selbst jede kleinste Nachricht wird über das Zentralbureau der Landesversicherungsanstalt (Am Köllnischen Park) geleitet und kommt dann bei dem Bezirksgesundheitsamt zur gleichen Zeit an, wie ein anderes Schreiben, das der Lungenfürsorgearzt inzwischen nach Bräunlich geschickt haben könnte.

Ein großer Mißstand liegt auch darin, daß die verschiedenen Lungenfürsorgestellen Groß-Berlins sich voneinander abweichender Sachausdrücke und Einteilungsmethoden bedienen und allerlei verschiedenartige Geplogenheiten bei der Betreuung der Patienten aufweisen. Eine Vereinheitlichung etwa nur für die städtischen Lungenfürsorgestellen herbeizuführen, wäre Stückwerk. Hier muß die Landesversicherungsanstalt mittun; diese Quelle des Verdrusses muß verstopft werden. Der Ausbau der Landesversicherungsanstalt bringt es mit sich, daß auch heutzutage immer noch die finanzwirtschaftlichen Erwägungen den sozialhygienischen Notwendigkeiten vielfach hinderlich im Wege stehen. Die Frage, ob durch ein Helioverfahren oder durch Inaktivierung die Landesversicherungsanstalt rein finanzwirtschaftlich besser fährt, spielt bei der Bearbeitung der Anträge eine ebenso erhebliche wie bedenkliche Rolle. Die sozialhygienischen Faktoren werden nach Ansicht zahlreicher Sachverständiger im Rahmen der Arbeit der Landesversicherungsanstalt auf dem Gebiete der Tuberkulosefürsorge nicht genügend berücksichtigt. Diese Meinungsäußerung bedeutet keinen Vorwurf gegen die dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt angehörenden Landesräte, unter denen sich ein als Kenner und Kommentator der Sozialversicherungsgesetzgebung so bekannte Persönlichkeit wie Dr. Brunn befindet. Als Professor Kasperling, der in verdienstvoller Weise die Organisation der Tuberkulosefürsorge im Rahmen der Landesversicherungsanstalt ausbaute, die Augen schloß, verlor die Landesversicherungsanstalt ihren eigentlichen sozialhygienischen Berater. In der heutigen Zeit, in der das Gesamtgebiet der Sozialhygiene wirklich förderlich nur dann betreut werden kann, wenn Stadt, Landesversicherungsanstalten, Krankenkassen und einige andere Organisationen, die sich der Volksgesundheitspflege widmen, in enger Arbeitsgemeinschaft rational und im Einverständnis schnell arbeiten, in einer Zeit, in der die Landesversicherungsanstalten den Wert der Vorbeugung und der Fürsorge nach viel stärker als früher betonen, bedarf es gerade im Verwaltungsbetriebe der Landesversicherungsanstalt der Mitarbeit sozialhygienisch erfahrener Kräfte, die nicht nur

etwa gelegentlich Anregungen geben, sondern die Entscheidungen der Landesversicherungsanstalt maßgeblich beeinflussen.

Zu diesem Zweck würde es sich empfehlen, im Benehmen mit dem städtischen Hauptgesundheitsamt und den Berliner Krankenkassen, die ja an der Tuberkulosefürsorge auf das lebhafteste interessiert sind, eine entsprechende Regelung herbeizuführen, etwa durch Heranziehung geeigneter Persönlichkeiten, die entweder bei der Landesversicherungsanstalt nebenamtlich oder ehrenamtlich mitzuwirken oder aber als hauptamtliche Kräfte in den Dienst der Landesversicherungsanstalt überzutreten hätten. Der Einfluß der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder wäre zu verstärken. Eine große Anzahl von Landesversicherungsanstalten hat sehr gute Erfahrungen damit gemacht, nicht nur Verwaltungsjuristen, sondern auch andere auf dem Gebiete der Sozialhygiene und Sozialversicherung erfahrene Persönlichkeiten als Landesräte und in ähnlichen Dienststellungen, so wie dies auch vergleichsweise in der städtischen Verwaltung der Fall ist, zu verwenden.

Sollte die Berliner Landesversicherungsanstalt, wie manche befürchten, sich der Durchführung derartiger Pläne entgegenstellen, so wird es angezeigt sein, sich dann bald darüber schlüssig zu werden, in welcher Weise man die Uebernahme der gesamten Berliner Lungenfürsorge in die Hände der Stadt am besten zuwege bringt.
Dr. med. Alfred Korach.

Unfälle im Berliner Straßenverkehr. Im 3. Vierteljahr 1927.

Mit dem zunehmenden Verkehr mehren sich die Unfälle in erschreckendem Maße. Selbst auf dem Bürgersteig sind die Passanten nicht sicher, von Fahrzeugen, über die der Führer die Gewalt verlor, aufs schwerste verletzt zu werden. Die polizeilichen Feststellungen haben ergeben, daß die gemeldeten Unfälle im dritten Vierteljahr auf 6339 gestiegen sind, das sind pro Tag 68,9 gegen 57,8 in den drei vorhergehenden Monaten. Dabei wurden 1965 männliche und 841 weibliche Personen verletzt; getötet wurden 29 Männer und 4 Frauen.

Betrachtet man die einzelnen Wochentage, so ergeben sich nicht unerhebliche Unterschiede. Die größte Zahl der Unfälle ereignete sich an den 13 Sonntagen, nämlich 1090 oder auf den Tag berechnet 83,8. Es folgt der Montag mit 73,4, der Freitag mit 71,9. Für den Donnerstag lautet die Durchschnittsziffer 70,7, für Mittwoch 68,4, für Dienstag 68,0, für Sonntag nur 45,8. Der Sonntag ist also der verhältnismäßig gefährlichste Tag, was mit dem bedeutend schwächeren Verkehr im Innern der Stadt zusammenhängen dürfte. Die Unfälle nach Tageszeiten geordnet ergibt folgendes Bild: das Minimum liegt mit 50 Unfällen zwischen 4 und 5 Uhr morgens, das Maximum mit 579 zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags. Vom frühen Morgen steigt die Zahl allmählich, dann in immer größerem Umfange an, um in den Stunden nach 9 Uhr abends und in noch höherem Maße nach Mitternacht abzunehmen. Die Ursachen (beim Fahrer) sind immer die gleichen: in der Mehrzahl „zu schnelles Fahren“ 20,07 Proz., „Auserachtlassen des Vorfahrtrechts“ (Ueberholen) 19,96 Proz., „vorschriftswidriges Einbiegen“ 14,89 Proz. Beim Fußgänger sind es in 56,81 Proz. der Fälle „Unachtsamkeit oder Spielen auf der Fahrbahn“. — Aus letzterem folgert, daß die Kinder nicht eindringlich genug auf die Gefahren der Straße aufmerksam gemacht werden können.



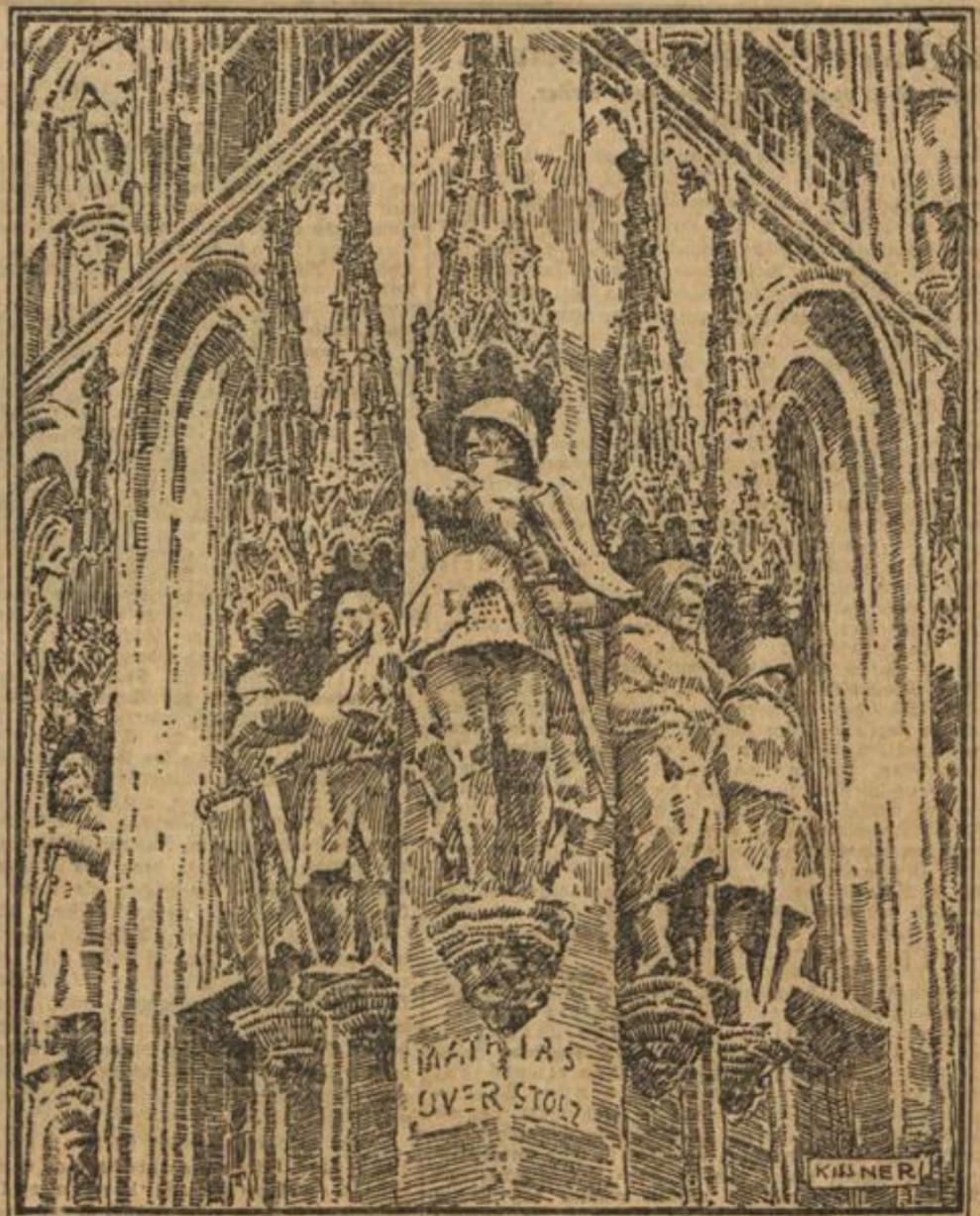
Ein Standbild des MATTHIAS OVERSTOLZ am Rathhausturm zu Köln hält in seiner rheinischen Heimat die Erinnerung an jenes Geschlecht lebendig, das mit dem höchsten Waffenruhm der Stadt verbunden ist. Wie die Overstolzen in Zeiten gefährlicher Kriegsläufe zur Wehr griffen, um ihr Leben für die Verteidigung der städtischen Freiheit einzusetzen, so wirkten sie Generationen hindurch auch als friedfertige Handelsherren und Mitglieder des Rates für den Wohlstand ihrer Vaterstadt.

Unsere Marke OVERSTOLZ hat den Klang ihres guten Namens weit über die Grenzen der engeren Heimat hinausgetragen. In ganz Deutschland ist sie heute die meistgerauchte Zigarette, weil der Raucher den hohen Stand ihrer Qualität erkannt hat. Sie verdient es also wirklich, den achtbaren Namen der Overstolzen zu führen, die den Kölner Handel und Kaufmannsgeist schon im Mittelalter zu Ruf und Ansehen gebracht haben.

Haus Neuerburg

• O • H • G •

OVERSTOLZ
ist neuerdings auch in Packungen zu 10 Stück erhältlich.



Herunter mit dem Zuckerzoll!

Das internationale Zuckerkartell. — Betrogene Wirtschaftspolitik.

Die große Pariser Zuckerkonferenz hat in diesen Tagen ihr Ende erreicht, und was man über ihre Ergebnisse hört, rechtfertigt die Forderung, daß der Zuckerzoll umgehend auf die Höhe herabgesetzt wird, die er vor dem 1. August hatte. Die Erhöhung des Zuckerzolls von 10 M auf 15 M pro Doppelzentner wurde seinerzeit von der Zuckerindustrie und der rübenbauenden Landwirtschaft gefordert, um die Zuckerproduktion beschleunigt ausdehnen zu können. Das Reichsernährungsministerium machte sich diese Begründung zu eigen, und der Reichstag nahm daraufhin die Erhöhung des Zuckerzolls an.

Die Zollerhöhung an sich überflüssig.

Wir haben diese Maßnahme bekämpft, und dem Druck der Sozialdemokratie gelang es, wenigstens die Auswirkung der Zollerhöhung in den Verbraucherpreisen dadurch auszugleichen, daß gleichzeitig mit der Zollerhöhung die Zuckersteuer halbiert wurde. Wir setzen kein Vertrauen in die Behauptungen der Zuckerindustrie, und alle Ereignisse haben uns seitdem recht gegeben. Schon ohne Zollerhöhung ist es der Zuckerindustrie gelungen, ihre Produktion seit der Stabilisierung ununterbrochen zu steigern. Im Jahre 1927/1928, für das die Industrie wegen der bis dahin ausgebliebenen Zollerhöhung einen Rückgang der Anbaufläche prophezeit hatte, überstieg sie erstmalig die Größe von 400 000 Hektar. Und während die Industrie zunächst die deutsche Öffentlichkeit glauben machen wollte, daß sie von dieser Anbaufläche, die um rund 8 Prozent größer ist als die des Vorjahres, keinen größeren Zuckerertrag erzielen werde, sind inzwischen vorsichtige Statistiker zu dem Ergebnis gekommen, daß die deutsche Zuckerzeugung im laufenden Zuckerjahr mindestens 34 Millionen Zentner Rohzucker (gegen rund 33 Millionen im Vorjahr) betragen werde, und wir möchten schon heute unsere Zweifel an der Richtigkeit auch nur dieser Zahl zum Ausdruck bringen. Wahrscheinlicher erscheint uns eine Produktion von mindestens 35 Millionen Zentner.

Dumping und die Gegenaktion Rubas.

Die Zuckerindustrie forderte anlässlich der Zollerhöhung eine Ausdehnung der Produktion um mindestens ein Viertel über den jetzigen Stand. Bei den Verhandlungen über ihren Zollantrag wiesen wir bereits darauf hin, daß die deutsche Zuckerindustrie bei weiter steigender Produktion zu einem großen Dumping auf dem Weltmarkt gezwungen werden würde.

Seit zwei Jahren ist die wichtigste Stütze der Weltmarktpreise die kubanische Einschränkung der Zuckerproduktion. Aus dem europäischen Zuckerdumping hat Ruba in diesem Jahre aber die Konsequenz gezogen. Es hat selbst nach Europas wichtigsten Markt, nach England, 3 Millionen Zentner Zucker zu einem lächerlichen Dumpingpreis verkauft und nach dieser Kompromisse seinen ersten Zuckersahnererfolg nach Paris gefeiert, um mit den wichtigsten europäischen Zuckereportländern, Polen, der Tschechoslowakei und Deutschland über ihren Anschluß an seine Produktionsbeschränkung zu verhandeln.

Da wir hier letzterzeit den Vorschlag einer mittel-europäischen Zuckerkonvention auf der Basis freihändlerischer Grundzüge, d. h. eines gegenseitigen Zollabbaus dieser drei Länder, machten, lehnte die Zuckerindustrie diesen Vorschlag ab; die Zeit für derartige Abmachungen sei erst dann gekommen, wenn Deutschland seine Vorkriegsstellung in der Zuckerproduktion der Welt wieder erlangt habe; sie seien nur unter Einbeziehung Englands möglich, das bekanntlich seine Zuckerindustrie mit einer beispiellos hohen Subvention großpöppelt.

Neue Blüten Schacht'scher Redekunst.

Das Resselstreben gegen die Städte geht weiter. — Der „Fall Schacht“.

Wir sind uns der Tragweite unserer Behauptung wohl bewußt, daß es allmählich schwer fällt, Dr. Schacht, den Leiter der Deutschen Reichsbank, der heute die deutsche Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland repräsentiert, noch ernst zu nehmen. Von so schwerer Bedeutung eine solche Feststellung ist, die Rede, die Dr. Schacht am Freitag in Bochum vor einigen wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Gesellschaften gehalten hat, zwingt zu diesem Urteil. Der Kern der Rede ist die hemmungslose Spreizung seines Kampfes gegen die Städte.

Dabei nachgewiesen ist, daß der jährliche Zuwachs der kommunalen Verschuldung seit 1924/25 geringer war als in der ganzen Vorkriegszeit, wird entgegen den Feststellungen Röhlers wieder von einer übermäßigen Auslandsverschuldung der öffentlichen Hand gesprochen. Obwohl Schacht seinen Fall nachweisen könnte, in welchem die Reichsbank tatsächlich zur Einschränkung des Notenumlaufs wegen der öffentlichen Auslandsanleihen gezwungen worden ist, wird von einer künstlichen Verschlebung der Währungsgrundlage der Reichsbank infolge dieser Anleihen gesprochen.

Dr. Schacht ergreift aber auch direkt für die private gegen die öffentliche Wirtschaft Partei. Es wäre durchaus angebracht, sagt er, einmal die wirtschaftliche Konkurrenz der öffentlichen Hand gegen ihre eigenen Staatsbürger ebenso zu prüfen, wie die Rentabilität und die, vielfach nicht anders als eine versteckte Steuer darstellende Tarifpolitik öffentlich-rechtlicher Monopolbetriebe, das heißt mit einer Blattheit gegen die öffentliche Wirtschaft sich wenden, zu der nur ein reiner Vertreter privater Kapitalinteressen fähig ist. Mit dem gleichen Recht könnte gefordert werden, daß jeder Warenpreis, besonders bei privaten Kartellen, eine privatwirtschaftliche Steuer enthalte. Schließlich stellt Dr. Schacht die tolle Behauptung auf, daß, wenn die Städte die Luxusausgaben unterlassen hätten, Deutschland wahrscheinlich nicht eine einzige Auslandsanleihe hätte aufnehmen brauchen; und unter diesen Luxusausgaben nennt Dr. Schacht Grünanlagen, Gärten, Gebäude und Güterkäufe, Reisegebäude, Bureauhäuser, Flugplätze, Kreditwährung an die Privatwirtschaft und Beteiligungen an derselben. Wäre es nicht so unendlich traurig, bei einem Reichsbankpräsidenten ein derartiges Verlangen nach unvernünftiger Notwendigkeiten vorzufinden, — die deutsche Öffentlichkeit müßte mit einem Achselzucken über derartige Unvernünftigkeiten hinweggehen. Natürlich bleibt Dr. Schacht für seine Behauptungen jeden Beweis schuldig.

In seinen volkswirtschaftlichen Ausführungen, mit denen die Kritik der öffentlichen Finanzen beauftragt wird, produziert Schacht ein Sammellagerium von Gemeinplätzen, falschen Behauptungen und beschweidenster Bulgärtheorie. Auslandsanleihen seien nur soweit zu verantworten, als damit die heimische Produktion zur Kapitalbildung gelangen könne. Die Kapitalbildung erfolge natürlich in Markt; aber im gleichen Atemzug spricht Schacht davon, daß die Zins- und Kuponraten dieser Anleihen herabgesetzt werden müssen, daß sie in fremder Währung abgeführt werden können. Die Kapital-

leht, unter dem Druck Rubas, hat die deutsche Zuckerindustrie es sich anders überlegt. Sie hat sich an einer Abmachung beteiligt, die grundsätzlich eine Beschränkung der deutschen Produktion, wie der polnischen und tschechischen ohne Beteiligung der englischen Konkurrenz vorsieht. Sie hat eine mitteleuropäische Zuckerkonvention abgeschlossen.

Produktionsbeschränkung zur Verteuerung des Zuckers.

Diese Konvention beruht aber nicht auf dem Grundsatz, den deutschen wie den tschechischen und den polnischen Inlandsabfall durch die mit einem gemeinsamen Zollabbau verbundene Preisentwertung zu heben, sondern sie beruht auf dem Grundsatz, das protektionistische Rückzug zur Ausbeutung der deutschen Verbraucher Massen in vollem Umfange beizubehalten, dafür aber die Forcierung des Exports, die vor einem halben Jahre angeblich zur „Aktivierung der Handelsbilanz“ unumgänglich notwendig war, zu verzichteten. Sollte damals der Zuckerzoll als Erziehungszoll wirken, so verzichtet die deutsche Industrie jetzt darauf, das Ziel der Erziehung, die Produktionssteigerung, weiter als einen wesentlichen Programmpunkt zu betrachten. Damit ist der Zuckerzoll in seiner jetzigen Höhe unmöglich geworden. Sein Sinn hat sich nunmehr auch für die Interessenten selbst verändert. Er dient nicht mehr dem Schutz von produktionsinteressen, deren Berechtigung schon früher reichlich zweifelhaft erscheinen mußte, nicht mehr der Förderung der deutschen Zuckerzeugung, sondern ist ausschließlich ein Mittel zur Verteuerung des Zuckers geworden.

Der Reichsernährungsminister, die Mehrheitsparteien des Reichstags, der Reichsfinanzminister sind um ihre Absichten und Ziele betrogen. Sie glaubten an das Gerade der Herren Reichler usw., die von Idealismus trieben, solange es um den Zoll ging. Sie hofften, durch ihre Maßnahmen eine Produktionssteigerung ermöglichen zu können. Die Zuckerindustrie ist andere Wege gegangen. Mit ihrer Zustimmung zu Maßnahmen, die die deutsche Produktionsleistung hemmen müssen und sollen, hat sie das Recht auf den erhöhten Zuckerzoll veräußert.

Die Öffentlichkeit erfordert, daß die Zollerhöhung vom August dieses Jahres wieder rückgängig gemacht wird.

Wenn der Minister für die Ernährung der Landwirtschaft, Herr Schiele, die Energie dazu nicht aufbringt, so muß sich der Finanzminister aus rein finanziellen Gründen entschließen, seinerseits die Zollentwertung zu fordern. Die Verbilligung des Zuckers hat in den letzten Monaten zu einer erheblichen Verbrauchssteigerung geführt. Die Verbilligung, die bei Senkung des Zuckerzolls eintreten würde, müßte die gleiche Wirkung haben. Jede Verbrauchssteigerung bedeutet aber auch Steigerung des Ertrages der Zuckersteuer, während der jetzige Zuckerzoll nennenswerte Einnahmen für die Reichskasse nicht mit sich bringt. Der Finanzminister kann seine Aufgabe schließlich nicht nur darin sehen, zu reden und nichts zu tun, sondern darüber hinaus muß man von ihm verlangen, daß er für die Einnahmen des Reichspflegeramts Sorge trägt. Hier hat er Gelegenheit, zu zeigen, daß er dies wirklich für seine Pflicht hält.

Nachdem das Ziel der Steigerung der Zuckerproduktion von der deutschen Zuckerindustrie aufgegeben worden ist, muß im Interesse der Reichsfinanzen ebensowohl wie im Interesse der Verbraucher Massen, und beider Interessen laufen hier ausnahmsweise parallel, der Zuckerzoll auf höchstens 10 Mark pro Doppelzentner gesenkt werden.

einfluß nach Deutschland sei anderer Art als die Kapitaleinfuhr nach Kolonialländern, weil Deutschland ohnehin Produktionsmittel in reichlichem Maße besitze, was richtig ist — aber ohne jede Begründung zieht Schacht daraus die Konsequenz, daß nur Fertigfabrikate zur Beschaffung der Zinsen geeignet seien und vermeint, daß Auslandskredite zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft in größerem Maße möglich seien. Wenn Deutschland reichlich Produktionsmittel hat, die aber nicht genügend beschützt sind, weil der Abfall fehlt, dann müssen allerdings nicht Produktionsmittel geordert werden, sondern zunächst muß die fehlende Kaufkraft auf Borg heringekommen und aus der erhöhten Wirtschaftlichkeit der Produktion zurückgezahlt werden. Dabei ist es selbstverständlich gleichgültig, ob diese erhöhte Kaufkraft über öffentliche oder private Werte auf den Markt gebracht werden. Das aber sieht Schacht nicht ein.

In demagogischer Weise unterstellt Schacht in seiner ganzen Rede, daß das gesamte geborgte Kapital, nicht aber nur die jährlich fälligen Zinsen, bei den volkswirtschaftlichen Überlegungen in Abzug zu bringen sei, und an seiner Stelle wird der Beweis geführt, daß 600 oder 700 Millionen jährliche Zinsen von Deutschland nicht aufgebracht werden können. Und Dr. Schacht merkt noch nicht einmal, daß er in einer für ihn entscheidenden Examensfrage die Note „ungenügend“ erhalten muß; er lobt die Maßnahmen der Reichsbank zur Förderung des industriellen Exportes und würde in Verlegenheit kommen, wenn er nachweisen müßte, wieviel der deutsche Export tatsächlich von den Maßnahmen der Reichsbank profitiert hat; er unterstreicht die Reichsbankmaßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, und es würde für ihn eine Blamage sonstgleiches sein, wenn er den Nachweis führen müßte, wie weit die von ihm geforderte Verschuldung der Landwirtschaft wirklich wirtschaftlich zu nützen ist. Sparen heißt für Dr. Schacht, weniger verbrauchen. Er kennt das Wesen des Sparens nicht, für das es selbstverständlich ist, daß Sparen in der Fabri- und im Haushalt nur helfen kann, trotz der Erhöhung des Aufwandes, also trotz der Steigerung des Verbrauchs auf die Dauer mehr als die Aufwandsrate zu erwirtschaften.

Man muß sich fragen, wozu die Politik von Dr. Schacht noch führen soll. Mag sein, daß Dr. Schacht den guten Willen hat, Deutschlands Ansehen im Ausland zu dienen. Mag sein, daß ihm das zunächst auch gelingt, denn das Ausland kann nicht so in deutsche Verhältnisse hineinschauen, als wenn es veranimatorisch in Deutschland Wirtschaft treiben müßte. Aber das Ausland sieht Dr. Schacht als Treuhänder für seine Interessen in Deutschland an. Und bei dieser Lage ist Deutschland darauf angewiesen, daß auch die deutsche Volkswirtschaft in Dr. Schacht ihren Treuhänder findet. Es muß ausgesprochen werden, daß vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft der heutige Reichsbankpräsident dieser Treuhänder nicht ist, und die deutsche Öffentlichkeit muß sich sehr ernst mit der Frage beschäftigen, was zu tun ist angesichts dieser für Deutschland geradezu lebensgefährlichen Latsche.

Was Schacht heute macht, ist die Politik eines privatkapitalistischen Bankiers, der einer privatkapitalistischen Kundenschaft dienen will. Der Einfluß der Reichsbank ist heute ausschließlich in den Dienst des Privatkapitals

gestellt. So fehlt jener Ausgleich, ohne den der ewige Widerstreit zwischen privatkapitalistischen und gesamtwirtschaftlichen Interessen nicht behoben werden kann. Die deutsche Volkswirtschaft hat einen „Fall Schacht“, der nichts mehr mit der Person Dr. Schachts zu tun hat, sondern mit der gefundenen Funktion der Reichsbank in der deutschen Volkswirtschaft.

Die Beratungsstelle noch immer untätig.

Seit vier Wochen ist die Beratungsstelle im Reichsfinanzministerium außer Funktion. Die neuen Richtlinien sind festgelegt. Aber noch immer hat keine Sitzung der Beratungsstelle stattgefunden, in der diese ihren Aufgaben genügen würde. Es ist noch immer nicht abzusehen, wann die Tätigkeit der Beratungsstelle aufgenommen wird. Währenddessen häufen sich die finanziellen Verlegenheiten der Antragsteller bei der Beratungsstelle immer mehr. Immer mehr verfestigt sich der Eindruck einer bewußten Sabotage. Das Reichsfinanzministerium muß gefragt werden, wor die Arbeiten der Beratungsstelle hemmt. Wo sind die Differenzen, von denen gesprochen wird und von denen es heißt, daß sie das Arbeiten der Beratungsstelle noch verhindern? Die Öffentlichkeit muß auf diese Frage eine sofortige Antwort verlangen.

Organisation des französischen Kaliberbaus.

Betonung des Verbraucherschutzes.

Der französische Senat befaßt sich jetzt mit der endgültigen Organisation des französischen Kaliberbaus. Das neue Gesetz sieht ein Verteilungssystem vor, nach dem der Ertrag aller Schächte durch die Zahl der Bergwerksanteile zu dividieren ist. Der französische Staat hat ein Anrecht auf 33,5 Proz., die Departements (Provinzen) auf 10 Proz. und die privaten Anteilhaber auf 65,5 Proz. des Gewinns. Das Zusammengehen mit Deutschland, das im Dezember 1926 vertraglich festgelegt wurde und den Inlandsabfall für die einheimische Kaliberindustrie monopolisierte, wurde gebilligt, desgleichen die Gründung des Verkaufsfondus, dessen Auslandsaktivität gleichfalls in dem deutsch-französischen Abkommen geregelt wurde.

Besonders bemerkenswert ist die scharfe Form, in der sich der Ausschuss des Senats gegen eine freie Bewirtschaftung des Kaliberbaues ausspricht. Diese könnte sich für die Landwirtschaft sehr unheilvoll auswirken, da mit Sicherheit anzunehmen sei, daß die Kaliberproduzenten durch geheime Abmachungen den landwirtschaftlichen Verbrauchern höhere Preise aufzwingen würden.

Es geht auch ohne Preiserhöhung.

Hochbetrieb in der Schuhindustrie.

Ein Teil der Schuhindustrie hat jetzt begonnen, ihre Schuhpreise den gestiegenen Haus- und Lederpreisen anzupassen. Das hierfür noch keine Notwendigkeit vorliegt, beweisen Abbruch und Geschäftsbericht der Durana Schuhfabrik A. G. in Erfurt. Diese Gesellschaft hat es vorgezogen, sich mit der durch den verteuerten Rohstoffbezug verfeinerten Gewinnspanne zu begnügen und durch billige Preise den Umsatz zu steigern.

Diese vernünftige Geschäftspolitik ist dem Unternehmen auch sehr gut bekommen. So erhöhte sich der Reingewinn von 28 000 auf 124 000 M., von dem die für die Schuhindustrie sehr hohe Dividende von 10 Proz. gezahlt wird. Dabei sind die Abschreibungen, die in den letzten beiden Jahren mit rund 180 000 M. auf etwa 600 000 M. Anlagekapital schon sehr hoch waren, noch auf 212 000 M. erhöht. Außerdem wurde ein Teil der Gewinne den Reserven zugeführt, die jetzt fast 40 Proz. des Aktienkapitals von einer Million betragen. Fast 80 000 M. wurden außer den genannten Abschreibungen noch zur Rückstellung und Abdeckung auf zweifelhafte Forderungen verwandt. Alles in allem genommen, erscheint also in der auf sich hohen Dividende nur ein kleiner Teil der wirklichen Gewinne. In der Bilanz erscheinen die Anlagevermögen durch die hohen Abschreibungen mit nur 0,5 Millionen Mark, obwohl allein das letzte Jahr durch die Rationalisierung Zugänge von rund 160 000 M. brachte, die aus Betriebsgewinnen bezahlt wurden. Die von 1,5 auf 2,67 Mill. M. erhöhte Bilanzsumme läßt auf eine sehr bedeutende Umsatzsteigerung schließen. Auch in der Veränderung der Betriebskapitalien kommt dies zum Ausdruck. Die Verpflichtungen stiegen von 0,9 auf 1,1 Millionen Mark, während sich die Forderungen von 1,0 auf 1,7 Millionen Mark erhöhten und die Vorräte mit 0,4 Millionen Mark sich verdoppelten.

Es spricht für die Stärke der Konjunktur in der Schuhindustrie, daß die Gesellschaft zur Bewältigung der Aufträge Betriebsveränderungen vornehmen muß und zu diesem Zweck ihr erst im Dezember 1926 von 0,7 auf 1,0 Millionen Mark erhöhtes Kapital nochmals um eine halbe Million erhöht. Dieser Abbruch beweist zur Genüge, daß die vom Massenkonsum abhängige Industrie am besten fährt, wenn sie verteuerten Rohstoffbezug nicht auf ihre Fertigtwaren überträgt, sondern durch Erhöhung des Umsatzes einen Ausgleich sucht.

J. G. Farben liefert ein Drittel der Weltstickstoffproduktion. Die französische Fachzeitschrift „Industrie Chimique“ veröffentlicht eine statistische Zusammenstellung über die Stickstoffversorgung der Welt. Danach ist der Verbrauch von Chlorsäure von 360 000 Tonnen im Jahre 1924/1925 auf 323 000 Tonnen im Jahre 1925/1926 und 271 000 Tonnen im Jahre 1926/1927 zurückgegangen. Gleichzeitig ist der Verbrauch von ignitivem Stickstoff von 450 000 auf 585 000 Tonnen und 734 000 Tonnen angestiegen. Die Verwendung von Niterammoniak hat sich dagegen kaum verändert. Sie betrug im Jahre 1926/1927 310 000 Tonnen gegen 278 000 Tonnen im Jahre 1924/1925. Deutschland war im Jahre 1926/1927 an der Weltproduktion von künstlichem Stickstoff mit 580 000 Tonnen beteiligt, wovon 450 000 Tonnen auf die J. G. Farbenindustrie entfallen. Die J. G. Farbenindustrie lieferte demnach im Jahre 1926/1927 mehr als ein Drittel des 1 315 000 Tonnen betragenden Weltstickstoffverbrauches.

Große Dollaranleihe für die norwegische Stickstoffindustrie. Der deutsche Chemikertrakt hat bekanntlich vor einiger Zeit an den norwegischen Stickstoffwerken (Rorsk Hydro) sich in erheblicher Weise beteiligt. Aus Oslo wird jetzt gemeldet, daß die Rorsk Hydro eine Anleihe von 20 Millionen Dollar abgeschlossen hat. Der Erlös der Anleihe dient zur Finanzierung der Neueinrichtungen, die im Zusammenhang mit der Umstellung der Fabrikation auf das Verfahren der deutschen Beunawerke notwendig werden.

Durchweg erhöhte Oktoberförderung des Bergbaues. Der Aufbergbau hat im Oktober 9,99 Millionen Tonnen Rohen gefördert gegen 9,00 Millionen im September. Die Ziffern der Koks- und Bricketzeugung sind ebenfalls nicht unwesentlich erhöht, während die Gesamtbelegschaft sich von 402 563 auf 400 510 verringert hat. Im November, im Westobersteinschen, im Niedersächsischen und im Sächsischen Steinkohlenrevier haben sich durchweg die Belegschaften etwas erhöht, während gleichzeitig in sämtlichen Gebieten die Gesamtförderung über die Septemberförderung hinausgewachsen ist. Der mitteldeutsche Streik hat zu einem Rückgang der Kohlenförderung von 8,69 auf nur 7,98 Millionen Tonnen geführt, wobei zu beachten ist, daß der Streik nur eine Woche dauerte und man sich natürlich auf den reinen Kohlenabbau beschränkte. Zugegeben wird jetzt in dem Bericht, daß der Streik von etwa 75 Prozent der Arbeiter durchgeführt wurde.

1

Die Welt der Reemtsma A.-G.

Das Unternehmen begründete eine neue Cigarettenkultur in Deutschland und hierfür

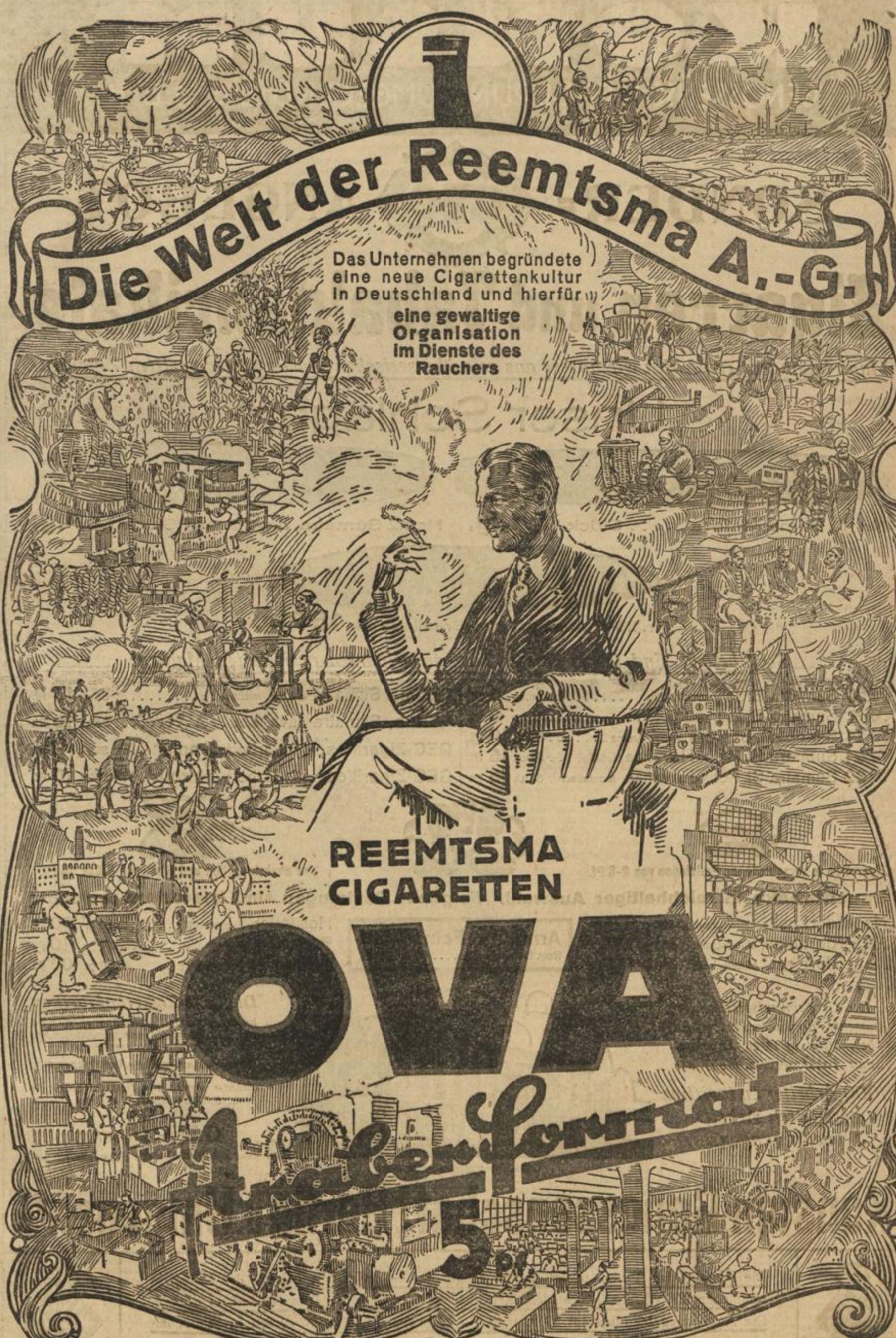
eine gewaltige Organisation im Dienste des Rauchers

REEMTSMA
CIGARETTEN

NOVA

1000erformat

5



KONSUM

GENOSSENSCHAFT BERLIN u. UMGEGEND · E · G · M · B · H ·

SONDER- ANGEBOT

Zigarren und Tabakfabrikate

Ganz besonders empfehlen wir unsere aus rein überseeischen Tabaken hergestellten Zigarren:

„Unser Schlager“



Nr. 110 Sumatra-Java Stück **12 Pfg.**



Nr. 112 Sumatra, Java-Brasil Stück **12 Pfg.**



Nr. 115 Sumatra, Java-Brasil Stück **15 Pfg.**

Sehr beliebt sind ferner unsere hier aufgeführten preiswerten Marken:

Nr. 6 Sumatra-Brasil, mittelkräftig Stück 9 Pf.	Optima, Sumatra-Java, leicht Stück 10 Pf.
Nr. 7 Sumatra-Brasil, mittelkräftig Stück 9 Pf.	Norma, Sumatra-Java, leicht Stück 10 Pf.
Nr. 14 Sandblatt, St. Felix, feines Aroma Stück 10 Pf.	GEG-Zigarillos, Handarbeit „Sonja“ Stück 8 Pf.
Nr. 21 Sumatra-St. Felix-Havanna, kräftig Stück 15 Pf.	GEG-Zigarillos, Handarbeit „Herma“ Stück 10 Pf.
Nr. 22 Sumatra-St. Felix-Havanna, aromatisch Stück 15 Pf.	



Zigaretten in verschiedenen Preislagen von 2-8 Pf.



Kautabak in Rollen und Stangen Stück 15 Pf.

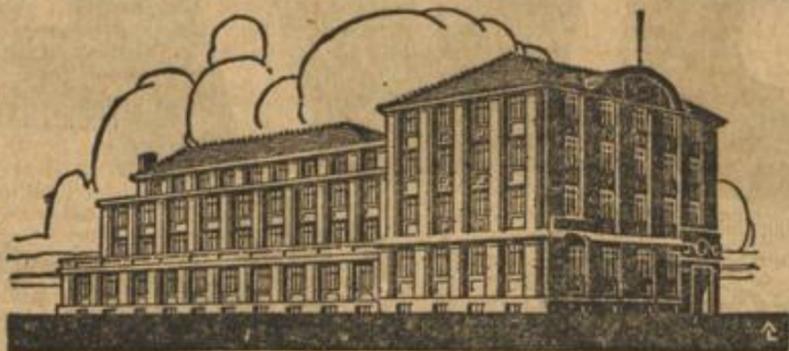
Rauchtabake in reichhaltiger Auswahl. Folgende Packungen sind besonders verlangt:

Negerdorf gelb, Mittelschnitt . . . 250 gr **62½ Pf.**
 Negerdorf blau, Mittelschnitt . . . 250 gr **100 Pf.**
 Negerdorf rot, Mittelschnitt . . . 250 gr **125 Pf.**

Armata-Feinschnitt
 Rein Uebersee 50 gr **50 Pf.**

Holländer, Feinschnitt 250 gr **100 Pf.**
 Portorico, Krüllschnitt 250 gr **110 Pf.**
 Schwarzer Krauser 250 gr **100 Pf.**

Die *Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG)* beschäftigt in ihren Zigarren- und Tabakfabriken mehr als **1000 Arbeiter** zu tariflich geregelten Arbeitsbedingungen.



GEG-Tabakfabriken in Hamburg

Die *GEG-Zigarrenfabriken* beteiligen sich selbstverständlich nicht an der durch die privatkapitalistischen Betriebe vorgenommenen **Zigarrenarbeiter-Aussperrung!** Arbeiter Angestellte, Beamte! Stärkt die Front der ausgesperrten Zigarrenarbeiter durch Bezug von **GEG-Zigarren** Nur erhältlich in den Abgabestellen der

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend



Die Abgabe der Waren erfolgt nur an Mitglieder. — Jedes Mitglied hat das Recht, in sämtlichen 250 Warenabgabestellen der Konsum-Genossenschaft seinen Bedarf zu decken. Die Aufnahmegebühr beträgt 50 Pfennig. — Mitglieder-Aufnahmen werden in sämtlichen 250 Abgabestellen der Konsum-Genossenschaft vollzogen



Ein Zeitgenosse des Urmenschen

In der Urheimat der Säugetiere.

Es sind noch nicht ganz drei Jahre vergangen, als die wissenschaftliche Welt durch die Nachricht überrascht wurde, eine amerikanische Expedition habe in der Wüste Gobi Dinosaurierreste gefunden. Bis dahin hatte man an der Möglichkeit gezweifelt, daß Dinosaurier Eier gelegt haben könnten. Es war der großen amerikanischen Innerasienerpedition der Jahre 1922, 1923 und 1925 beschieden, hier Klarheit zu schaffen. Professor Henry F. Osborn vom Amerikanischen Naturgeschichtlichen Museum hatte schon vor 25 Jahren die Vermutung aufgestellt, daß Asien der Mutterhof der Erde, die Urheimat der Säugetiere und damit des Menschen sei. Die hochliegenden Wüsten der Mongolei prangten bereits in leuchtendem Grün; es wimmelte dort von Tieren, den Ahnen der Säugetiere und den Vorfahren der ältesten Kriechtiere. Die Fruchtbarkeit Innerasiens während der Hauptzeit der Säugetiere und besonders während des oberen Oligozäns, wo Riesennashörner das Land durchschweiften, machte es zu dem behaglichsten und anziehendsten Wohnsitz auf der Erde. Es war ein richtiger Garten Eden. Die Geologen der amerikanischen Expedition haben nachgewiesen, daß diese günstigen Bedingungen für ein mannigfaltiges Tierleben in Innerasien von ungeheurer langer Dauer waren, wie wir sie uns nicht einmal ausdenken können. Nach den bereits gemachten Entdeckungen kann es nicht mehr fraglich sein, daß Innerasien der Schauplatz der Entwicklung nicht nur der Landfüßler, sondern auch der riesigen Landkriechtiere der Erde gewesen ist.

Die aus vorzüglichster vorbereitete amerikanische Expedition, geführt von Roy Chapman Andrews, konnte während der drei Jahre, die sie in der äußeren Mongolei, hauptsächlich in dem Gebiet des Altaigebirges, mit Forschungen und Grabungen verbracht hat, eine schier unerschöpfbare Fülle wissenschaftlichen Materials zur Verfügung stellen. In Versteinerungen wurden das erste Titanotherium in Asien, die erste Krebse und der erste Dinosaurier entdeckt, der nördlich des Himalaja in Asien ausgegraben worden ist, weiter das Baluchitherium und andere Urnashörner, Amphibyen, Landdröschchen verschiedener Arten und Gattungen, die ältesten bisher bekannten Säugetiere, ein Urhirsch und schließlich Spuren des Urmenschen selbst. Das ist gemäß einer überraschend reichen Beute, und man wird es begreifen, daß der Bericht der amerikanischen Gelehrten nunmehr auch in deutscher Ausgabe erschienen ist. „Auf der Fährte des Urmenschen“ nennt sich das von Roy Chapman Andrews verfaßte und von J. A. Brodhagens in Leipzig erschienene Werk. Professor Osborn hat einen besonderen Abschnitt über die Riesentiere aus der Zeit vor drei Millionen Jahren beigeleitet, worin er aufschlußreiche Mitteilungen über das Baluchitherium macht. Dieses Riesennashorn, das wahrscheinlich ein Lebensgenosse unserer ältesten Ahnen zu der Zeit war, wo sie selbständig aufzutreten und sich in aufrechter oder halb aufrechter Haltung herumzubewegen begannen. Der Name Baluchitherium bedeutet das „wilde Tier Baluchistans“. 1911 entdeckte Cooper an der Westgrenze Tibets, in Baluchistan, die ersten versteinerten Knochen dieses Riesennashorns. Die amerikanische Innerasienerpedition stieß zuerst auf Reste dieses außerordentlichen Tieres bei Tzendabasu in der Südbasaltwüste; sie fand dort nur die Fußknochen und andere Teile des Skeletts. Den zweiten und wichtigsten Fund des Schädels machte sie nordöstlich von Alkai bei Tschin, im Becken des Jagan Kor. Nach der ersten Schätzung der Gelehrten betrug die Schädelhöhe des Tieres zwischen 3,00 und 3,60 Meter, also 30 Zentimeter mehr als bei den höchsten lebenden Elefanten Afrikas, den größten heutigen Elefanten. Die anfängliche Schätzung liegt jedoch, wie sich herausgestellt hat, eher unter als über der Wirklichkeit. Das Baluchitherium hatte sicher eine Schädelhöhe von 4 Metern, und wenn es nach Älting langte, dürfte sein Kopf 5 bis 5½ Meter über dem Boden geschwebt haben. Das läßt sich gut mit der Höhe einer großen Straße vergleichen, wenn sie die obersten Blätter der afrikanischen Mimose abweidet. Die Straße reicht sich bis zu über 5 Meter auf, nach gewissen Beobachtern sogar bis zu 6 Metern. Ihr Kopf ist klein und zart, während der Hals

sprichwörtlich lang und schlank ist. Der Hals des Baluchitheriums war verhältnismäßig ebenso lang wie der des Pferdes; er erreichte ganz und gar nicht die langgestreckte Ausmaße des Giraffenhalses. Sein Kopf war riesig groß und schwer; zwei große Hauer an seinem Ende dürften dem Tier als Angriffs- und Verteidigungswaffe gedient haben sowie als Mittel, hohe Baumzweige herunterzuholen, deren Blätter es abfressen wollte. Das Wertwürdigste an dem Schädel des Baluchitheriums ist, daß es im eigentlichen Sinn des Wortes kein Nashorn ist. Die Schädeldecke ist ein völlig kahler, glatter, schöngemöblter Knochen mit sehr langen dünnen Nasenbeinen ohne irgendwelche Unebenheit, wo ein Horn sitzen könnte. Das Fehlen der Hörner, die bei den „weißen“ und „schwarzen“ afrikanischen Nashörnern und bei dem einhörnigen indischen Nashorn die einzigen Schutzdecken sind, wird reichlich durch zwei sehr mächtige Hauer ausgeglichen.

Die Entdeckung des Schädels des Baluchitheriums ist von weittragender Bedeutung für die allgemeine Entwicklungslehre. Sie verleiht mittelbar sogar die Frage der Abstammung des Menschen. Der Schädel des Baluchitheriums ist zunächst ein neues treffendes Beispiel für eine von äußeren Einflüssen ungestörte Entwicklung. Sie wurde nicht durch Feinde bestimmt, die kräftiger oder schlauer waren als das Baluchitherium, vielmehr eilte dieses rasch dem Gipfel einer einmal eingeschlagenen Richtung zu. Eine solche Tiergruppe in günstiger Umgebung nimmt immer — wie eine Gruppe Menschen in günstiger Umgebung und Kultur — mit überraschender Schnelligkeit an Zahl zu und ebenfalls an Größe, wenn dies ein Vorteil und kein Nachteil ist. Für das Baluchitherium nun war die Größe ein entschiedener Vorteil. Es konnte alle seine Lebensgenossen abwehren oder verschlucken, konnte Seiten und Kronen von Bäumen abweiden, die andere Raubtiere nicht zu erreichen vermochten. Diese neue Futterquelle war so gut wie unbeschränkt. Rechnet man nur die Höhe, so ist das Baluchitherium sicher das größte Landfüßler, das je gelebt hat, abgesehen höchstens von einigen besondern stämmigen Vertretern der Elefantenfamilie. Das Baluchitherium erschien zu einem verhältnismäßig frühen Zeitpunkt der Erdgeschichte, in der Hauptzeit der Säugetiere, im Oligozän. Wir wissen nicht, wie lange seine Herrschaft dauerte. Ein Vergleich mit anderen Riesentieren und -füßleren, die von Zeit zu Zeit auf der Erde aufgetaucht sind, macht es wahrscheinlich, daß gerade seine Größe, die ihm zeitweilig von Ruhm war, schließlich die Ursache seiner Ausrottung wurde. Im allgemeinen sterben die Tiere mit gesteigerter Sonderentwicklung wie das Baluchitherium aus, während die einfacheren und ursprünglicheren gebliebenen Tiere sie überleben und dann ihrerseits die feinergegliederten Formen des folgenden erdgeschichtlichen Zeitalters werden.

„Was nun die Bedeutung des Baluchitheriums für unsere Suche nach dem Urmenschen betrifft“, so schließt Osborn, „machen die Entdeckung des Schädels und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen auf die Natur des Landes, des „Daches der Welt“, während dieses Zeitalters die Vermutung wahrscheinlich, daß auch die Urahnen des Menschen in derselben Gegend gefunden werden dürften. Sind wir doch jetzt überzeugt, daß sich unsere ältesten Vorfahren von dem Stamm der Menschenaffen im Oligozän abgezweigt haben, in demselben Zeitraum, da das Baluchitherium lebte. Diese Ahnen haben nicht in einem dichtbewaldeten Land gelebt, sondern auf teilweise freiem Feld, wo der Gang auf den Hintergliedmaßen günstiger ist als der auf allen Beinen wie bei Vierfüßlern, günstiger auch als ein Hangeln von Baum zu Baum wie bei Baumtieren. Osborn ist überzeugt, daß eine der überraschendsten Entdeckungen, die in der Geschichte der Wissenschaft erfolgen wird, der Fund eines aufrechtgehenden Stammvaters des Menschen mit verhältnismäßig großem Gehirn mitten in der Hauptzeit der Säugetiere sein wird.“

Wilhelm Hauff, der Drogel. „Monsieur Off“, wie ihn die Franzosen nannten, war, so lesen wir in der neuesten Nummer der „Literarischen Welt“, gegen Ende des Jahres 1826 vergnügt von seiner französischen Reise zurückgekehrt und dazu ausersehen worden, das Taufgespräch seines Neffen Wilhelm Meißner, am 13. Januar 1827 durch eine Rede zu versehen. Die Verwandten durften mit gutem

Recht von dem ehemaligen Klausurkandidaten und Predigtamtskandidaten eine erbauende Ansprache erwarten, werden aber die Köpfe bedenklich geschüttelt haben, als sie die wirkliche Darbietung vernahmen. Er ballerte die Rede nämlich 75 Jahre voraus, auf den 13. Januar 1907.

Daß Hauff im Verlauf dieser amüsanten Rede von der „zweiten französischen Revolution“ und ihren Auswirkungen auf Deutschland phantasierte, und einen Krieg der vereinigten Staaten von Europa gegen den Kaiser von Nordamerika für das Jahr 1847 verkündete, ist an sich schon interessant, wird es aber in höchstem Maße, wenn er auf die Kampfmittel des „Krieges eines Weltteils gegen den andern“ zu sprechen kommt. Dieser Passus der von Hans Hoffmann uns erstensweise vollständig überlieferten „Lautrede“ lautet wörtlich: „Er (d. h. der Täufling) schiffte sich in der Preussischen, Russischen und Süddeutschen Armee in Hamburg ein. In einer großen Ebene Englands war die Ausrüstung dieser ungeheuren Streitkräfte, die sich mit der Französischen, Spanischen und Englischen Armee auf 800 000 Combattanten belief. Da er große Fertigkeit in der Rauberei besaß, so wurde er als Unterleutnant auf eine Fregatte commandiert, welche zu der Flotte gehörte, die unter dem Befehl des Amerikaner gegen die Flotte der Amerikaner aufbrach. Er wohnte dem Treffen bei Boston bei und hatte das Glück, eine amerikanische Dampf-Fregatte durch die wohlangebrachten Schüsse seiner Dampfkanonen unter dem Wasser in den Grund zu bohren. Er war auch unter den Freiwilligen, die sich auf drei Rähnen unter dem Wasser in den Hafen von Boston wagten und dort das Admiralschiff des Ursupators verbrannten. Nach der Erstürmung von Boston ließ er sich zu der Luft-Gondeln-Campagne verlegen, welche damals, da die Kunst, in der Luft zu fliegen, noch in der Wiege lag, für die gefährlichste, aber auch ruhmvollste galt. In der Höhe von Philadelphia wurde seine Gondel durch einen größeren feindlichen Ballon angegriffen, ging in Stücke, und die Mannschaft mußte sich durch ihre Fallschirme retten.“

Unsere Haut kann — essen!

Erst im letzten Jahrzehnt wurde man darauf aufmerksam, daß die Haut nicht lediglich als eine Schutzdecke des Körpers gegen äußere Schädigungen, etwa wie ein gewebter Stoff, anzusehen ist, sondern daß ihr noch andere wichtige Funktionen zukommen. So darf unter anderem z. B. eine Art innerer Sekretion der Haut, wie wir sie bei manchen anderen Drüsen des Körpers (Schilddrüse, Bauchspeicheldrüse, Geschlechtsdrüsen) kennen gelernt und die zur normalen Arbeit des Organismus unbedingt notwendig ist, angenommen werden.

Kuwerlings hat nun die Wissenschaft ein weiteres Wunder der Haut entdeckt: es ist möglich, durch die Haut auch Nährstoffe dem menschlichen Körper einzuverleihen, kurzum: sie „kann essen!“ Wie dies geschieht, wurde jüngst auf dem „Stoffwechselkongress in Wien“, wie die „Deutsche Arbeiterzeitung“ berichtet, von Prof. Stenstal (Wien) mitgeteilt. Er hat eine eigene Speiseforte für die Haut zusammengestellt, bestehend aus 50 Proz. Fett, 26 Proz. Kohlehydraten und 13 Proz. Eiweiß nebst Vitaminen, und diese Nährstoffe in dem Präparat „Dinutrons“ vereinigt. Von diesem Mittel kann man mit der Leichtigkeit 200 Gramm täglich durch dreimalige, 15 bis 20 Minuten dauernde Einreibungen in die Haut, dem Körper und damit etwa 1300 Kalorien dem allgemeinen Stoffwechsel zuführen und kann dies mehrere Wochen hindurch fortsetzen. Ausführliche Stoffwechselstudie, die der Wiener Forscher anstellte, erwies, daß die der Haut zugeführten Nahrungsmittel wirklich im Körper verwertet und ihre Reste auf normalem Wege ausgeschieden werden.

Bei Erkrankungen des Verdauungstraktes, die eine Nahrungsaufnahme durch den Mund oder durch Nahrungstiere in den Darm nicht zulassen, sowie auch bei Erschöpfungszuständen (so wurde zum Beispiel ein gänzlich erschöpfter Hungerkünstler zum großen Teil durch die Hauteinreibung ernährt) kann also in Zukunft der geschwächte Körper durch Hauteinreibung von Nahrungsmitteln auf diesem Wege bei Kräften erhalten werden. Im übrigen ist die Hauteinreibung sogar der künstlichen Ernährung durch den Darm weit überlegen, da durch dieselbe eine größere Kalorienzufuhr stattfindet und Reizzustände des Magens, die sehr häufige Begleiterscheinungen bei der Darmernährung sind, wegfallen.

Wichtig werden auch gesunde, denen die Hauttätigkeit zu „beschränkt“ und zu „zeitraubend“ ist, es vorziehen, sich von jetzt an ihre tägliche Nahrung „einreiben“ zu lassen! Dr. A. A.

Eine Mühe Kirshen.

Von Rusin Speer.

Das ist eine Jugendgeschichte.

Sie beginnt mit dem Tag, an dem ich meinen Vater verlor, dessen Krankheit unser kleines Vermögen ausgezehrt hatte. Ich war jung damals, zu jung, um die Schwere des Verlustes richtig begreifen zu können. Dennoch verstand ich, daß sich etwas Trauriges ereignet hatte, denn ich sah, wie man die Möbel forttrug, und hörte, wie Mutter erregte Auseinandersetzungen mit Deuten hatte, die dies oder jenes taten, aber nur wenig dafür bezahlen wollten.

Bisher war es uns gut gegangen, nun ging es uns nicht mehr so gut. Meine Erzieherin, das gute Fräulein Renée, nahm Abschied von mir und kam nicht wieder. Mutter stand selbst am Herd und kochte; denn wir waren jetzt arme Leute.

Eines Tages sagte Mutter zu mir: „Peter, poß auf! Du bist ja schon gefeit und wirst verstehen können, was ich dir sage. Ich habe mir von dem Geld, das uns noch geblieben ist, ein kleines Geschäft gekauft und muß nun den ganzen Tag verdienen. Du kannst nicht bei mir bleiben. Aber ich will dich in eine Erziehungsanstalt geben, zu geistlichen Herren, weißt du, wo du es gut haben wirst.“

O ja, ich war gleich dabei, zu den geistlichen Herren zu gehen. „Wenn viele Knaben dort sind, gehe ich hin.“ Und Mutter sagte: „Ja, es sind viele Knaben dort, die werden deine Kameraden sein.“

Die Erziehungsanstalt war eigentlich ein Privatschulhaus und lag irgendwo draußen im Wiener Wald. Hinter dem mächtigen Brauntalgebäude stand der Hochforst, dunkel und voll geheimnisvoller Röhren, davor lag ein heller Garten an sanften Hängen hingebettet. Von den Fenstern des Klassenzimmers konnte man über viele Kirchbäume zu den Bergen in blauer Ferne hinsehen und ein Bild ländlich-elegischen Friedens genießen.

Das sollte meine neue Heimat sein.

Es waren viele Knaben dort, die mich neckten und mit mir großen Spaß hatten, weil ich ein Reuer war und ihre Gewohnheiten nicht kannte. Zuerst, der Hausdiener, nahm mich in Schutz und tröstete mich. Zuerst war ein armer, verwachsener Burche, der aus Kniele hier gebildet wurde und für seine Arbeit Essen und Schlaflose erhielt. Er hatte ein Waldhorn, mit dem er manchmal Sommerabend auf einem kleinen Hügel soß und für sich allein die schönsten Stücke blies. Wenn wir im Schlaftal in unseren Betten lagen, konnten wir es hören. Meine Kameraden wußten alle Stücke zu nennen, denn sie hatten ihn darum befragt. Und mein Bett-nachbar flüsternte: „Horch, jetzt bläst er „Die Post im Walde“ und jetzt

„So leb' denn wohl, es wär' so schön gewesen...“ Es war sehr schön, aber auch sehr traurig, wenn er so in der Abenddämmerung blies und ich mich oftmals still in meinen Vorhängen weinte.

Denn um mich war eine neue Welt, die ich nicht sogleich verstehen konnte. Was mir im Anfang ehrwürdig erschienen war, geschloß in den linden Belhäuch stiller Frömmigkeit, entkarotete sich vor meinen entsehten Augen als ein Riesennetz der Heuchelei, in das alles rings umher eingespinnen war.

Meine Eltern waren meine Freunde gewesen. Sie hatten mich zur Wahrheit erzogen und meine Jugend in mir nicht unterdrückt. Hier aber galt ich als schwarzes Schaf, weil ich meine Natur über Nacht nicht wechseln und nicht lügen und schmeicheln konnte. Aber es währte nicht lange. Mein Verstand begann sich zu regen, ich tat, wie ich die anderen tun sah, und wurde nun wie sie.

Und meine Mutter erhielt die Auskunft, daß ich in Sittlichkeit und Begabung zu loben sei.

Ich hatte bald einen Freund gefunden, der Adam hieß. Adam lebte schon mehrere Jahre in der Anstalt. Er hatte fuchses Haar, Sommerproppen und schielte ein wenig. Niemand konnte ihn darum leiden, auch die ehrwürdigen Brüder nicht. Auf sich selbst angewiesen, war er aus sich selbst klug und verschlagen geworden. Einmal, als er ein paar Tage im Klassenzimmer gelegen hatte und dann wieder zum Unterricht erschien, machte der Bruder Präsekt mit der Faust eine Trompete vor dem Mund: „Trrraaaa! Der Adam ist wieder da!“ Und die ganze Klasse blies das Feuerwehrglocken, weil er doch rotes Haar hatte.

In der Pause kam Adam zu mir. „Hast du auch gelassen?“

„Rein“, sagte ich, „wie kannst du das denken?“

„Ich habe es gewußt, daß du nicht gelassen hast. Du glaubst noch an die christliche Nächstenliebe.“

Ich erschrak darüber, wie er das sagte. Seine Nase wurde ganz spitz und seine Augen schielten noch mehr als sonst. Er trock förmlich in sich hinein und hinten wuchs ihm ein Buckel.

Ein andermal standen wir beim Fenster des Klassenzimmers und klebten Blumen in mein Herbarium ein. „Ich will dir zeigen, wie dumm sie sind“, sagte Adam unvermittelt, als hätten wir schon eine Weile darüber gesprochen. „Kommt!“ — Da hingen Lehrbücher in Dreifarbenruck, von einem Schulbücherverlag herausgegeben: „Germanisches Dorf“, „Mittelalterliche Stadt“, „Der Glockenguß“, „Rudolf der Stifter beschließt den Bau der Stephanskirche“ und andere mehr. Adam blieb vor dem Bilde: „Das Forum romanum zur Zeit des Augustus“ sehen. „So“, sagte er, „bitte, jetzt wirst du sehen, wie dumm sie sind. Schau nur gut hin.“ Ich sah das Forum mit seinen Tempeln und Palästen, besetzt von Menschen — Männern, Frauen

und Kindern. Aber ich fand nichts besonderes dran. „Adam, sagst du, glaubst du, daß die alten Römer blaue Badehosen getragen haben?“ — „Blaue Badehosen?“ Ich sah nachmals hin und merkte es endlich. Mehrere der Figuren waren auf dem Bilde unbekleidet dargestellt, besonders die Kinder. Und denen hatte fromme Besorgnis mit Berliner Blau Badehosen angezogen. Es kam mir bodenlos dumm und gemein vor. „Siehst du,“ flüsternte Adam, „so machen sie es in allem. Sie malen überall Badehosen an und glauben, man merke es nicht.“

So, Adam hatte recht. Wie er seinen Kinder glauben hier verloren hatte, ging auch der meine dahin. Die Gesellschaft von Frömmlichen, Ignoranten und Verrätern, der ich zur sittlich-religiösen Erziehung ausgeliefert war, verlor mich Tag für Tag mehr, tief, bis in den Grund meiner Seele hinein. Aber sie hat mich auch zum lebenden Menschen, zum Revolutionär gemacht.

Daran trug eine Mühe voll Kirshen Schuld.

Zu Beginn der 10-Uhr-Pause, wenn wir auf den Klassengang oder ins Freie hinaus spazieren geführt wurden, standen schon zwei Jünglinge mit einem Korbe da und jeder von uns durfte sich daraus ein Stück Brot nehmen. Wer nun trockenes Brot nicht essen wollte und jeden Monat 6 Kronen außer dem Pensionspreis bezahlte, bekam zu seinem Brot die „Extratost“. Im Winter war es ein Stück Butter oder Wurst, im Sommer Milch oder Obst. Ich besaß die 6 Kronen nicht. Wer hätte sie für mich erlegen sollen? Meine arme Mutter, die schwer genug den Pensionspreis aufbringen mußte? Nein, ich hatte die 6 Kronen nicht, aber die Extratost hätte ich so gerne gehabt. Die es sich leisten konnten, bildeten sich darauf viel ein. Sie waren bessere Menschen und gingen immer mitzammen hinter uns anderen einher. Jeder hieb in seine Wurst ein, Schandenkrumbe im Gesicht, und schmagte und logte ein über das andere: „Hein ist die Wurst! Hein ist die Wurst!“

Das hätte ich noch ertragen.

Als es aber Rot wurde und draußen die Bäume rot von Kirshen hingen — von Kirshen, die ich so gerne aß — und die Reichen Tag für Tag eine Mühe voll davon belamen und nach uns Armen mit den Kerzen pflückten, da bin ich zum Revolutionär geworden. Der erste Zweifel an der Gerechtigkeit war der Keim zur Auflehnung. Wüßlich sah ich die Welt ganz anders als bisher, voll gewollter Ungleichheit, voll Hohn und Haß und Leid.

Eine Mühe voll Kirshen hat mir die Augen geöffnet. Eine Kleinigkeit, nicht wahr? Kaum der Rede wert. Aber sie lehrte mich die weißen Worte verstehen, die ein Pädagoge der Japzeit an die Erzieher richtete: Eine Ohrfeige kann nützlich sein, aber sie darf nicht die Seele treffen!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind an das Sekretariat, 2. Hof, 2. Temp., rechts, zu richten.

6. Kreis Kreuzberg. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich recht zahlreich an der Duna-Boote-Gesellschaft der Sozialistischen Arbeiterjugend am Sonntag, 20. November, im Jugendheim Lindenstr. 3, pünktlich 19 1/2 Uhr, zu beteiligen. Aufspende Alexander Stein.

heute, Sonnabend, 19. November:
21. Abt. Wohnung. Resultat der Resultate von der Werbemode sind bis Sonnabend 19 Uhr in der Geschäftsstelle Ullricher Str. 21 abzugeben.
54. Abt. Schattentanz. Die Genossen, die von der Werbemode die Resultate noch nicht abgeben haben, können diese noch bis heute und Sonntag beim Genossen Steich abgeben.

49. Abt. Wilmersdorf. 19 1/2 Uhr im Villeriengarten, Wilhelmstr. 114/115, Geflügel Abend. Musik, Kabarett, Tanz. Mitwirkende: Bruno Klein, Pianistin; Hans Schellenberger, Sänger; Hans Fuhrmann, Fortspieler; Dr. Paul, Komiker. Eintritt 75 Pf., einschließlich Tanz. Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.

51. Abt. Treptow. 18 Uhr Zusammenkunft des angereichten Vorstandes und der Bezirksleiter bei Klode, Sandbergerstr. 60/61. Resultate der Werbemode sind mitzubringen. Ausgabe des Mitteilungsblattes.

42. Abt. Wilmersdorf. 20 Uhr (Eröffnung 19 Uhr) in den Hohenhausenpark, Kottbusser Platz 76, Pannermühle. Weibliche Seite Großmann, R. K., Fortspieler des K.O.B. Reichhaltiges Programm enthält und belustigt. Nach der Feier Tanz (frei). Eintritt 1 Mk. Da der Lebertrunk des Trinks in erster Linie den Frauen und erwachsenen Genossen der Abteilung zugute kommen soll, bittet die Abteilung um recht zuge Teilnahme.

Morgen, Sonntag, 20. November:
125. Abt. Zentrum. Fortschrittsfeier der IKS. Abhaltung von der Arbeiter-Gesellschaft „Arbeiter-Freunde“, Mithras des K.O.B., 19 1/2 Uhr im Lokal „Zum Parkstein“, Parksteinstr. 3. Thema: „Die großen Taten der Republik.“ Referent: Genosse Steine, M. d. R. Die Genossinnen und Genossen werden um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Bezirksauskunft für Arbeiterwohlfahrt und Kinderbuch:
3. Kreis Friedrichshagen. Die Genossinnen werden gebeten, die verkauften Lose abzugeben, um neue in Empfang nehmen zu können.

51. Abt. Charlottenburg. Mittwoch, 20. November, 19 1/2 Uhr, im Weiblich-Lokal des Spar- und Bauvereins, Charlottenburg, Königin-Luise-Str. 4. Filmvorführung: „Der Kreuzweg des Weibes.“ Ansprechen: Frau Schneider-Briegleb und Reichstagsabgeordneter Dr. Paul Berg. Untertitel: 30 Pf. Dieser Film dürfte besonders bei Frauen des Proletariats interessieren. Der Goal ist gut gebildet.

Kinderfreunde Groß-Berlin.
Besucherkarte. Es werden die Teilnehmer gebeten, sich dafür mitzubringen, da dort nur je eine verabfolgt werden kann.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Seit politisches Informationsabend beim Sonnabend, 19. November, 19 1/2 Uhr, im großen Saal des Reichshaus Kreuzberg, Dönhoffstr. 11, Genosse Dr. P. Berg, M. d. R. führt über das Thema: „Die Politik der jungen Generation.“ Die Mitglieder sind herzlich eingeladen.

heute, Sonnabend, 19. November:
Kempner: 19 1/2 Uhr im Heim Germania, 48. Jüngerstrasse, Einführung in die sozialistische Gedankenwelt, 2. Abend. — Reichshaus-Kreis: Heim Selbstkritik, 1. Werbefeier.

Morgen, Sonntag, 20. November:
Barthelme Viertel und rote Halle: Treffpunkt zur Fahrt 7 1/2 Uhr Bahnhof Charlottenburg. — Charlottenburg: Heim Selbstkritik, 4. Unterhaltungsabend. — Kottbusser Viertel: Sozialistische Schulung, Heimabend. — Kempner: Besuch der Sozialistischen Feuerbrunn, Treffpunkt 10 Uhr Bahnhof Kempnerhof. — Abend: Heim Germania, Treffpunkt 18 Uhr Kanalstraße (Hilfshaus). — Abend: Heim Germania, Treffpunkt 18 Uhr Kanalstraße (Hilfshaus). — Abend: Heim Germania, Treffpunkt 18 Uhr Kanalstraße (Hilfshaus).

Werbebesitz Kreuzberg: Heim Steinmühle, 114. Selbstkritik: „Abendbesuch.“

Werbebesitz Kreuzberg: Lindenstr. 3 pünktlich 19 Uhr, Duna-Boote-Gesellschaft, Partei und Jugendgenossen, ersucht zahlreich.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsstelle: Berlin G. 14, Schillerstr. 17/18, Hof 2 Tr.
Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr. — Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr. — Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr.

Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr. — Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr. — Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr.

Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr. — Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr. — Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr.

Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr. — Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr. — Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr.

Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr. — Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr. — Sonntag, 20. November. Grenzland Berg (Jungmannstr.) 10 Uhr.

Bundes mit Parteivorstand. Im Sitzungssaal, im Kottbusser Platz 76, Sonntag, 19. November, 19 1/2 Uhr, der Sozialisten 17 Uhr. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Berlin teilhabender Bundesfeier Jubiläum Clara's G. G. in Berlin. Sonntag, 21. November, 19 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Mitglieder- und Parteimitglieder sind herzlich eingeladen. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Opern- und Singspielverein für Berlin Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Sonntag, 21. November, 19 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Kottbusser Platz 76. Chöre, Orchester, Solisten. Eintritt frei. Tanz und Musik 1 Mk.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonntag, 19.11.27
Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
5 Uhr
Fidelio

Sonntag, 19.11.27
Städtische Oper
Bismarckstr.
10-11 Uhr
Troubadour

Deutsches Theater

Norden 10334-37
8 Uhr
Ende 11 Uhr
Dorothea Angermann
v. Gerh. Hauptmann
Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele
Norden 10334-37
7 3/4 Uhr:
Ende nach 10 Uhr.
„Maya“

Thalia-Theater

8 Uhr
Der rote Hahn

Lustspielhaus
5 1/2 Uhr
„Zimmer Nr. 13“

Metropol-Operettenhaus

Tägl. 8 1/2 Uhr
Paganini
Operette von Franz Lehár.
Jules, Edward Ullrich, Lutz Kowalewski, Nella Ritt, Arthur Ball u. a.

Teppiche

da keine Ladenspesen
enorm billig

Smyrna-Fabrik-Teppich-Verkauf
Friedrichstraße 204
(Eingang Ecke Schützenstraße)
Auf Wunsch Zahlungszielvereinbarung

Möbel

Werke
Werke, Werkzeuge, 24. Schützenstr. mit großem Spielplan, Spiegel, Wanduhren, 2 Betten, 2 Portmattentische, 2 Nachttische, 2 Stühle 945,-, 415,-, 990,-, Hausnummer 424.

Volksbühne

Theater am Südpark/Th. am Schiffbauerdamm
7 1/2 Uhr
Peer Gynt

8 Uhr
Schieber des Ruhms

Großes Schauspielhaus

Tägl. 8 Uhr
Ende 11 Uhr
DER MIKADO

Die neue
CHARELL-Produktion
mit
Max Pallenberg
Rita Georg
Bendow
Jankuhn
Szöke Szakall
Werkmeister
Jackson Boys
Sunshine Girls
Ausst. Prof. Stern Dirig. Dr. Römer

Planatorium am Zoo

Verlag, Juchaczki-Str. 10
No. 1578
Der Sternhimmel auf der Reise von Berlin nach dem Äquator
Vorführungen:
1/2, 6, 7, 9 Uhr.
Eintritt 1 Mk.
Ender ab 15 Jahren 50 Pf.

Richard Schindler

Dies ist mein stiefmütterchen an die transpirierenden Winterkleidung
Wilhelmine Schindler
und Kinder
Berlin D. Goldensteinstraße 11.
Die Einführung findet am Sonntag, dem 21. November, um 14 Uhr, im Bremer Baumgarten statt.

Verkäufe

Verkauf für Klempner, Dachdecker
Paul Friedrich, Charlottenburg 2, Leibnizstr. 17.

Verkauf für Schloßer, Schlichter
Paul Friedrich, Charlottenburg 2, Leibnizstr. 17.

Verkäufe

Verkauf für Klempner, Dachdecker
Paul Friedrich, Charlottenburg 2, Leibnizstr. 17.

Verkauf für Schloßer, Schlichter
Paul Friedrich, Charlottenburg 2, Leibnizstr. 17.

CASINO-THEATER

Lotharingerstraße 37
Die Paula von Metropoli
Donnerstag, 1. Dezember, zum 1. Male:
Klein-Kleckeradorf!
Gutscheine: Faust nur 1.10, Sextal 1.60 Mk.

Residenz-Theater

Tägl. 8 1/2 Uhr
Sumpf
Sittendrama 3 Akte
Sonnabend u. Sonntag
4 Uhr
Schneewittchen
Jedes Kind erhält ein Geschenk

100 Löwen

Gebelzer Winterholzbau
CIRCUS
Kapitän Schneider
NW, Wullenweberstr. 1 Nr. 421
Tägl. 8 Uhr, Sonnabend u. Sonntag
10 Uhr
Tierschau, Proben, Raubtierkämpfe.

Reichshaus-Theater

8 Uhr
Stettiner Sänger
„Eine Hochzeit in der Müllerstraße“
Variété, Konzert, Tanz

ordenti. Ausschusssitzung

am Sonntag, dem 20. November, abends 7 Uhr, im Lokal von Schmidt, Luckauer Str. 6, Eingang Sebastianstraße

Tagesordnung:
1. Verlesung des Verhandlungsberichts der letzten Sitzung.
2. Vorschlag 1. das Geschäftsjahr 1927.
3. Wahl von drei Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung 1927.
4. Verschiedenes.

Musikinstrumente

Violen 200,-, 470,-, 570,- gebrauchte, große Auswahl in unsern langjährig bestehenden Musikinstrumenten-Handlung, Kottbusser Platz 76, 1. Etage, Kottbusser Platz 76.

Winter Variete Garten

gestaltet
Stg. n. m. 3. U. - Ermäßigt Pr.

Renaissance-Theater

Steinplatz 901 - Täglich 8 Uhr:
Giovanni u. Annabella

Holzhäuser

hier seit 25 Jahren
Dickmann A.-G., W57
Wochenendhäuser - Prospekt gratis!
Wald- u. Wasserparkzellen - Nachwahl.

Metalbetten

Stahlmattressen, Kinderbetten gibt es Priv. Kat. 650 tr. Eisenmöbel-Fabrik Sohn, Thür

WOLL-DULLIN

Frankfurter Allee 91 direkt am Ringbahnhof Frankfurter Allee
Nach bedeutender Erweiterung größtes
Spezial-Wolle-Geschäft des Ostens
Strickjacken, Pullover, Wollkostüme, Strümpfe
Außerst billig, da eigene Fabrikation!

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder, Leichtbau, Fahrradhaus Centrum, Charlottenburg, Kottbusser Platz 76.